DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

212 19. JAHRGANG Mai 2002 4,50 €

SCHWERPUNKTTHEMA

Sozivation

– Neue Genossenschaften als Pioniere Sozialer Innovationen

Neue Produkte, Erschließen von Märkten, veränderte Umgangsformen und die Umsetzung kreativer Entscheidungs- und Eigentumsformen war schon immer ein wesentliches Kennzeichen genossenschaftlicher Unternehmen in ihrer Gründungs- und Aufbauphase. Viele selbstverwaltete Betriebe, aber auch zahlreiche Organisationen aus dem Umfeld der neuen sozialen Bewegungen haben hier Neuland beschritten und wichtige Meilensteine in Richtung gesellschaftlicher Veränderung auf der einzelorganisatorischen Ebene gelegt. Ein kleiner Ausschnitt davon wird in dem Schwerpunkt Sozivation konzeptionell und praxisbezogen veranschaulicht.

Foto: Schmidt/zero

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der Begriff Innovation steht für Neuerung und Veränderung. Kommt ergänzend die Bezeichnung sozial hinzu, geht es vor allem um die Erprobung und Einführung neuer Konzepte, Institutionen und Organisationsformen sowie die Eroberung neuer Tätigkeitsfelder. Dabei stellt Innovation allerdings kein Wert an sich: »Neu« bedeutet nicht von vornherein »besser«. Dennoch kann es positive soziale Veränderungen *nur geben, wenn Neues gewagt wird.* Hinzu schwingt bei der Formulierung Soziale Innovationen immer auch schon ein positiver Beiklang *mit.*

Infrastruktur bereitstellen

Die Genossenschaften haben in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Innovationen erprobt und umgesetzt. Das Bestreben nach Innovation gehört bei Genossenschaften, insbesondere in der Aufbau- und Pionierphase, ebenso zu den Erforderlichkeiten wie das Weiterentwickeln bewährter Verfahren und der sorgsame Umgang mit knappen Ressourcen. Wenn Aktive in Genossenschaften Neues wagen sollen, hat dies drei Voraussetzungen: Sie müssen wollen, sie müssen können und sie müssen dürfen. Innovationen sind abhängig von förderlichen Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb der Organisation. Die Erprobung und Durchsetzung neuer Ideen braucht eine verlässliche Infrastruktur.

Entsprechend werden im letzten Teil des Schwerpunktes drei genossenschaftliche Ansätze dargestellt, die sich das Bereitstellen einer solchen Infrastruktur zur Aufgabe gemacht haben. Die INNOGEN eG – eine Genossenschaft für die Entwicklung und Vermarktung von innovativen Produkten und Dienstleistungen aller Art – konzentriert sich dabei stärker auf überprüfbare Innovationen wie Produkte und Dienstleistungen und betreut und begleitet deren Markteinführung. Dagegen hat sich die innova eG iG, Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, zur Hauptaufgabe gemacht, die Qualifizierungen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu organisieren. Sie sollen so in die Lage versetzt werden, Selbsthilfegenossenschaften zu gründen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten. Beide Ansätze verknüpfen will eine Projektinitiative in Berlin, indem parallel technische Innovationen mittlerer Reichweite mit genossenschaftlichen Existenzgründungen und Ausgründungen zum Erfolg gegen Arbeitslosigkeit verknüpft werden.

Mitglieder fördern

Vorweg werden allerdings erst zwei zentrale Bestandteile genossenschaftlicher Organisationen auf der konzeptionellen Ebene erläutert: die Mitgliederorientierung und die Partizipation. Sie können als soziale Bausteine und auch als soziale Innovationen bezeichnet werden, für die die genossenschaftliche Organisation oftmals als Metapher schlechthin steht.

Günther Ringle, Hochschulprofessor am Genossenschaftsinstitut der Universität Hamburg verdeutlicht, dass insbesondere Mitgliederzufriedenheit und Mitgliederbindung entscheidend für die langfristige soziale und wirtschaftliche Stabilität von Genossenschaften sind. Sonja Menzel, vom Sächsischen Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., richtet ihren Blick stärker auf die Aspekte Mitgliederbeteiligung und -partizipation und veranschaulicht die konkreten Möglichkeiten hierzu am Beispiel der Wohnungsbaugenossenschaften. Über dem gesamten Schwerpunkt »schweben« die Anfang August geplanten Alternativen Genossenschaftstage. Sie werden unter dem Themenschwerpunkt soziale Innovationen organisiert und aus diesem Grunde vor den skizzierten Beiträgen kurz dargestellt. ●

Schwerpunktthema Seite 7-10

AUS DEM INHALT:

HOFFEN AUF CARLOTTA

»Was nun Carlotta?« hatten wir in unserer April-Ausgabe wegen der verloren gegangenen Fortsetzung ihrer Polit-Soap-Novelle gefragt. Sie hat sich nun doch gemeldet und entschuldigt. Und die Fortsetzung kommt wohl demnächst ...?

BUNTE SEITEN 2003

In ein paar Wochen ist es soweit, die gründlich überarbeitete Neuauflage der BUNTEN SEITEN geht in Druck und wird noch vor der Sommerpause ausgeliefert werden können. Wer ein druckfrisches Exemplar bekommen möchte, kann die BUNTEN SEITEN ab sofort bei der Heidelberger Redaktionsanschrift vorbestellen. Das Exemplar kostet 20 EUR incl. Versandkosten.

SOMMERBAUSTELLE

Es ist schon zur Tradition geworden, wenn die BauhandwerkerInnen von Axt & Kelle im Sommer zu ihrer »Sommerbaustelle« anreisen, um durch ihre Arbeit gemeinnützige Projekte zu unterstützen. In diesem Sommer werden sie für drei Wochen auf dem Freiburger Grether-Gelände zu sehen sein. Seite 6

VEB SIEGEN

Die Soziokulturellen Zentren landauf, landab haben sich mittlerweile etabliert und professionalisiert. Zwangsläufig, da auch die Politik mittlerweile ein Einsehen hat und öffentliche Mittel fließen, wenn auch nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Im rheinländischen Siegen gibt es jedoch ein Zentrum, dass sich für einen eigenen Weg entschieden hat und eine Kommerzialisierung im eigenen Haus aus guten Gründen ablehnt. Mehr dazu auf Seite 6.

ABSCHIEBUNGEN

Mitte November 2001 wurde die Familie Özdemir aus dem nordsaarländischen Wadern in die Türkei abgeschoben. Die Familie lebte 14 Jahre in Deutschland. Jetzt lebt sie im Dorf Hoser im Südosten der Türkei. Alle fünf Kinder sprechen kein türkisch. Die Abschiebung hat sich im Saarland mittlerweile zu einem politischen Bumerang entwickelt, denn es ist ein starker Widerstand entstanden. »Abschiebungen um jeden Preis« auf Seite 11.

PLAKATKUNST

Unser Schwerpunktthema im Januar 2000 war dem Buch »hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen« gewidmet. Die Auflage war schnell vergriffen – vor kurzem erschien die erweiterte Neuauflage des wahrscheinlich angenehmsten Geschichtsbuchs über die (west-)deutsche Linke der letzten 30 Jahre: »Vorwärts bis zum nieder mit!« auf Seite 13.

www.contraste.org

D 8008

WELTSOZIALFORUM IN PORTO ALEGRE – IMPRESSIONEN UND REFLEXIONEN

»Eine andere Welt ist möglich«

Vom 31. Januar bis zum 5. Februar fand im brasilianischen Porto Alegre das zweite »Weltsozialforum« statt. Über 50.000 Menschen aus 132 Ländern hatten sich zusammengefunden, dreimal soviel wie vor einem Jahr. Unter ihnen waren 11.000 Jugendliche, für die es ein eigenes Jugendlager gab. Von etwa 2.000 vertretenen Organisationen und Initiativen wird gesprochen.

Der nachfolgende Beitrag schildert das Treffen aus der persönlichen Sicht des Autors: Impressionen und Reflexionen.

Von Christoph Strawe, Stuttgart ● Aus der Bundesrepublik hatten diesmal etwa 160 Teilnehmer den Weg über den Äquator auf den amerikanischen Kontinent gefunden, – letztes Jahr war es nur ein knappes Dutzend. Unter ihnen waren Gruppen wie ATTAC, Misereor und diverse Netzwerke, aber auch Vertreter des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Parlamentarier der SPD und der PDS. (1) Im Goethe-Institut fanden diverse Veranstaltungen statt, darunter eine Pressekonferenz der deutschen Delegation. – Stark vertreten – auch mit einem eigenen Faltprospekt und zahlreichen Workshops: die »Stuttgart Delegation« – bestehend aus ATTAC (Katrin Zöfel), dem Forum 3 (Ulrich und Gabi Morgenthaler), der Initiative »Netzwerk Dreigliederung« (Christoph Strawe) und ihrem jüngeren Bruder »GlobeNet3« bzw. »GlobalSTAF« (Johannes Lauterbach und Carol Bergin) sowie dem Netzwerk weltweiter Projekte NWWP (Suely Nunes-Loewe, Jens Loewe).

Was hat es mit diesem Forum auf sich? Wie ist es entstanden, welche Ergebnisse hatte das diesjährige Treffen und welche Impulse können von ihm ausgehen? – Davon handelt der folgende Bericht, der zugleich versucht, etwas von der Stimmung des »Events« einzufangen und Impressionen von der Umgebung zu vermitteln, in welcher er stattfand.

Zivilgesellschaft: eine dritte Kraft wird sichtbar

Das alte Jahrhundert endete mit der »Battle of Seattle«. Die Welthandelsorganisation WTO führte in der nordamerikanischen Stadt ihren Gipfel durch, bei dem die Staatenvertreter vor allem im Interesse der transnationalen Wirtschaftsunternehmen die weitere Liberalisierung des Welthandels vorantreiben wollten. Dagegen protestierten Menschen aus aller Welt, in einer so noch nie da gewesenen Koalition: Alte Linke, Ökologiegruppen und Organisationen neuen Typs wie ATTAC, Gewerkschaften aus den Metropolen und Kleinbauernvereinigungen aus den gering entwickelten Ländern, Menschenrechtsgruppen, Fair-Trade-Initiativen, religiös-kirchliche Gruppierungen. Ihre Aktionen waren nicht von oben – zentralistisch – gesteuert, sondern von unten – netzwerkartig – koordiniert. Eine ähnliche Koalition, teilweise die gleichen Akteure, hatte zuvor bereits das heimlich in der OECD vorbereitete und 1998 der Öffentlichkeit bekannt gewordene Investitionsschutzabkommen MAI zu Fall gebracht.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989 und die Zurückdrängung der Kräfte eines dritten Weges in der Zeit danach hatten über Jahre hin der Lehre von der alleinseligmachenden neoliberalen Marktökonomie Hochkonjunktur beschert. Nun war eine neue dritte Kraft auf den Plan getreten, die nichts mit dem Establishment der Staaten und der Ökonomie zu tun hatte und für die sich als Identifikationsbegriff das Wort von der »Zivilgesellschaft« durchsetzte. Und siehe da: Der Gipfel von Seattle scheiterte, weil die Bewegung Entwicklungsländern Mut machte, wider den Stachel zu lökken. Die Widersprüche innerhalb der WTO-Mitgliedschaft kamen zum Vorschein. (2)

Würde diese Kraft kontinuierliche Wirksamkeit entfalten können? Würde sie mehr sein als eine Verhinderungs- und Antikoalition, wie so viele soziale Bewegungen der Vergangenheit, die sich dadurch schließlich totliefen? ...

Fortsetzung Seite 3

Seminar vom 24. bis 26. Mai 2002 in Dresden

Selbstorganisation in Alltag & Politik

Während es langsam wieder mehr werden, die grundsätzlich gegen kapitalistische Gesellschaft aktiv werden, stecken fast alle selbst tief in den Strukturen drin, die mensch eigentlich überwinden will. Unter den Bedingungen von Lohnarbeit ist es für viele Menschen kaum möglich, sich jenseits vom Feierabend-Aktivismus einzubringen, weil ihnen einfach die Zeit fehlt. Und es ist ganz klar widersprüchlich, wenn Menschen, die gegen warenförmiges Wirtschaften angehen, ihren privaten Bedarf ganz »normal« einkaufen. Es ist deshalb wichtig, nach Möglichkeiten zu suchen, schon heute aus Lohnarbeit und Markt auszusteigen – individuell wie kollektiv.

Redaktion Heidelberg ● Sonst droht das Schicksal so vieler: Zwei bis drei Jahre mit vollem Idealismus, dann ist meist die Batterie leer ... Politische AkteurInnen, kurz zuvor noch auf der Suche nach Alternativen zu Ausbildung, Job, Verwertung usw., passen sich den Gegebenheiten an, werden manchmal spießiger oder modern-kapitalistischer als alle, die vorher ein abschreckendes Beispiel für sie waren.

Politischen Gruppen und Einrichtungen geht es oft noch schlimmer: Der scheinbare Zwang zu finanziellen oder formalen Absicherungen, der unreflektierte Hang zu Verregelungen der Zusammenarbeit sowie der Druck der äußeren Verhältnisse führen meist sehr schnell zu Anpassung und Abhängigkeit von Zuschüssen, öffentlichen Räumen, Medien usw.

In diesem Seminar sollen Alternativen aufgezeigt und, viel wichtiger, gemeinsam erarbeitet werden. Kreative Diskussionsformen sollen dabei die Chance bieten, sich zu lösen von dem, was uns Jahrzehnte als einzig möglicher Lebensweg oder einzig erfolgversprechende Organisationsform vermittelt wurde. Es geht um ein Leben ohne Beruf, Organisieren statt Finanzieren, Freiräume aufbauen, eigene Medien, Gemeinschaftseigentum und vieles mehr.

Vorschlag für den Ablauf des Seminars:

Freitag, 24. Mai 2002
ca. 20 Uhr Kennlernrunden und Kurzplenum danach Filme, Konzert im AZ Conni, Lagerfeuer an der Elbe oder ...

Samstag, 25. Mai 2002
ab 10 Uhr, Input-Referate:
- »Gratisökonomie – Formen des Umsonstlebens und der Umsonstläden«
- »Projektarbeit pur ... und trotzdem ohne materielle Not – Idee der Projektwerkstatt«
- »Kooperation statt Konkurrenz, gegenseitige Hilfe«
- »Finanzierung/materielle Grundlagen politischer Arbeit«
- »Warum das Ganze – Visionen und visionäre Praxis, Freiräume und Selbstentfaltung«

jeweils mit brainstorming zu Ideen und offenen Fragen aus dem Kreis aller Teilnehmenden
danach Übergang zur Methode »Open Space«, durch die sich in Kleingruppen mit verschiedenen Aspekten der Selbstorganisation kreativ auseinander gesetzt werden kann (dies betrifft sowohl inhaltliche Diskussionen als auch praktische Entwicklung von Projekten).
Am Abend – Kurzplenum zum Austausch der Ergebnisse bzw. dem Stand der Diskussionen.

Sonntag, 26. Mai 2002
Fortführung der Methode »Open Space« und je nach Abreisezeit der TeilnehmerInnen ein kurzes Abschlussplenum mit Ausblick, wie das Seminar fortgeführt werden könnte oder eine dauernde Diskussion/Vernetzung zu weiteren Fragen, gegenseitiger Hilfe usw. entsteht.

Veranstaltungsort ist das Umweltzentrum Dresden (Schützengasse 16). Anmeldung & Info: (01 72) 344 37 18 (Jens)

AKTION 2002

Berg- und Talfahrt

Unsere monatliche Abostatistik in diesem Jahr ist wie eine Berg-und Talfahrt. Nach einer positiven Bilanz im Vormonat ging die Fahrt im April wieder abwärts. Ein wenig gebremst wurde die Talfahrt durch den weiterhin kontinuierlichen Spendenfluss. Nachfolgend unsere kleine Statistik für den Monat April:

Redaktion Heidelberg ● Wir können ein neues Fördermitglied im CONTRASTE e.V. begrüßen:
● Friedrich Clemens, Freigericht (70 EUR)
Erfreulicherweise spendeten folgende LeserInnen:
● Friedrich Clemens, Freigericht (200 EUR)
● Anne Dietrich, Köln (3,00 EUR)
● Manfred Plüer, Berlin (50,00 EUR)
● Ingo Lerch, Ort? (12,12 EUR)
Das ergibt Mehreinnahmen von 335,12 EUR.

Ein Neuabo verbesserte die Bilanz auf 380,12 EUR. Leider wurden neun Abos und eine Fördermitgliedschaft gekündigt, das ergibt ein Minus von 430,10 EUR. Bereinigt bedeutet das in diesem Jahr ein Minus von 141,98 EUR.

Zusammen mit dem angestrebten Teilabbau unserer Altschulden benötigen wir noch 1.927,97 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

www.abschiebehaft.de
Vernetzung gegen Abschiebehaft
no detention! no deportation!
Infos | Termine | Artikel | Urteile | Adressen

Zweite Konferenz »Lichter der Großstadt«

Gegen »Sicherheit und Ordnung« – Für soziale Grundrechte

Am 21. September 2001 hat jede/r fünfte HamburgerIn Law and Order gewählt. Doch die »Partei von Sicherheit und Ordnung« ist sehr viel größer und bedeutsamer als Schills Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Sie umfasst neben CDU und FDP auch die SPD und weite Teile der Grünen. In der Flüchtlings- und Drogenpolitik ist die Hamburger SPD/GAL-Regierung mit repressiver Politik vorangegangen. Sicherheit und Ordnung, Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte, Pflichten statt Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen – das wird in den nächsten Jahren in Hamburg Leitlinie sein, ohne dass von SPD und GAL inhaltlich-konzeptionell Opposition zu erwarten wäre.

Schließlich haben sie eine Verteilungspolitik fortgesetzt, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Mit der rot-grünen Steuer»reform« werden Vermögensbesitzer, Wohlhabende und Unternehmen entlastet, während die öffentlichen Haushalte, insbesondere die kommunalen Kassen ausgeblutet werden. Dass nach den Anschlägen in New York und Washington vom 11. September letzten Jahres unter dem Label der »Terrorismus-Bekämpfung« ein gesamtgesellschaftliches Klima der Angst und der harten Hand erzeugt wird, verschärft die Situation zusätzlich.

Unter diesen Umständen kommt es mehr denn je darauf an, bürgerrechtliche Positionen zu verteidigen und zu stärken, sowohl in der Kriminal-, Sicherheits- und Justizpolitik wie auch in allen Facetten der Sozialpolitik: soziale Sicherheit, menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gesamtgesellschaftliche Solidarität und Hilfe sind Rechtsansprüche. Sie gelten ohne Vorleistung und Pflichterfüllung.

In der Sozialpolitik hat das Element der Kriminalprävention eine lange Tradition, die inzwischen immer stärker in den Vordergrund tritt: Sozialpolitik muss sich heutzutage in erster Linie als Sicherheitspolitik legitimieren. Die Themen »Saubere Stadt – Sicherheit – Kontrolle der öffentlichen Räume – Vertreibung/Ausgrenzung« werden in den nächsten Jahren zu einem Dauerbrenner. Vieles deutet darauf hin, dass der neue Senat das konsequent umsetzt, was an Ausgrenzungs- und Kriminalisierungsszenarien im Bettlerpapier von 1996 angedacht war.

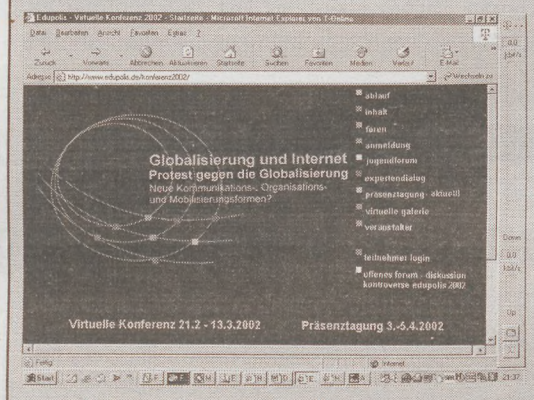
Es ist also höchste Zeit, die inhaltlich-konzeptionelle wie auch die praktische Opposition gegen die »Partei von Sicherheit und Ordnung«, gegen den autoritären Charakter des »aktivierenden Sozialstaates« und gegen Ausgrenzung und Entsolidarisierung zu formieren. Es ist also genau der richtige Zeitpunkt für die Fortsetzung der Konferenz »Lichter der Großstadt«.●

8. Juni 2002, 10.00-18.00 Uhr
Hochschule für Wirtschaft u. Politik (HWP),
von-Melle-Park 9
Kontakt:
Konferenz »Lichter der Großstadt«, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg, Tel.: (0 40) 390 88 62
E-Mail: lichterkonferenz@web.de
Web: www.lichter-der-grossstadt.de

Kurt' Surf-Center

Das Mädchen mit der Coca-Cola

Das hatte es bislang noch nicht gegeben. Im März endete die bislang 3. virtuelle Konferenz von edupolis (http://www.edupolis.de/konferenz2002), auf der breit angelegt und zweisprachig (deutsch/englisch) zum Thema »Globalisierung und Internet« in diversen Foren diskutiert wurde. Auch das TeilnehmerInnenspektrum ließ nicht zu wünschen übrig und reichte von MdB Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (der vom Club of Rome) über Apo-Alt-Kämpen Christian Semmler (taz) bis zu VertreterInnen von Attac, Indymedia Deutschland (http://germany.indymedia.org/) und sogar zur Frankfurter Gruppe Libertad! (www.libertad.de). Bei



Wer sich indes in die virtuellen Foren einloggen wollte, erlebte zunächst eine böse Überraschung. Nur angemeldete TeilnehmerInnen waren zugelassen und die Anmeldung kostete für Normalverdiener 35 ? (kostenloser Sozialtarif für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose etc. versteht sich von selbst). Ein »Protest gegen die Globalisierung« mit Eintrittspreis? Dies erregte in der Internetgemeinde ihrererseits Protest. Zugelassene Teilnehmer ermöglichten Dritten den Zugang (gehackter Protest?).

Die VeranstalterInnen reagierten prompt. Seit März gibt es auch ein »offenes Forum«. Dort wird im Eingangsbereich darauf verwiesen, dass qualitativ hochwertige Information einfach ihren Preis kostet, für die Technik, Foren zu stricken, deren Moderation usw...

Zudem ist ohnehin ebenfalls die Diskussion in einer virtuellen Galerie, wo unter anderem auch das »Mädchen mit der Coca-Cola« von Irene Marx als ausgewähltes Exponat zu bewundern ist, durchaus öffentlich. Nur verflixt: auch Offenheit hat ihren Preis! Und dort wurde dann natürlich prompt ein teilnehmender Webdesigner (er heißt auch Kurt wie ich) als jemand enttarnt, der Hubbards scientologische Weisheiten in einer obskuren Initiative von Künstlern für eine bessere Welt verkündet...

Mit der politischen Bildung übers Web ist das halt so eine Sache. Das Bildungsziel der Partizipation scheint dann nicht mehr vermittelbar, wenn jedermensch mit ein paar Klicks bei www.webmart.de oder www.topwebmaster.de ein Forum für die eigene Homepage einrichten kann (natürlich kostenlos!), aber ausgerechnet beim DGB-Bildungswerk vor verschlossenen Foren steht, wenn er/sie nicht zahlt. Deshalb ist es auch durchaus zu begrüssen, dass der output der virtuellen sowie der Präsenztagung demnächst auch mal vollständig im Netz stehen soll (so zumindest die Ankündigung der VeranstalterInnen). Sonst bliebe von dieser eigentlich wunderbaren Tagung nur der Eindruck, dass Leute, die liebend gerne ihren Busfahrer nach Genua zahlen, ausgegrenzt werden, weil sie nicht auch noch virtuelle Tagungen bezahlen können und »Mädchen mit der Coca-Cola« von irgendwelchen Scientologen angehimmelt werden und das wäre doch zu wenig.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1 – IMPRESSIONEN UND REFLEXIONEN

»Eine andere Welt ist möglich«

... Kurz: würde sie gegenüber dem Bestehenden die Kraft dessen entfalten können, was die klassische deutsche Philosophie »bestimmte Negation« genannt hat, d.h. eine Verneinung, die zugleich Bejahung ist, weil sie konstruktiv und nicht bloß abstrakt wirkt?

Bemerkenswert immerhin war die Auflösung alter Lagerbildungen. Die alte Linke war technikgläubig wie ihre Hauptgegner. Nun fand man sich auf dem Boden nachhaltiger Entwicklung, wurde der Sinn für den Organismus Erde ein verbindendes Band für viele Beteiligte. Damit schloss die Bewegung zugleich an die Impulse an, die von dem UNO-Umweltgipfel in Rio im Jahre 1992 ausgegangen waren (Lokale Agenda 21).

Weltwirtschaftsforum und Weltsozialforum

Vor 30 Jahren hatte der mittlerweile 62jährige Genfer Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab, gebürtig aus Ravensburg, heute einer der reichsten Männer der Schweiz, das sogenannte World Economic Forum gegründet. Es fand seither jährlich in Davos statt, wo sich eine erlesene Schar von Verantwortungsträgern aus Politik und Big Business versammelte. Eine Mischung aus Denkfabrik, Kontaktbörse und Laufsteg der Eitelkeiten war dieses einflussreiche Forum. Wenige mit Rang und Namen, die niemals in der Bündner Bergwelt dabei waren.

Eine Bewegung, die der neoliberalen Form der Globalisierung kritisch gegenüberstand, konnte Davos nicht gleichgültig sein, sie musste eine Antwort darauf finden. Gegendemonstrationen fanden vermehrt in den letzten Jahren statt. Aber genügt es zu protestieren? Liegt nicht die Stärke von Davos darin, dass dieses Forum Entwicklungen abspürt und vordenkt, dass es Dialoge ermöglicht, die zu – wie immer fragwürdigen – Gestaltungsimpulsen beitragen? Muss, wer anderes will, als dort vorgedacht wird, nicht jene Stärke ebenfalls entwickeln, – nur eben auf andere Weise? – Solche Überlegungen, in vielen Köpfen auftauchend, mögen es gewesen sein, die dazu führten, dass die Idee eines parallel zu Davos stattfindenden Forums realisiert würde. Bei ihm sollte es um Antworten auf die Frage gehen, »wie in einer zukünftigen Welt die Ökonomie in den Dienst der Menschen gestellt werden sollte und nicht umgekehrt«. (3) In Brasilien fand sich eine Reihe von Organisationen, die die Sache vorantrieben. Sie verhandelten mit den Autoritäten von Rio Grande do Sul, wo die Bedingungen für die Durchführung günstig schienen. Und sie verbanden sich mit Gruppen in aller Welt – ATTAC Frankreich hatte die Initiative bereits von Anfang an kräftig mit vorangetrieben. So kam im Jahr 2 nach Seattle das I. Weltsozialforum in Porto Alegre zusammen.

2002: Porto Alegre und New York

Zwischen dem 1. und dem 2. Forum lagen die Demonstrationen und die brutalen Einsätze der Staatsgewalt beim G8-Gipfel in Genua und die entsetzlichen Anschläge des 11. September mit all ihren Folgen. Hatte Genua zu einem Aufschwung der Bewegung geführt und Organisationen wie ATTAC einen großen Mitgliederzustrom beschert, so sagten ihr nach dem 11. September manche ein nahes Ende voraus. Das Gegenteil jedoch trat ein: »Porto Alegre II hat deutlich gemacht, dass die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen ist. Sie wächst weiter und gewinnt an Breite und Einfluss«, so Peter Wahl, Mitglied des Koordinierungsausschusses von ATTAC Deutschland.

Teils aus Solidarität mit den USA, teils weil die Schweizer Behörden offensichtlich den immensen Sicherheitsaufwand nicht leisten wollten, verlegte man das WEF in diesem Jahr nach New York. Durch die zeitgleich auf einem Kontinent stattfindenden Veranstaltungen entstand ein sprechendes Bild, Realität und Symbol zugleich: dort im kalten Norden die auserwählte Schar der 2.700 Reichen und Mächtigen, von einem Riesenaufgebot von Sicherheitskräften und Sperren geschützt, was zugleich an den Orten des Geschehens das Geschäftsleben New Yorks zurückdrängte. Hier in der 28°-Wärme Brasiliens eine gelöste, bei allem Ernst der inhaltlichen Arbeit geradezu volksfestartige Stimmung, die gleich bei der Eröffnungsveranstaltung aufkam. Und Leben allüberall – auch die örtliche Geschäftswelt und der Kleinhandel profitierten. Die wenigen Polizeikräfte hielten sich dezent im Hintergrund, und die Ordner mussten nicht mehr kontrollieren als die Delegierten- bzw. Teilnehmerausweise.

War das erste Forum von den Medien noch weitgehend heruntergespielt worden, so war das im Jahr 2002 deutlich anders. Dazu trug der Kontrast der Bilder sicher bei: häufig wurde zugleich über New York und Porto Alegre berichtet.

Lasst 1.000 Blumen blühen ... Wie Alternativen für eine andere Welt entstehen können

Die Form der Veranstaltung war bereits in der Vorbereitung des ersten Forums geprägt worden: Morgens wenige teach-in-artige Foren vor einem großen Publikum mit mehreren Podiumsteilnehmern, bei denen es sich meist um Menschen handelte, die prominent sind, weil sie sich in der Bewegung hervorgetan haben. – In diesem Jahr waren es insgesamt 27 solcher »Conferences«. Sie behandelten unter anderem Themen wie fairen Handel, internationale Organisationen, Kontrolle der Finanzmärkte, nachhaltige Entwicklung, Wasserversorgung, transnationale Unternehmen und die Rolle der Zivilgesellschaft.

Am Nachmittag dann »Workshops«. In diesem Jahr waren es an die 300 jeden Tag, sie konnten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst gestaltet werden. Insgesamt eine Fülle von Gesprächs- und Begegnungsmöglichkeiten, die einer realen Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander dienen sollten. Zwar war die Form der Vormittagsveranstaltungen recht konventionell: Statements reihten sich aneinander, anschließend waren noch Fragen möglich. Die Offenheit des Workshop-Programms jedoch war beispielhaft: Man konnte sich – über die Internetseiten des WSF – mit seiner eigenen Workshop-Initiative völlig frei einbringen und diese bekannt machen – und die Organisatoren brachten das Kunststück fertig, für all diese verschiedenen Arbeitsgruppen das räumliche Umfeld zu schaffen. – Gerade wer wie der Autor einen zentralistisch organisierten Event wie die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der damaligen Hauptstadt der DDR erlebt hat, kann die praktizierte aktive Toleranz der Veranstalter würdigen.

Natürlich wehten in Porto Alegre auch die roten Fahnen der in Lateinamerika traditionell starken marxistisch-leninistischen Gruppen, formierten sich auf dem Veranstaltungsgelände immer wieder Demonstrationszüge, die ohrenbetäubend ihre Losungen skandierten. Sie gehörten zum bunten Bild der Veranstaltung dazu, waren aber auch wiederum zu sehr eine Randerscheinung, als dass sich jemand zum Mitmarschieren in einer »antiimperialistischen Einheitsfront« hätte genötigt sehen müssen. Dass ultralinke Gruppierungen parallel zur Eröffnung eine eigene Demonstration gegen das »reformistische Weltsozialforum« durchführen konnten, ohne dass sich jemand darüber aufregte, passt zum Gesamteindruck.

Die selbstlose Haltung der Organisatoren, ein Forum bieten zu wollen, durch das sich eine Kraft der Alternative aus der Zivilgesellschaft heraus formen kann, nicht aber eine solche Bündelung der Kräfte auf einer vorgegebenen Plattform erzwingen zu wollen, war der entscheidende Ansatz schon des ersten Forums. Es war ein qualitativer Sprung gegenüber den allermeisten Ansätzen in der Vergangenheit, internationale Solidarität zu bewirken. (Vgl. Anhang 1 mit der »Charta der Prinzipien« des WSF)

Peter Wahl bringt diese Qualität auf den Begriff: »Diese Bewegung organisiert sich transnational und unter Bedingungen, die die politische und kulturelle Diversität auf dem Planeten widerspiegeln. Eine gemeinsame theoretische oder weltanschauliche Grundlage gibt es, anders als bei früheren Versuchen, eine »Internationale« zu bilden, nicht. Erst recht besteht keine Zentrale, die irgendetwas vorgeben könnte. Einzig die Fähigkeit aller Akteure zur Selbstorganisation bestimmt den Grad der Struktur- und Regelbildung. Toleranz und kommunikative Kompetenz über kulturelle Grenzen hinweg sind dabei von entscheidender Bedeutung. Historische Vorbilder für einen solchen demokratischen Konstitutionsprozess einer transnationalen sozialen Bewegung existieren nicht.«

Eine Region wagt mehr Demokratie...

Porto Alegre mit seinen ca. 1,4 Mio. Einwohnern ist die Hauptstadt des brasilianischen Teilstaats Rio Grande do Sul (Bevölkerung 10 Mio.). Dieser Teil Brasilien ist als Gastgeberregion für ein derartiges Forum wie geschaffen. Wird hier doch eine weitgehende Form direkter Demokratie praktiziert, bei der die Bürger z.B. über die Ausgabeprioritäten der öffentlichen Hände abstimmen können (Bürgerbudget). Bei der UNO interessiert man sich für dieses Modell, in einer Reihe lateinamerikanischer Städte findet es Nachahmer.

Hinter diesem Ansatz steht die brasilianische Arbeiterpartei (PT), die in Stadtverwaltung und Landesregierung dominiert und ohne deren Unterstützung das Forum in dieser Form sicherlich nicht hätte stattfinden können. Von 2,3 Mio. Reals (1 Real = ca. 0,5 Euro) vom Gouverneur des Teilstaats und weiteren 800.000 Reals vom Präfekten der Stadt ist die Rede (4), – was unmittelbar einleuchtet, wenn man das Preis-Leistungs-Verhältnis des mittäglichen Büffets bestaunt hat. Der PT-Ehrenvorsitzende Lula da Silva erhielt im Forum »partizipatorische Demokratie« am vierten Tag standing ovations für eine flammende Rede, die wohl zugleich Wahlkampf für seine Präsidentschaftskandidatur war.

Einen weiteren Faktor des Gelingens stellt sicher die Tatsache dar, dass der riesige Campus der katholischen Universität und deren in der Stadt verstreute Hörsaalgebäude für die Veranstaltung voll zur Verfügung standen. Im Foyer des Hauptgebäudes strömten morgens Tausende zu den großen Foren, die nachmittäglichen Workshops verteilten sich dann auf die Vielzahl der Gebäude.

Das Transportproblem lösten Shuttle-Busse und die hellrote Taxiflotte der Stadt, deren Fahrer ein gutes Geschäft machten.

Eine Parkhausetage der Universität war zu einem einzigen Markt umfunktioniert, in dem sich ein Bücher- und Informationsstand an den nächsten drängte. Auch im Freien, überall auf dem Gelände, Stände verschiedener Organisationen und der zahlreichen Kleinhändler, die vom Schmuck über Plaketten bis zum T-Shirt alles feil hielten, was das Herz der Teilnehmer begehrt. – Bei einem Schmuckhändler muss ich ein drittes Paar Ohrringe für meine Frau als Dreingabe nehmen, weil ich aus dem Land von Karl Marx komme. – Allerdings hatte ich auch bereits den Spottpreis von 3 Real pro Paar nach oben korrigiert.

Auch wenn man die Unterstützung und die gute Infrastruktur einbezieht: die reibungslose Organisation einer solchen Veranstaltung ist eine logistische Meisterleistung der unmittelbar für die Durchführung Verantwortlichen.

Brasilianische Impressionen

Von Porto Alegre ist es nicht weit zur Grenze, hinter der ein im Augenblick durch die Folgen der neoliberalen Globalisierung besonders betroffenes Land, Argentinien, von sozialen Unruhen geschüttelt wird. Die Lage in Brasilien ist anders. Seit man 1994 eine an den Dollar angekoppelte Währung, den Real, eingeführt hat, hat man die Inflation im Griff und hofft, mit dieser Lösung besser zurechtzukommen als der Nachbar im Süden. Die sozialen Probleme indes sind mit Händen greifbar, wenn man die Innenstadt von PA erkundet. Mit ihrem vibrierenden Leben macht sie einen aufstrebenden Eindruck, überall Geschäftigkeit. Zugleich ist das Elend unübersehbar, trotz vieler Bemühungen der Verwaltung: Straßenkinder, die betteln; eine Frau, die mit ihrem Säugling auf dem Arm vor einem Geschäft sitzt und offensichtlich keine Bleibe hat; Männer, die am Straßenrand schlafen, und die anderen, die geschäftig vorbeieilen.

Etwas besser daran sind diejenigen, die wenigstens irgend etwas zu verkaufen haben. Der Straßenhandel ist allgegenwärtig, und daran, wie die Ware präsentiert wird, ist die soziale Hierarchie zu studieren: Auf dem Gehsteig, im Bauchladen, auf einem Tischchen, in einem eigenen Stand... In einem Geschäft sehe ich eine Auslage mit Hemden, die man in 5 Monatsraten zu 5,99 Reals abstottern kann: Konsumentenkredit für die Armen. Auffällig viel private Sicherheitsleute, z.B. vor den großen Geschäften. Ein Fremder tritt auf mich zu und warnt mich: »Take care of your camera« (einem Mitglied der Stuttgart Delegation sind tatsächlich am ersten Tag Pass und Kreditkarte entwendet worden).

Dass die Arbeit billig ist, merkt man an Details: ich kaufe eine große Flasche Soda im Supermarkt – und gleich ist ein dienstbarer Geist zur Stelle, um sie mir in die Tüte zu packen. Deutlicher Unterschied im Preisniveau zwischen den großen Marken und der heimischen Produktion. Für unsere Verhältnisse ist vieles günstig. Den »Super-Dog« (Super ist gar kein Ausdruck, er kann als komplettes Mittagessen durchgehen!) bekommt man an der Bushaltestelle bei einem Straßenhändler für 1,50 Real.

Die Umweltprobleme des Landes ahnt man, wenn man der Gewässerverschmutzung ansichtig wird: Der Strand hinter dem Amphitheater, in dem die Eröffnungsfeier stattfand: aus der Ferne wunderschön – aus der Nähe betrachtet, verliert man die Lust zum Baden.

Das International Forum on Globalization (IFG)

Eine wichtige Plattform unter den vielen anwesenden Organisationen stellt das »International Forum on Globalization« dar. Sind doch in seinem »Board« viele der herausragenden Gestalten der Bewegung für eine andere Form der Globalisierung anwesend. Eine davon ist Lori Wallach, eine amerikanische Wirtschaftsanwältin, die bereits in der Bewegung gegen das MAI eine Schlüsselrolle spielte und zu deren Markenzeichen es geworden ist, dass sie stets zwei riesige Wälzer mit den WTO-Vereinbarungen mit sich führt, um sie ihrem Publikum zur Abschreckung zu präsentieren.

Wer den im ZDF ausgestrahlten Film »David gegen Goliath« gesehen hat (5), kennt sie, ebenso wie Vandana Shiva, die Inderin. Diese Frau hat ein enormes Charisma. Man versteht, dass sie in Indien Hunderttausende in Bewegung bringt. Seit sie vor der amerikanischen Justiz die mächtige Firma Rice-Tec in die Knie zwang, ist sie gerade-

Fortsetzung auf Seite 4

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anmeldung: bundeskoordination internationalismus
Nernstweg 32-24, D-22765 Hamburg
E-Mail: bukohh@t-online.de, Web: www.buko.info

FORTSETZUNG VON SEITE 3: IMPRESSIONEN UND REFLEXIONEN

zu eine Legende geworden. Rice-Tec hatte das Patent für eine neue Reissorte erhalten, die ähnliche Eigenschaften wie der originale indische Basmatireis aufweist. Durch diesen schmutzigen Trick wäre es der Firma fast gelungen, sich die indischen Bauern tributpflichtig zu machen, hätte Shiva nicht dagegen angekämpft. Die kostenlose Nutzung des eigenen Saatguts wäre am Ende ein Verstoß gegen das TRIPS-Abkommen der WTO gewesen.

Ich höre Vandana Shiva bei der Konferenz über Nachhaltigkeit – und muss unwillkürlich an Martin Luther King denken. Sie beginnt mit einem Zitat aus dem »Economist«, das den Ernst der Lage beleuchtet. Ein Schreiberling hat dort gefordert, »Greenpeace« und »Friends of the Earth« wegen ihres aktiven Widerstands gegen biotechnische Entwicklungen unter Antiterrorismus-Gesetze zu stellen. Die promovierte Physikerin findet einprägsame Bilder – geeignet, auch einfache Menschen anzusprechen, ohne dabei populistisch zu werden. Ihr Satz, dass G. Bush das Wasser in seinem Swimmingpool wichtiger sei als die Wasserversorgung von Millionen Menschen auf der Welt, wird in den Medien zitiert. Sie bringt die Dinge auf den wesentlichen Punkt, wenn sie sagt, die Menschenrechte seien den Menschen nicht von den Regierungen verliehen, sondern mit ihnen geboren und darum unveräußerlich. – Ihr Auftritt war für mich vielleicht der nachhaltigste Eindruck des Forums (Noam Chomskis Vortrag verpasste ich, weil kein Zugang zum überfüllten Saal mehr möglich war, der Vortrag Leonardo Boffs, des Begründers der Theologie der Befreiung, fiel aus.)

Zum Board des IFG gehört auch Maude Barlow, Vorsitzende des Council of Canadians, die in Kanada eine breite Bewegung gegen das WTO-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS in Gang gebracht hat. Den Rundbrieflesern ist sie durch den Teilnachdruck ihres Artikels »Die letzte Grenze« und meinen Beitrag über GATS bekannt. (6) Dann sind da Persönlichkeiten wie Walden Bello, ein philippinischer Sozialwissenschaftler, Direktor des »Focus on the Global South« oder Martin Khor vom »Third-World-Network« aus Malaysia. Er imponiert mir durch seine strategische Intelligenz, seine Souveränität im Umgang mit dem Stoff, den er behandelt, aber auch durch den Eindruck eines unbeugsamen Willens, der von ihm ausstrahlt. Man muss konzeptionell nicht mit allem konform gehen, was er sagt. Aber im entscheidenden Punkt hat er allemal Recht gegen die Beschwichtiger und Beschöniger aus allen Ländern und Lagern: nämlich, dass der WTO-Prozess gestoppt werden muss, dass die WTO in ihrer jetzigen Form nicht reformierbar ist. Seine Argumente – vorgetragen u.a. bei einem der größeren Workshops über die Gestaltung der Globalisierung – sind glasklar:

Das WTO-Regime greift durch in alle Länder, aufgrund der Möglichkeit, jede regionale demokratische Entscheidung durch die Klage bei der WTO auszuhebeln, – wenn es nur gelingt, einen Verstoß gegen die sakrosankten Regeln des freien Wettbewerbs glaubhaft zu machen.

Dieses Regiment verunmöglicht jede soziale Gestaltung in der Region, dem Lebensort der Menschen. Seine Beseitigung, ist es erst einmal durchgesetzt, ist vielhundertmal schwerer als die Änderung einer nationalen Verfassung, – welche, wenn sie grundlegenden Charakter hat, bekanntlich auch nur in historischen Ausnahmesituationen möglich ist. Einsichtig auch Khors Aussagen über die notwendige Begrenzung des freien Kapitalverkehrs durch soziale Gesichtspunkte, eindrucksvoll an der Asienkrise exemplifiziert. Jens Loewe fragt ihn um die Erlaubnis, einiges, was er geschrieben hat, ins Deutsche zu übersetzen, und erhält gleich eine Generalvollmacht. Das ist eine freundschaftlichte Geste, zugleich aber auch wohl Ausdruck einer Einschätzung der strategischen Bedeutung, den eine Stärkung der Bewegung in Deutschland haben könnte.

Ein weiteres Mitglied des Boards, das hier erwähnt werden muss, ist David Korten. Korten, der auch in einem unserer Workshops mitwirkte, hat u.a. die Werke »When Corporations Rule The World« (1995, 2. Aufl. 2001) und »The Post-Corporate World: Life After Capitalism« (2000) verfasst und gilt nicht nur als glänzender Analytiker, sondern auch als Vordenker, was künftige gesellschaftliche Gestaltungen angeht. In seinem erstgenannten Werk zitiert er unseren philippinischen Freundes Nicanor Perlas, der wiederum zu den »Associates« des Forums gehört. In Kortens Denken spielen Prinzipien wie ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Subsidiarität, Partizipation und Verantwortlichkeit eine große Rolle.

Seine Mitautorschaft ist auch in dem Dokument erkennbar, welches das IFG bei einem Workshop erstmals in Kurzfassung als Entwurf der Öffentlichkeit vorstellt und an dem intern lange gearbeitet worden ist: »A Better World is possible – Alternatives To Economic Globalization« (siehe Anhang 2). (7)

Die Globalisierung gestalten – Alternativen für eine andere Welt

Damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt angelangt: Porto Alegre wollte von Beginn an mehr sein, als eine Protestveranstaltung. Es wollte den Beweis antreten für die Aussage des Mottos »Eine andere Welt ist möglich«. Wie können deren Konturen aussehen? Wie kann verhindert werden, dass wiederum nur eine Utopie entsteht, die sich bestenfalls, sollte sie sich durchsetzen, als Konglomerat fixer Vorstellungen erweist, die die Menschen als übergestülpt erleben und die sich darum in der Realisierung dann auch bald ins Gegenteil verkehren? Wie soll, auf der anderen Seite, vermieden werden, dass nicht mehr zustande kommt als ein Potpourri unzusammenhängender Wünschbarkeiten aus den verschiedensten Ecken?

Die Organisatoren haben von vornherein gut daran getan, zu verhindern, die Zeit »mit Diskussionen über Einzelheiten zu verlieren, die in einem abschließenden Dokument enthalten sein sollten« (8). Alternativen, die wirkliche Kraft der Veränderung in sich bergen, sind heute allemal solche, die Strukturen beschreiben, unter denen Menschen handlungsfähig zur Lösung ihrer jeweiligen Probleme werden können, nicht »Lösungen« im Sinne einer inhaltlich vorgedachten »richtigen« Gesellschaftsordnung. In diesem Punkt hat ein Grundansatz der Dreigliederung – auch wenn dieses als Konzept bei dem Forum sicherlich nur eine Randrolle in einzelnen Diskussionen spielte – im allgemeinen zivilgesellschaftlichen Bewusstsein begonnen Fuß zu fassen. Aber die Formulierung solcher Alternativen kann auch wiederum nur aus einem permanenten Diskurs hervorgehen. Daher sind Foren wie das IFG als Orte freien geistigen Austauschs so wichtig.

Damit soll über die Aussagen des Dokuments im einzelnen nichts gesagt sein. Vieles findet sich dort, an dem unmittelbar angeschlossen werden kann, manches bedarf aber sicher auch weiterer Diskussion. So möchte man z.B. fragen, ob die Betonung der »lokalen Wirtschaft« – so wichtig diese Entdeckung der Region als realer Ort von Wirtschafts- und Lebenszusammenhängen auch ist – als Alternative zur neoliberalen Globalisierung ausreicht, oder ob nicht gerade auch global solche Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit entstehen können und müssen, welche die gleiche Transparenz und Gestaltbarkeit aufweisen, wie sie im Lokalen zu Recht gesucht werden. Mit dieser Frage wäre eine Debatte über eine moderne kooperative Wirtschaft eröffnet, die sehr weit führen könnte.

Das IFG hat ausdrücklich um Diskussionsbeiträge zu seinem Papier gebeten – und man sollte dieses Angebot dankbar annehmen. So soll das geplante Seminar der Fortbildungsreihe »Individualität und soziale Verantwortung« vom 11.-13. Oktober an der Universität Trier, bei dem es um konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung geht, ausdrücklich unter den leitenden Gesichtspunkt gestellt werden, zu dieser Debatte einen Beitrag zu leisten. – Übrigens: Carol Bergin und Johannes Lauterbach hatten bereits am Rande der WTO-Konferenz in Doha mit Lori Wallach, Vandana Shiva und Maude Barlow engere Kontakte knüpfen können, die in Porto Alegre weiter gepflegt werden konnten und vielleicht zukünftig fruchtbare Zusammenarbeitsmöglichkeiten eröffnen.

Die konzeptionellen Beiträge, die bei dem Forum oder im Zusammenhang mit ihm geleistet wurden, sind insgesamt beachtlich. Aufmerksamkeit verdient dabei auch ein von ATTAC Frankreich Ende Januar vorgelegtes »Manifest 2002«. (9) Nur wer illusionäre Ansprüche stellte, konnte über einen mangelnden konzeptionellen Ertrag in Porto Alegre klagen. »Erwartungshaltungen, die in der abschließenden Pressekonferenz gerne einen Konstruktionsplan für die neue Gesellschaft sehen wollten«, so Peter Wahl, »wurden enttäuscht. Das finale Manifest einer lichten Zukunft, der große Wurf wurde nicht präsentiert. Im Gegenteil, ganz bewusst wurde auf eine offizielle Abschlusserklärung verzichtet, weil die Entwicklung eines 'planetarischen Programms' – wenn es denn auf demokratische Weise zustande kommen soll – gerade nicht von einem Großdenker oder eine Avantgarde mal so auf den Markt geworfen werden kann. Was einer kurzschlüssigen Effizienz- und platten Ergebnisorientiertheit als Schwäche erscheint, ist im Gegenteil bereits der Vorschein einer anderen Welt: partizipative Demokratie, herrschaftsfreier Diskurs, Entschleunigung. Hier wird nichts durchgepowert.«

Zusammenarbeit, z.B. in Europa ...

Auch für die Entwicklung der Zusammenarbeitsformen und Organisationsstrukturen innerhalb der Bewegung war das Forum fruchtbar. Die Beratung von ATTAC Europa, an der ich teilnehmen konnte, beispielsweise brachte eine bessere Wahrnehmung der verschiedenen Sektionen untereinander – einige von ihnen sind erst in jüngster Zeit überhaupt entstanden –, aber auch Impulse für Kampagnen und ansatzweise auch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Handlungsebene »Europäische Union« in die Arbeit stärker einzubeziehen. Konkrete Verabredungen gab es für Kampagnen zur Durchsetzung der Tobin Tax (seit eh und je ein Hauptthema von ATTAC) und zum GATS-Abkommen der WTO.

Ich selbst habe noch an einer kleineren Arbeitsrunde teilgenommen, die sich anschließend mit dem EU-Gipfel in Barcelona und entsprechenden Aktionen beschäftigte. Ich habe dort auch über die Initiativen zur Grundrechtscharta und den Aufruf EU 21 berichtet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es der Zivilgesellschaft wenigstens gelingen möge, sich auf einige essentielle Forderungen zur Nachbesserung der Charta und zu den im EU-Reformkonvent zu behandelnden Strukturfragen der Union und ihrer Institutionen zu einigen, um Einfluss auf die europäische Verfassungsentwicklung zu nehmen. Das wurde mit Interesse aufgenommen. Zugleich wurde mir deutlich, dass es noch ein weiter Weg ist, auch nur die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Ströme – z.B. die verschiedenen Demokratieinitiativen und die Gruppen der Globalisierungsbewegung – füreinander wahrnehmbar werden zu lassen und schließlich zu einer konkret wirksam werdenden Zusammenarbeit zu bringen. Umso wichtiger, diese Aufgabe anzugehen.

Programmbeiträge unserer Delegation

Die »Stuttgart Delegation« nahm aktiven Anteil am Workshop-Geschehen: den größten Zulauf hatte dabei Carol Bergins Arbeitsgruppe über kulturelle Kreativität. Jens Loewes Workshop handelte über das »Netzwerk Weltweiter Projekte« (NWWP). Suely Nunes-Loewe arbeitete mit einer Gruppe an der Frage individueller Verantwortlichkeit, außerdem gab sie zwei Workshops im »Forum Bambino« – auch für die Kinder war ein Angebot da! Den ganz Kleinen vermittelte sie mit selbstgemalten Bildern Umweltthemen. Johannes Lauterbachs Gegenstand war »authentische trisektorale Partnerschaft«, wobei er von David Korten unterstützt wurde. Am Beispiel des Forum 3 behandelten Ulrich und Gabi Morgenthaler das Thema: »Die Zivilgesellschaft braucht offene Zentren«, ich selbst sprach – in meinem ersten Seminar, das ich in englischer Sprache zu halten hatte! – über die Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter Globalisierungsbedingungen. Ein gemeinsamer Workshop »Shaping Globalization through Cultural Power« krönte das Ganze. – Er-

Fortsetzung nächste Seite

AUS DEM »REPORT SUMMARY«

Im Vorwort zu dem Text heißt es: »Im Januar 1999 initiierte das International Forum on Globalization (IFG) einen Prozess, der den Zweck hatte, Alternativen zum gegenwärtigen Modell kapitalorientierter Globalisierung («corporate globalization») zu entwickeln. In den letzten drei Jahren haben etwa zwei Dutzend unserer Vorstandsmitglieder und Hauptpartner regelmäßige Treffen abgehalten, um Skizzen der entscheidenden Bestandteile lebensfähiger Alternativsysteme vorzubereiten. [...] Der endgültige Report, der im Frühjahr 2002 veröffentlicht werden soll, bietet eine breite Auswahl an lebensfähigen Optionen, die sich mit einer Reihe neuer Operationsprinzipien für die internationale Gemeinschaft zusammenfügen. Die Prinzipien und Vorschläge sind nicht als endgültige Argumente für irgendein spezifisches System gedacht. Unser Plan ist es, das Dokument unter den vielen Tausend Gruppen der Zivilgesellschaft auf allen Kontinenten zu verbreiten, die an diesen Fragen engagiert sind.

Wir werden dann einen über drei Jahre dauernden Prozess beginnen, der Treffen in jeder Region zwischen interessierten Gruppen beinhalten soll, um die Verfeinerung dieser Ideen zu fördern, sie im Hinblick auf lokale Bedingungen zu erweitern oder zu modifizieren, einen allgemeinen Konsens zu suchen in so vielen Punkten wie möglich, um daraufhin ein neues Dokument zu publizieren, das dann auch klare und konkretere Schritte einschließen sollte, die vom Bestehenden zum Neuen führen. Wir heißen alle Antworten willkommen.[..]«

Der Bericht spricht zunächst über den globalen Widerstand gegen die gegenwärtige Globalisierung, deren Formen und Auswirkungen er kritisiert. Es werden dann zehn Prinzipien für demokratische und zukunftsfähige Gesellschaften skizziert: Neue Demokratie – Subsidiarität – ökologische Nachhaltigkeit – gemeinsames Erbe – Menschenrechte – Arbeit, Arbeitsplätze und Lebensqualität – Schutz der Ernährung – Gleichheit – Vielfalt (darunter kulturelle Vielfalt) – Prinzip der Vorsorge. Diese Prinzipien werden dann nach verschiedenen Seiten hin ausgeführt, bis hin zu einer Skizze neuer globaler Institutionen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 4 – IMPRESSIONEN UND REFLEXIONEN

wähnt sei auch die Teilnahme von Ralph und Julian, zweier Grazer Waldorfschüler, die mit uns gereist waren.

Die Workshops fanden bei den Teilnehmern ein positives Echo, insbesondere wurde der Arbeitsstil geschätzt, der wohl dialogischer war als in vielen anderen Gruppen. In manchen unserer Workshops fand zwischendurch auch eine Gesprächsarbeit in Kleingruppen statt.

Zu diesem Angebot kam ein brasilianischer Beitrag: Antonio Marques, Leiter einer anthroposophischen Privatklinik und Autor eines Buches über soziale Dreigliederung mit dem Titel »Os tres Poderes« – »Die drei Kräfte« – hielt eine Arbeitsgruppe über kooperative Wirtschaft, in der auch beispielhafte Projekte aus Europa dargestellt wurden. Gregor Kux hatte einen Bücherstand mit portugiesischen Übersetzungen von Rudolf Steiner und anderer Literatur aus dem Bereich der Anthroposophie und Waldorfpädagogik organisiert.

Auch wir hatten – bis zur Grenze des zulässigen Gesamtgewichts unseres Fluggepäcks – Arbeitspapers und anderes Material in englischer Sprache mitgebracht, das wir auslegen bzw. an Interessierte verteilen konnten. So haben recht viele Teilnehmer unsere Arbeit, z.B. auch die Initiative EU 21, ein Stück weit kennen lernen können.

Der Höhepunkt war sicherlich die Direktübertragung von Porto Alegre zu einer Versammlung ins Stuttgarter DGB-Haus, in zwei Partien, deren zweite auch im SDR 3 ausgestrahlt wurde. Wie Stuttgarter Teilnehmer später berichteten, gelang es, etwas von der Atmosphäre des WSF und der dort herrschenden Aufbruchstimmung zu übermitteln. Maude Barlow wandte sich an die Stuttgarter und kündigte an: »I'll come to Stuttgart and we'll change the world«.

Leider war ich selbst nicht Zeuge dieser Direktschaltung, da ich zur gleichen Zeit der schon erwähnten Beratung von ATTAC Europa im Hotel Embajador beiwohnte. Dieses Faktum zeigt zugleich das arbeitsteilige Vorgehen unserer Gruppe, das jedoch nicht »organisiert« war, sondern sich spontan durch die Initiative der Einzelnen ergab.

Dialog mit den »Etablierten«?

Kann es, muss es, einen Dialog zwischen Zivilgesellschaft bzw. Weltsozialforum und dem Establishment, repräsentiert z.B. im World Economic Forum, geben? Die Frage liegt auf der Hand, von einigen Teilnehmern, die nach beiden Seiten hin Verbindungen haben, wurde sie bewusst gestellt, so z.B. von einer Freundin aus Argentinien in einem unserer Workshops. Oder von Peter Hesse, der mit seiner Stiftung beispielhafte Entwicklungsprojekte in Haiti betreibt, Unternehmer und langjähriges Mitglied im »Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik der CDU«, mit dem wir einige fruchtbare Gespräche führen konnten.

Wenn eine Wende in der Entwicklung eingeleitet werden soll, dann setzt das sicherlich eine Zusammenarbeit zwischen Menschen, die Verantwortungsträger in den bestehenden mächtigen Institutionen sind und die Notwendigkeit der Wende begreifen, mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren voraus.

Manche Vertreter des Establishments betrachten zwar die Zivilgesellschaft noch nicht als relevante Kraft, andere mögen den Dialog nur benutzen, um sie ruhig zu stellen. Sich Dialogen zu verweigern, wäre jedoch destruktiv: das soziale Leben baut auf dem Dialog auf. Und wer die eigene Kraft erprobt hat, braucht keine Angst zu haben, dass er vereinnahmt wird. Diese eigene Kraft ist nicht die Kraft der Zahl allein, auch wenn es eine kritische Masse braucht, damit wirksam eingegriffen werden kann. Sie ist die Kraft des Gedankens, der sozialen konzeptionellen Phantasie. Und es ist die Kraft der gelebten Beispiele, die ins Spiel gebracht werden muss, – Beispiele, in denen die andere Welt, die gewollt wird, ein Stück weit bereits antizipiert wird.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in New York waren in diesem Jahr immerhin nicht nur Jubelarien über die Segnungen des ungebremsten globalen Kapitalismus zu hören. »Führung in unsicheren Zeiten«, lautete das Motto. In den Veranstaltungstiteln wimmelt es von Wörtern wie »Konflikt« oder gar »Furcht«. Es wurden auch »Schattenseiten der Globalisierung thematisiert, die Dominanz der USA in der Weltwirtschaft zum Nachteil anderer und die Frage, ob die USA nicht eine Mitverantwortung für das Entstehen terroristischer Netzwerke haben«. (10) Die Äußerungen des US-amerikanischen Finanz- und Außenministers als Vertreter der Linie des »Weiter so«, fanden keinen ungeteilten Beifall. »Selbst IWF-Direktor Horst Köhler kritisierte den Egoismus der Industrieländer, die ihre Landwirtschaft und die Textilwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz und damit vor Konkurrenz aus Entwicklungsländern schützen.« (11)

Man wird das zur Kenntnis nehmen müssen, wenn auch nicht überbewerten dürfen. Insbesondere wird man sich dadurch nicht in der Entschlossenheit beirren lassen dürfen, die derzeitig im Rahmen der WTO betriebene Entwicklung anzuhalten, um die Option anderer Entwicklungswege überhaupt wieder zu eröffnen. Zugleich wird man sich in dem Bemühen ermutigt sehen dürfen, solche Wege zu bahnen.

Wie geht es weiter?

Für mich ergeben sich zwei Handlungsrichtungen, die miteinander verbunden sind:

1. Die Welt ist keine Ware! – die WTO-Maschine anhalten!

Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. Dabei geht es nicht um diese oder jene Einzelheit, die gefordert werden müsste. (12) Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.

Viele Entwicklungsländer haben dem Doha-Kompromiss und damit dem Eintritt in eine neue dreijährige große Liberalisierungsrunde des Welthandels nur zugestimmt, weil ihnen zugesichert wurde, dass auf der nächsten Ministerkonferenz 2003 zunächst Einigkeit über den Modus der Verhandlungen gefunden werden muss, ehe diese Runde tatsächlich eröffnet wird.

Und hier ist zu fordern: keine neue Runde, wenn nicht erst den WTO-Abkommen und der WTO als Institution die Giftzähne gezogen worden sind. Und das würde heißen: TRIPS kann in der vorliegenden Form nicht bleiben, wenigstens Bildungs- und Gesundheitswesen sind aus den GATS-Verhandlungen auszuklammern und eine eindeutige Priorität der individuellen, demokratischen und sozialen Menschenrechte vor allen Wettbewerbsrechten ist festzuschreiben.

Faktisch liefe das auf die Forderung nach einem Stop des WTO-Prozesses in seinem gegenwärtigen Duktus und auf ein Moratorium hinaus, das erlaubt, über die Grundlagen der Gestaltung der Globalisierung neu nachzudenken.

Die Koalition, die dies durchsetzen kann, kann nur die breitest mögliche sein: Sie muss Entwicklungsländer ebenso einschließen, wie z.B. die Gewerkschaftsbewegung in den Metropolen und alle Kräfte der Zivilgesellschaft überall in der Welt. Es gibt hier keine Vorbedingungen, außer der einen: der Gewaltfreiheit und der gegenseitigen Toleranz. Und es muss in Kauf genommen werden, dass die Zukunftskonzeptionen vieler beteiligter Kräfte noch gänzlich divergieren können. Ja diese Konstellation muss als Chance betrachtet werden, in der Zusammenarbeit jenes Vertrauen aufzubauen, ohne das eine Verständigung im »Pro«, über das »Anti« hinaus, nicht möglich sein wird.

2. Entwicklung der Konturen einer anderen Welt

Die Konturen einer anderen Welt müssen von immer mehr Menschen als Bild in sich belebt werden. Zugleich ist der Dialog zwischen allen, die um solche Bilder ringen, selbst ein Element des Entstehungsprozesses einer neuen Welt. Es ist ein sozialkünstlerischer Vorgang, ohne den die Erneuerung keine wäre. Das Wahre ist das Ganze, Resultat und Weg, der zu ihm führt, hat Hegel gesagt. Ein soziales Ziel, zu dem der Weg nicht ebenfalls ein sozialer ist, also ein zwischenmenschliches und mitmenschliches Zusammenwirken, wäre keines. Zugleich bedarf die Kunst des Handwerks, der Technik, als ihres Instruments. Im Hinblick auf das soziale Leben heißt das unter anderem auch: gründliche sachliche Untersuchung der jeweiligen Materie. Wie müsste ein Geldwesen, eine Eigentumsordnung, der Umgang mit den Ressourcen, mit der Bodennutzung, der Preisgestaltung, der Einkommensbildung, der Ausgestaltung der Demokratie, der Verfassung des Schulwesens, des Universitätslebens usw. aussehen, wenn ein Zustand erreicht werden soll, der menschlicher wäre als der bestehende? Um solche Fragen beantworten zu können, sind nicht nur große Visionen nötig und die Phantasie, sie umzusetzen, sondern auch die notwendige Unterlage an Sachkenntnis.

Schließlich und endlich geht es auch um die Kraft des Beispiels, die Kommunikation und die Reflexion praktischer Erfahrung, die im zivilgesellschaftlichen Engagement an den verschiedensten Stellen bereits gemacht worden sind. Es geht um die Anerkennung der vielen konzeptionellen Beiträge, die bereits geleistet worden sind. Es geht um konzeptionelle Weiterarbeit und Zusammenarbeit im weitesten Sinn.

Vertrauen wir diesem Prozess! – Nicht blind, sondern im Vertrauen auf die Partner, aber auch auf die eigene Kraft, aus bisher Erarbeitetem und neu zu Entwickelndem fruchtbare Beiträge in ihn einbringen zu können.

»Welcome Porto Alegre 2003«

Der »Porto-Alegre-Prozess« kann auch in Zukunft hier beitragen. Dazu am Schluss noch ein Wort: Mancher hat für eine radikale Dezentralisierung des Forums im kommenden Jahr plädiert. Nachvollziehbar: letztlich muss lokal und regional gehandelt werden, wenn eine neue soziale Wirklichkeit entstehen soll. Dennoch hat man sich entschlossen, für ein drittes Forum 2003 wiederum nach Porto Alegre einzuladen.

Das ist wohl begründbar, auch wenn die Teilnahme an globalen Ereignissen dieser Art für die kleinen und finanzschwachen Organisationen ein Problem darstellt (Sponsoren, hört die Signale!). Denn die Begegnung auf globaler Ebene ist ein wesentliches Element der Identitätsfindung der Zivilgesellschaft und gibt Impulse, die auf die Selbstorganisation vor Ort zurückwirken. 2004 will man sich dann in Indien versammeln, einem Land, in dem die zerstörerischen Folgen neoliberaler Globalisierung so greifbar sind, in dem aber eine starke Zivilgesellschaft sich diesen Entwicklungen entgegenstemmt.

Die Bildung lokaler Foren hat begonnen, regionale Foren entstehen ebenfalls. So soll es ein europäisches Sozialforum geben, das voraussichtlich Ende dieses Jahres in Italien und 2003 in Paris stattfindet. Die entscheidende Frage wird sein, ob es gelingt, den pluralen Ansatz des Forums bzw. der Foren durchzuhalten. Das ist weniger eine Frage des Veranstaltungsortes als des Selbstverständnisses der Akteure.●

Anmerkungen

1 Unter ihnen war der SPD-Abgeordnete Herrmann Scheer. Sie nahmen an einem parallel stattfindenden Forum der Parlamentarier teil.
2 Die beste mir bekannte Schilderung der Ereignisse von Seattle findet sich bei Maria Mies: Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit. Hamburg 2001.
3 Francisco Whitaker, I. Weltweites Sozial-Forum – Ursprung und Ziele (freie Übersetzung von Doris Henrichsen), siehe www.ATTAC-netzwerk.de/stuttgart/dokumente/debatte-charta-wsf.htm
4 Junge Welt, 1.2.2002
5 »David gegen Goliath – Der Aufstand gegen die Globalisierung«, Dokumentation von Martin Kessler (ARTE/ZDF, 16.11., 22 bis 22.55 Uhr)
6 Vgl. Rundbrief 2/2001.
7 Das Dokument in ganzer Länge kann heruntergeladen werden auf den Internetseiten des IFG: www.ifg.org.
8 Francisco Whitaker, a.a.O.
9 http://www.ATTAC.org/fra/asso/doc/zenith07.htm
10 Nicola Liebert, » Wirtschaftselite setzt auf Skepsis«, in: TAZ vom 4.2.02, S. 5.
11 TAZ, a.a.O.
12 Ich kann vielem zustimmen, was Uwe Henrich in der Märzausgabe des Rundbriefs Dreigleiderung, S. 26ff. schreibt. Aber an dieser Stelle besteht offensichtlich zwischen uns Klärungsbedarf. Ich befürchte eben, dass es nicht mehr möglich sein wird, »Rahmenbedingungen 'angemessen' festzulegen« (Henrich), wenn das WTO-Regime voll greift.

Diesen Beitrag haben wir mit freundlicher Genehmigung dem »Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus«, März 2002 entnommen. Dieser und weitere Texte sind auch auf der Website www.sozialimpulse.de zu finden.

AUS DER CHARTA DER PRINZIPIEN DES WELTSOZIALFORUMS

Der Ausschuss der brasilianischen Organisationen, der das erste Weltsozialforum konzipierte und organisierte, das vom 25. bis 30. Januar 2001 in Porto Alegre/Brasilien stattfand, erachtet es für notwendig und legitim, nachdem er die Ergebnisse dieses Forums und die Erwartungen, die es weckte, ausgewertet hat, eine Charta von Prinzipien aufzustellen, um die kontinuierliche Weiterführung dieser Initiative zu gewährleisten. Während die in dieser Charta enthaltenen Grundregeln, die – von allen zu respektieren, die an diesem Prozess teilnehmen und Neuauflagen des Weltsozialforums organisieren möchten – eine Verdichtung der Entscheidungen sind, die über der Durchführung des Porto Alegre Forums walteten und seinen Erfolg sicherstellten, dehnen sie die Reichweite jener Entscheidungen aus und definieren Orientierungen, die sich aus ihrer Logik ergeben.

1. Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft [...]

4. Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der von oben gesteuert wird von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen, die den Interessen jener Konzerne zu Diensten sind, unter der Mittäterschaft nationaler Regierungen. Diese Alternativen sind so gestaltet, dass eine Globalisierung in Solidarität als vorherrschendes neues Stadium in der Weltgeschichte sichergestellt wird. Dieses wird die allgemeinen Menschenrechte respektieren, die Rechte aller Bürger – Männer und Frauen – aller Nationen, die Umwelt, und sie wird gestützt sein auf demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Bestimmung der Völker über ihre eigenen Geschicke.

5. Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern in der Welt nur zusammen und verbindet sie, aber beabsichtigt nicht, eine Institution zu sein, welche die Weltzivilgesellschaft repräsentiert. [...]

6. Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen des Weltsozialforums als einer Institution. Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszudrücken, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein. [...] Folglich stellt es weder einen Ort der Macht dar, über den von den Teilnehmern auf dessen Treffen zu diskutieren wäre, noch beabsichtigt es, die einzige Option für die Wechselbeziehungen und Aktvitäten der Organisationen und Bewegungen, die an ihr teilnehmen, festzusetzen. [...]

8. Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächerter, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und überparteilicher Zusammenhang, der auf dezentralisierte Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.

9. [...] Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charta annehmen, können als Einzelpersönlichkeiten eingeladen werden. [...]

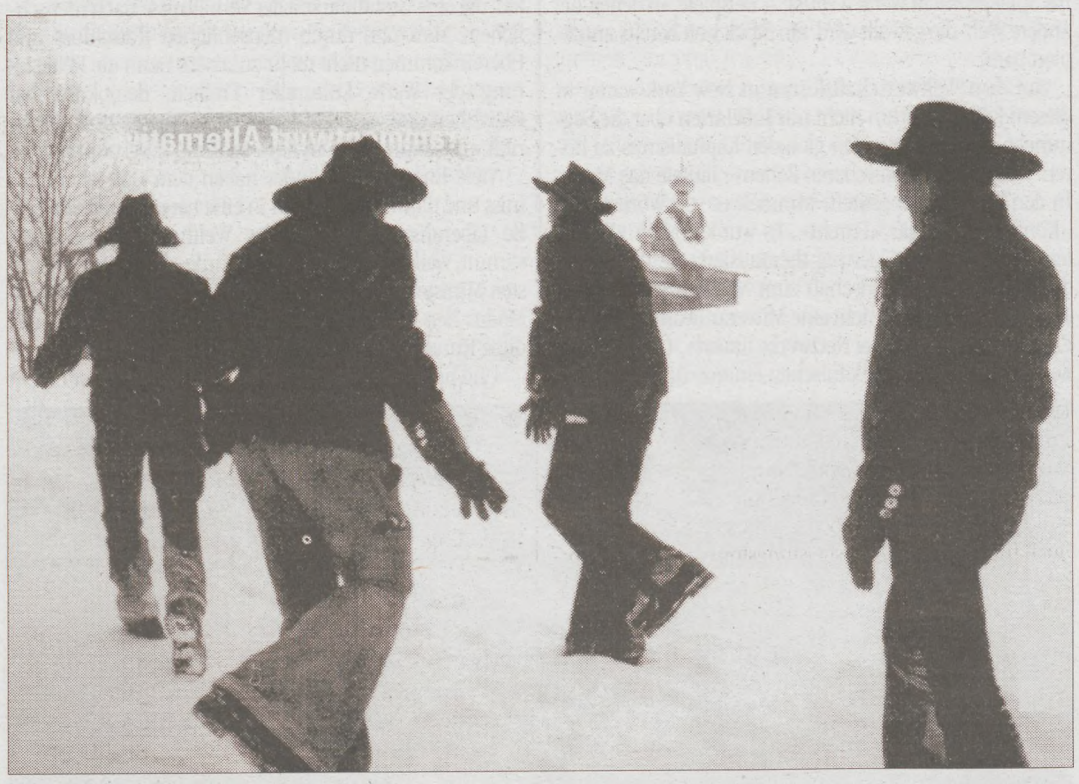
13. Als ein Zusammenhang von Wechselbeziehungen versucht das Weltsozialforum nationale und internationale Verbindungen unter Organisationen und Bewegungen der Gesellschaft zu verstärken und neue zu schaffen, welche – sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich – die Fähigkeiten zum gewaltfreien sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt zur Zeit durchläuft, zu erhöhen und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt, und welche die humanen Maßnahmen verstärken, die durch die Aktionen dieser Organisationen und Bewegungen ergriffen werden.

Genehmigt und angenommen in Sao Paulo am 9. April 2001 durch die das Organisationskomitee des Weltsozialforums bildenden Organisationen. Genehmigt mit Änderungen durch den Internationalen Rat des Weltsozialforums am 10. Juni 2001.●

GRETHERGELÄNDE IN FREIBURG:

Sommerbaustelle Axt & Kelle

Im August werden drei Wochen lang rund 35 Leute in dicker schwarzweißer Kleidung auf dem Grethergelände zu sehen sein. Es sind Mitglieder von »Axt & Kelle«, die bei »Grether Ost«, »Grether Süd« und »Grün8« ihre Sommerbaustelle durchführen. Irene Hoffmann versucht zu erklären, wieso sie sich das antun: Zuerst einmal sind Sie keine Mormonen und auch keine Schornsteinfeger, sondern Wandergesellen und Wandergesellinnen, die »im Schacht Axt & Kelle reisen«, so die offizielle Erklärung.



Was heißt das? Wandergesellen gibt es seit dem Mittelalter: Nachdem in den Städten die Handwerker sich in Zünften organisiert hatten, wurde die Ausbildung eingeführt. Vorher konnte jeder, der das nötige Geschick aufbrachte, ein Handwerk offiziell betreiben. Da die Ausbildung von unterschiedlicher Qualität war, fingen die Gesellen, die erst noch Knechte hießen, an, von einem Betrieb zum nächsten zu wandern, um ihre Kenntnisse zu erweitern.

Diese »Wanderschaft« wurde von den Zünften, die damals schon eine Vertretung der Meister waren, bald zur Pflicht erkoren, war dies doch eine geeignete Möglichkeit die Konkurrenz aus der Stadt zu treiben. Ein jeder Handwerksmann musste für bis zu sieben Jahre auf die Walz gehen um hinterher eine Meisterprüfung bezahlen können, wollte er den Meister machen.

So hatten die Meister lästige Konkurrenz aus der Stadt, stellten sich aber andererseits auch schnell auf die vorbeikommenden Wanderarbeiter ein. Diese entdeckten bald gemeinsame Interessen wie gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen und fingen an, gemeinsam dafür zu streiten..Sie konnten einzelne Betriebe oder auch ganze Regionen »schwarz machen«, was bedeutete, dass kein Wandergeselle mehr dort arbeitete, solange sich an den Arbeitsbedingungen nichts änderte. So waren diese losen Organisationen die Vorläufer der Gewerkschaften.

Anfangs wanderte jeder quasi mit seinem besten Sonntagsanzug los. Erst Mitte des 19ten Jahrhunderts hielten es die Wandergesellen für nötig, sich äußerlich vom bunten Volk der Straße abzuheben und auch ihren Stolz und ihre Ehrbarkeit gegenüber Adel und Bürgertum zu demonstrieren. Nicht von ungefähr gehören ein großer Hut und edle Perlmutknöpfe zur Kluft dazu. Diese waren vorher Attribute von höher gestellten Personen. Zu dieser Zeit wurden auch die ersten »Schächte« als feste Organisationsstruktur der reisenden Handwerksgesellen gegründet. Unterschiedlichste politische Ausrichtungen oder der ewige Streit um den wahren Vertreter der traditionellen Wanderschaft führten oft zu Auseinandersetzungen der einzelnen Schächte. Die Nationalsozialisten schließlich verboten die Schächte und gründeten einen neuen, dem sich alle Wandergesellen anschließen sollten. Dieser Versuch der Vereinnahmung misslang. Die Schächte verbrannten ihre Mitgliederlisten und lösten sich auf.

Nach 1945 dauerte es bis in die 60/70 er Jahre hinein, bis wieder vermehrt Gesellen auf die »Walz« gingen. Die alten Schächte waren wiederbelebt und hatten aufgrund der Erfahrungen in der Nazizeit beschlossen, außer der Demonstration am 1. Mai keine politische Aktivität mehr zu zeigen. Aber In Zeiten der Anti-AKW-Bewegung und der Lehrlingsproteste war gerade dies wichtig für die neue Generation der Wandergesellen. Auch wollten immer mehr in Kollektiven arbeiten und waren der Meinung, auch Frauen sollten auf die Walz gehen dürfen. Da die traditionellen Schächte sich dazu nicht entschließen konnten, wurde 1982 der Reiseschacht Axt & Kelle gegründet.

Der Name macht deutlich, dass hauptsächlich Bauhandwerker bei Axt & Kelle reisen, da der Gedanke als Schacht gemeinsam eigene Baustellen zu bewältigen einen hohen Stellenwert hat. Durch gemeinsame Arbeit gemeinnützige Projekte zu unterstützen, ist auch der Grundgedanke der jährlichen »Sommerbaustellen«. Dass diese Treffen neben den Wintertreffen, bei denen nicht gearbeitet wird, auch dazu dienen, sich kennen zu lernen und auszutauschen, ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Durch die Sommertreffen konnten z.B. schon die Reitschule in Bern, S.U.S.I in Freiburg und verschiedenste Kulturprojekte in Polen und Slowenien in ihrer Arbeit unterstützt werden.●

Aus: Synapse, die Zeitung des Mietshäuser Syndikats, Freiburg, Nr. 2, 1/2002

VEB POLITIK, KUNST UND UNTERHALTUNG SIEGEN

»Kapitalismus ist und bleibt keine gute Idee«

VEB Politik, Kunst und Unterhaltung Siegen: Personalkosten: 0, städtischer Zuschuss: 1.000 DM/ Jahr, Eigenfinanzierung: 99%.

Diese Kennzahlen qualifizieren uns dazu, auch was zur Kommerzialisierung zu sagen (kicher). Ja wir ham's gut, wir müssen keine Anträge stellen und keine gescheite Buchführung machen. Vor allem bleibt uns die Symbiose von Kunst und Kommerz erspart, von der wir uns alle möglichen Attribute vorstellen könnten, aber nicht, dass sie intelligent sein kann. Kapitalismus ist und bleibt keine gute Idee, Lohnarbeit macht in der Regel keinen Spaß und wenn sie hierarchisch gegliedert ist, noch weniger.

Andrea Wertz, Siegen ● Wir wollten doch mal Ausbeutung, Lohnarbeit und Geld abschaffen, – also wir wollten das zumindest. Mit denen, die schon immer Kulturmanager werden wollten, von und mit denen reden wir gar nicht. Mit der Revolution sind wir nicht richtig vorangekommen, sondern in Diskussionsrunden, Bürgerinitiativen, Studentenlisten, Hochschulverwaltungen, im Bier oder in der Sozial- und Kulturarbeit steckengeblieben. Na gut, aber sich die ekligen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in der Funktion von Kellnern, Putzfrauen, Geschäftsführung und Bookern ins Zentrum, also in unseren kleinen netten Freiraum zu holen, der doch mal so ganz anders funktionieren sollte als der Rest der Welt, das wäre schon blöd.

Wieso, sagt uns einen Grund, warum wir und die Kundschaft sich in so einem Kulturbetrieb anders verhalten sollten als im Kaufhaus oder in der Kommerzdisco mit einem Ramones-remember-Abend? Weil die Leute so nett sind? Weil die Gewinne in den Sozialbereich gesteckt werden, das Ganze also für einen guten Zweck ist? Sieht man das den 630-Marks-Kräften an, die die Klos putzen müssen? Vermittelt sich das noch irgendwie?

Dass der VEB heute ohne Lohnarbeit funktioniert, hat den Grund, dass sich Anfang der 80er Jahre zwei Sozialarbeiter im Plenum (das gibt's immer noch) bis aufs Messer darum gestritten haben, wer jetzt die ABM-Stelle kriegt. Salomonische Entscheidung: Niemand. Keine Stellen, keine ABM, keine Sozialarbeiter, keine Putzen, niemand wird bezahlt außer den Künstlern, hat das Plenum beschlossen. Und das gilt, bis jemand ein gutes Argument für Lohnarbeit mit Stellenbeschreibung anbringt. Hat aber keine/r noch mal versucht.

Die 80er Jahre sind so ins Land gegangen, wir haben die Entwicklung zur »Professionalisierung« der Soziokultur in der Provinz einfach nicht mitgekriegt und in den 90ern ist uns erst aufgefallen, dass sich fast alle anderen Zentren anders entschieden haben. Unsere »Mitarbeiter« haben alle was anderes gelernt und Jobs in Schreinereien, Beleuchtungsfirmen, Sozialämtern oder sonstwo, also Lohnarbeit in Läden, die nicht von sich behaupten, Hort einer wie auch immer definierten Kultur oder Gegenkultur zu sein und die vor allem kein Posing gegen Kommerzialisierung machen. Wir möchten nicht in einem Kulturprojekt lohnarbeiten, weil man da Schwierigkeiten mit den vermittelten Inhalten und der Glaubwürdigkeit, – altmodisches Wort –, kriegt.

Für uns Linke ist Kommerzialisierung im »eigenen« Haus ein besonderes Problem, – nicht weil wir nicht mit Geld umgehen könnten, sondern weil einem, wie man weiß, die Logik des Kapitals von hinten in den Rücken fällt. Da muss man sich nicht wundern und herumgreinen, wenn das Zentrum genauso läuft wie jedes andere Geschäft auch und es mit der gesellschaftlichen Teilhabe und dem Ehrenamt nicht mehr klappt. Umstellt von Event-Management und Party-Kultur machen wir den Laden auf und schließen, wann es uns passt, raunzen die Gäste an, wenn sie schwere Sachen die Treppe nicht mit Hochtragen helfen, ihr Geschirr nicht an den Tresen zurückbringen, unfreundlich zum »Personal« sind oder Bierflaschen hinwerfen (ist das schon Sozialarbeit?).

Die »Kunden« können natürlich auch was veranstalten, mietfrei selbstverständlich, sie müssen nur Freunde mitbringen, die Türsteher, Thekendienst, Technik und Aufbau machen, Künstler bekochen, ihnen Obdach geben und nachher alles saubermachen. Ohne Kaution. Wenn es ihnen das »wert« ist, das Projekt, die Ausstellung oder ein Konzert, dann tun sie das und mutieren zu »Mitarbeitern«. Wenn's uns gefällt, helfen wir auch, – wenn nicht, dann nicht. Ein paar Enthusiasten erledigen die technische Wartung der Gerätschaften, waschen die Spültücher, kaufen ein, kümmern sich um die Rechnungen und renovieren im Sommer. Alle Helfer essen und trinken umsonst, alle Einnahmen werden in einen Safe geworfen, der einmal die Woche geleert wird, niemand zählt nach und selbstverständlich rechnet sich eine um die Ohren gehauene Nacht für ein Kulturerlebnis, oder auf was auch immer das manchmal rausläuft, nicht. So soll es sein.●

FERIENHAUS IM MIETSHÄUSER SYNDIKAT?

Auf der Bergkuppe angekommen, glitzerte das Meer 500 Meter weiter unten verführerisch in der Mittagssonne. Zum Greifen nah. Dennoch dauerte es fast eine halbe Stunde, bis sich das Auto die steilen Serpentinen hinunter gequält hatte. Die kleine Stadt am Fuße des Berges war voll geschäftigen Lebens. Einzelne Wortfetzen drangen in das Innere des Autos, ohne dass ihr Sinn zu erfassen gewesen wäre. Eine letzte Biegung: Da lag es, das Ferienhäuschen, ein Projekt im »Mietshäuser Syndikat«. Wie ein verwunschenes Schloss oder wie ein Mehrfamilienhaus?? Die Sicht war noch nicht klar.

Die Idee:

Ein selbstorganisiertes Ferienhaus als Projekt im Mietshäuser Syndikat. Finanziert wird es mit Direktkrediten und Eigenleistung. NutzerInnen sind alle, die in der Ferienhausinitiative mitarbeiten. Wie bei allen Projekten sind die Mieteinnahmen nur so hoch, dass die Direktkredite abgezahlt und die laufenden Kosten für das Haus bezahlt werden können. Langfristig entstehende Überschüsse fließen wie immer in neue Projektinitiativen.

Wer Interesse, Anregungen oder Kritik hat, schreibt eine E-Mail an: info@syndikat.org, betrifft: Ferienhausinitiative oder an:
Mietshäuser Syndikat, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg

»FERIEN VOM KRIEG«

Das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« bittet im neunten Jahr um Spenden für die Aktion »Ferien vom Krieg« für Flüchtlingskinder und Kriegswaisen sowie für sehr arme Kinder. In den letzten acht Jahren konnten sich über 13.000 Kinder und ihre BetreuerInnen aus allen Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien von ihren Verletzungen an Leib und Seele beim Schwimmen, Spielen und vielen anderen Aktivitäten erholen.

Wo immer es möglich ist, kommen dabei die Kinder der »feindlichen Lager« zusammen und bauen »nebenbei« Vorurteile ab. Im letzten Sommer verlebten albanische Kinder, die kurz zuvor von der mazedonischen Armee vertrieben worden waren, die Ferien am Ohrid-See gemeinsam mit slawischen Kindern, die gerade vor der UCK geflüchtet waren.

Im Sommer 2002 sind wieder vierzehn Freizeiten in Kroatien bzw. Montenegro geplant. Darüber hinaus bemüht sich das »Komitee« um eine Begegnung von Jugendlichen aus Israel und Palästina sowie um Erholungsaufenthalte für Kinder aus palästinensischen Flüchtlingslagern, owohl die Bedingungen dafür sich täglich verschlechtern.

Eine »Ferienpatenschaft« beträgt 130 EUR.
Bitte Verrechnungs-Scheck mit Adresse an Günter Pabst, Höhenstr. 14, D-65824 Schwalbach.
Sonderkonto: Komitee für Grundrechte, Nr. 8013055 bei Volksbank Odenwald, BLZ 508 635 13
Sammelkonto (kleinere Beträge): BosnienIni, Cyriakusgem. Nr. 4109767 bei Evang. Kreditgemeinschaft, BLZ 500 605 00
(Bitte Ihre Adresse unter »Verwendungszweck«!!! Die Spendenquittung kommt Anfang 2003)
Auskunft: Helga Dieter, Tel. (0 69) 789 25 25, Fax 78 80 36 66, Pfarrer Hubertus Janssen, Tel. (0 64 31) 7 25 83

Anzeige

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 461:

Linke Politik monatlich zum Preis von 4,20 €

Schwerpunkt: Wahlkampf um Zuwanderung
★ Israel/Palästina: Schrecken ohne Ende
★ What´s next after Afghanistan?
★ Aufstieg und Niedergang der Roten Brigaden
★ Konturen einer pluralen Linken
★ Globalisierung und Gesundheit
★ Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

NEUE GENOSSENSCHAFTEN

Sozivation

Alternative Genossenschaftstage

Unter dem Leitthema: Soziale Erfindungen und Innovationen in neuen Genossenschaften finden in der Zeit vom 07. bis zum 11.08.2002 im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel bei Frankfurt die zweiten Alternativen Genossenschaftstage statt. Auf diesen sollen die besonderen sozialen Stärken von neuen Genossenschaften dargestellt und anhand von Best Practice Beispielen veranschaulicht werden. Das bedeutet, im Mittelpunkt der Tagung stehen drei branchenbezogene bzw. auf jeweils eine Genossenschaftsart ausgerichtete moderierte »Runde Tische«. In diesen werden gemeinsam Erfahrungen, Stärken, Schwächen aber auch besondere Erfordernisse in Form verbesserter Rahmenbedingungen thematisiert.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Scheitern vieler Existenzgründungen verdeutlicht das unvermeidliche wirtschaftliche Risiko von Unternehmensgründungen. Immer wieder werden als Hauptursachen des Fehlschlagens einseitige technische Orientierungen, mangelnde kaufmännische Übersicht, jedenfalls gravierende Defizite in den Qualifikationen der Gründer genannt. Als Alternative zur Einzelgründung steht die gemeinschaftliche Gründung durch eine Gruppe und somit genossenschaftlicher oder genossenschaftsähnlicher Unternehmen. In diesen ist schon zu Beginn ein breites Qualifikationsspektrum vertreten, so dass vielerlei Anfangsrisiken effizienter aufgefangen werden können.

Branchenbezogener Austausch

Flache Hierarchien, weitgehende Beteiligungsrechte der Einzelnen und flexible Arbeitsstrukturen sind weitere Kennzeichen von neuen Genossenschaften, die risikosenkend und effizienzerhöhend wirken können. Gruppengründungen bergen damit auch ein wichtiges gesellschafts- und arbeitsmarktpolitisches Potenzial, das noch erschlossen werden muss. Diese Unternehmensform verspricht sowohl für die hochqualifizierten Branchen als auch für einfachere Dienstleistungsformen spürbare Vorteile. Trotzdem verlaufen Gruppenexistenzgründungen selbstverständlich nicht ohne Schwierigkeiten.

Verschiedene Problemschwerpunkte neuer Genossenschaften sollen deshalb auf den Alternativen Genossenschaftstagen in Oberursel anhand konkreter Unternehmen in den Bereichen Naturkostbranche (am 08.08.2002), Genossenschaftliches Wohnen (am 09.08.2002) und Produktiv- und Selbsthilfegenossenschaften (am 10.08.2002) intensiv diskutiert werden. Gleichzeitig erfolgen Vorträge zu den wichtigsten Pionierfunktionen der jeweiligen Genossenschaftsarten unter dem Stichwort soziale Erfindungen bzw. Innovationsmanagement durch ExpertInnen.●

Programmentwurf Alternative Genossenschaftstage

- (Alternative) Genossenschaftsgründungen der letzten 10 Jahre – Erfahrungen, Schwerpunkte, Zukunftsprognosen.
- Die sieben Kerninnovationen neuer Genossenschaften.
- Sozialinnovationen in Genossenschaften sinnlich erfahrbar machen.
- ***Runder Tisch: Genossenschaften im Naturkostsektor – Diskussion positiver Erfahrungen und Probleme.***
- Ecotainment – der neue Weg im Umweltmarketing.
- Formen erfolgreicher genossenschaftlicher Vermarktung im Naturkostsektor.
- ***Runder Tisch: Neue Wohnungsbaugenossenschaften – Diskussion positiver Erfahrungen und Probleme***
- Finanzierungskonzepte für neue Wohnungsbaugenossenschaften.
- Mietergenossenschaften, Ökosiedlungen, Ausgründungen – Vielfalt neuer Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland.
- ***Runder Tisch: Sozial- und Produktivgenossenschaften – Diskussion positiver Erfahrungen und Probleme.***
- Teamentwicklung und Entwicklung sozialer Kompetenz.
- Sozial- und Produktivgenossenschaften – Impulse durch ostdeutsche Erfahrungen.
- Soziale Innovationsfähigkeit neuer Genossenschaften – Versuch einer Evaluation.
- Kompetenzentwicklung in neuen Genossenschaften – Unterstützung organisationaler Lernprozesse.
- Sozivation – Stellenwert neuer Genossenschaften in der Geschichte sozialer Erfindungen.

Veranstalter wird der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in Kooperation mit dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, dem netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und der OekoGeno eG sein. Anfragen zum Programm und zur Mitarbeit sind zu richten an: Dr. Burghard Flieger, Erwinstrasse 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23, 70 90 84, E-Mail: Genossenschaft@t-online.de.

KONZEPTIONELLES

Mitgliederorientierung und - bindung

»Mitgliederorientierung einer Genossenschaft soll den beteiligten Personen eine besondere Stellung einräumen.« – Diese Forderung bildet ein notwendiges Element langfristig identitätssichernder Genossenschaftspolitik. Da es Genossenschaften ohne Mitglieder nicht geben kann, erscheint möglichst enge Verbundenheit mit den Mitgliedern auf allen Ebenen der komplexen Beziehung »Mitglied – Genossenschaft« als ein verläßlicher Weg zur Existenz- und Erfolgssicherung.

Günther Ringle, Red. Genossenschaften ● Mitgliederorientierung und Mitgliederbindung stehen in einer Mittel-Zweck-Relation zueinander. Die Mitgliederbeziehungen zum Kooperativ auf eine stabile Basis zu stellen, zählt zu den Basisanforderungen an das genossenschaftliche Management. Zumal sich neuerdings Konkurrenten bemühen, genossenschaftstypische Eigenart zu kopieren (z.B. Nachahmung der Mitgliedschaft durch Kundenclubs), sind Genossenschaften aller Sparten gehalten, der Mitgliederzentrierung in ihrem Zielsystem und Handeln deutlich Ausdruck zu verleihen sowie damit eng zusammenhängend die Mitglieder an sich zu binden.

So selbstverständlich diese Sicht erscheinen mag, könnte doch ein »fragender Einwurf« aus der Genossenschaftspraxis lauten: »Wozu diese Mühe?«. Wie zu zeigen sein wird, läßt intensive Verbundenheit der Mitglieder mit ihrer Genossenschaft langfristig bedeutende positive Wirkungen nach außen und innen erwarten. In ihrer Mehrfachbeziehung zur Genossenschaft (trägerschaftlich, leistungsmäßig und finanziell) aktive, sich mit ihr identifizierende Mitglieder sind ein Aktivposten, über den nichtgenossenschaftliche Konkurrenten nicht verfügen, was für sie einen Wettbewerbsnachteil darstellt.

Mitgliederbezogenheit

Mitgliederbezogenheit kommt im Wesentlichen in drei Formen, als Förderungs-, Kooperations- und Demokratieorientierung, vor:

● Eine Schlüsselstellung nimmt die **Förderungsorientierung** ein. Im gesetzlich verankerten Grundauftrag der Mitgliederförderung liegen Sinn und Zweck der kollektiven wirtschaftlichen Betätigung begründet. Die Genossenschaft soll ihre Aktivitäten dezidiert auf die Erzielung von Fördererfolg ausrichten, d.h. mit einem an aktuelle und bereits überschaubare künftige Mitgliederbedürfnisse angepaßten Leistungsangebot den Mitgliedern Vorteile materieller und bei Bedarf auch immaterieller Art verschaffen.

● Bestandssicherung und Unternehmenserfolg des Kooperativs gründen in der funktionalen Verbindung mit den Mitgliederwirtschaften (Mitgliedergeschäft). Die **Kooperationsorientierung** stellt die Mitglieder mit ihren Interessen als Abnehmer oder Lieferanten in den Mittelpunkt der genossenschaftlichen Betriebs- und Geschäftspolitik. Durch intensive partnerschaftliche Zusammenarbeit soll dauerhafte Leistungsfähigkeit auf hohem Niveau erreicht werden.

● **Demokratieorientierung** betrifft die demokratische Mitwirkung am Geschehen in der Genossenschaft. Eine angemessene Berücksichtigung der Mitgliederinteressen durch das Leitungsorgan wird nur bei expliziter Förderung und Wirksamkeit des Demokratieelementes gewährleistet sein. Mitgliederaktivität in der Selbstverwaltung sollte von der Genossenschaftsleitung nicht als Last empfunden, sondern ausreichend unterstützt werden.

Die drei Formen der Mitgliederzentrierung genossenschaftlicher Systeme sind nicht isoliert, sondern in ihren wechselseitigen Wirkungen zu betrachten, was die folgenden Hinweise verdeutlichen.

Wechselseitige Wirkungen

Gleichzeitige Beachtung der mitgliederbezogenen Orientierungen bewirkt tendenziell eine Verbesserung der »Mitgliederzentriertheit der Genossenschaft« und »Genossenschaftszentriertheit der Mitglieder«:

● Förderungsorientierung verstärkt die Bindung der Mitgliederkunden an den gemeinsamen Geschäftsbetrieb, motiviert die in der Genossenschaft tätigen Führungskräfte und Mitarbeiter zur Pflege der Kooperationsorientierung und stärkt das Interesse der Mitglieder, an demokratischer Willensbildung und Kontrolle teilzuhaben.

● Von der Genossenschaft praktizierte Kooperationsorientierung unterstützt die Förderauftragserfüllung und schafft damit Anreize zur Beteiligung an der genossenschaftlichen Selbstverwaltung.

● Je mehr schließlich aktives Mitgliederengagement gefördert wird und je besser die Selbstverwaltung funktioniert, um so eher werden damit eine intensivere Zusammenarbeit und daraus erwachsende Fördereffizienz einhergehen.

Die drei Orientierungen bilden einen gemeinsamen Nenner für Genossenschaften aller Sparten und Größen. Es sind Leitmaßstäbe für Aktionen zur Steigerung von Qualität und Konkurrenzfähigkeit des Kooperationsgebildes. Den Genossenschaften ist neben der Wettbewerbsorientierung die Mitgliederorientierung auferlegt, wenn das Kooperationsunternehmen auf Dauer erfolgreich sein soll. Verlangt zunehmender Konkurrenzdruck den Unternehmen aller Art eine verstärkte Kundenorientierung ab, so entspricht dem eine intensivere Mitgliederorientierung genossenschaftlicher Geschäftsbetriebe, beginnend mit der systematischen Erfassung der Mitgliederbedürfnisse, fortgesetzt im Zuschnitt der Geschäftspolitik auf die Mitgliederbelange und endend mit verbesserter Mitgliederförderung.

Endglied einer Wirkungskette

Ohne Mitgliederbezogenheit verliert jede genossenschaftliche Betätigung ihren Sinn, und es wäre mit Widerspruch, Frequenzminderung, Abwanderung und Austritten zu rechnen. Komplexe Bindung der Genossenschaft an ihre Mitglieder ist somit keineswegs nur als Mittel zur Typenabgrenzung zu begreifen. Vielmehr handelt es sich um einen unverwechselbaren, der Konkurrenz nicht zugänglichen strategischen Überlebens- und Erfolgsfaktor.

Mitverantwortliche Einbindung in die Genossenschaft stellt zudem einen wichtigen Baustein der Genossenschaftsidentität dar. Je nach dem Ausmaß, in dem die Mitglieder sich gefördert fühlen, folglich die Kooperation schätzen und ihnen attraktive Möglichkeiten zur Partizipation in den Organen geboten werden, dürften sie zur Identifikation und zu enger Bindung an ihre Genossenschaft bereit sein. Mitgliederbindung ist auch in größeren Genossenschaften möglich und kann dort als Profilierungsinstrument im Wettbewerb und als wichtiges Mittel zur Zukunftssicherung genutzt werden.

Wie kommt das Neue in die Welt – sieben Regeln

- Das Neue kommt dort auf die Welt, wo Spannungen es herausfordern.
- Das Neue kommt dort auf die Welt, wo ihm Zeit gelassen wird.
- Das Neue kommt dort auf die Welt, wo ihm Räume zur Verfügung gestellt werden.
- Das Neue kommt dort auf die Welt, wo Orientierungen fragwürdig werden können.
- Das Neue kommt dort auf die Welt, wo Menschen gestattet ist, nicht auf alles Drängende sofort eine Antwort geben zu müssen.
- Das Neue kommt dort auf die Welt, wo Menschen frei assoziieren können. Kreativität ist stets auch eine Geduldsprobe.
- Das Neue kommt zwar oft dort auf die Welt, wo man es erwartet, aber selten, wie man es erwartet.

Jürgen Werner, Journalist

Mit der Bindung auf der unternehmensbezogenen und der trägerschaftsbezogenen Ebene sind zwei Felder potentieller Herausbildung stärkerer Mitgliederverbundenheit mit der Genossenschaft zu unterscheiden: Erstere kommt in langfristig gefestigten Leistungsbeziehungen auf möglichst hohem Frequenzniveau zum Ausdruck. Mit Leistungen, die vom Markt nicht oder nur zu vergleichsweise ungünstigen Bedingungen erbracht werden, haben Genossenschaften die besten Chancen, Mitglieder an sich zu binden. Eine Wirkungskette der Mitgliederkundenbindung weist folgende Struktur auf: (1) Mitgliederorientierung durch Attraktivität der angebotenen Sach-/Dienstleistungen, (2) Zufriedenheit der Mitgliederkunden als Voraussetzung für eine enge Partnerschaft, (3) Akzeptanz der kooperationsbetrieblichen Leistungen und Leistungsvertrauen, (4) Loyalität sowie (5) Bindung der Mitgliederkunden.

Obwohl zufriedene Kunden nicht immer ihrem Anbieter treu bleiben, ist doch Kundenzufriedenheit in den meisten Fällen eine wichtige Voraussetzung für Kundenbindung. Dabei gilt es zu bedenken, daß dem Kundenkreis einer Genossenschaft sehr häufig auch Nichtmitglieder angehören. Wie diverse empirische Studien belegen, sind allerdings die Mitglieder wirtschaftlich interessantere, eher einer Abwerbung widerstehende und somit »wertvollere« Geschäftspartner als Nichtmitglieder-Kunden. Da die Mitglieder mit der Genossenschaft einen kontinuierlicheren, breiter angelegten und intensiveren Leistungsaustausch unterhalten, müssen die Mitgliedschaft und eine Konzentration auf die Mitglieder-Kunden als der »Königsweg der Kundenbindung« angesehen werden. Das darin enthaltene Erfolgspotential auszuschöpfen zählt zu den strategischen Aufgaben des genossenschaftsbetrieblichen Marketing-Managements.

Chancen der Mitgliederbindungspolitik

Den bisherigen Überlegungen folgend sollte genossenschaftliche Mitgliederbindungspolitik nicht auf (primär) mitgliedergerichtetes Kundenbindungsmanagement reduziert bleiben. Das Phänomen »Mitgliederbindung« ist vielschichtiger – es umfaßt über die Kunden- bzw. Lieferantenebene hinausgreifend auch die organisatorischen Mitgliederbeziehungen zum Kooperativ. Als Schlüsselstrategie ist ein auf Geschäftsbetrieb und Trägerschaft bezogenes Anreizsystem zu entwickeln, das die Genossenschaft als Ganzes attraktiv erscheinen läßt. Daraus werden marktstrategische und die Funktionsfähig-

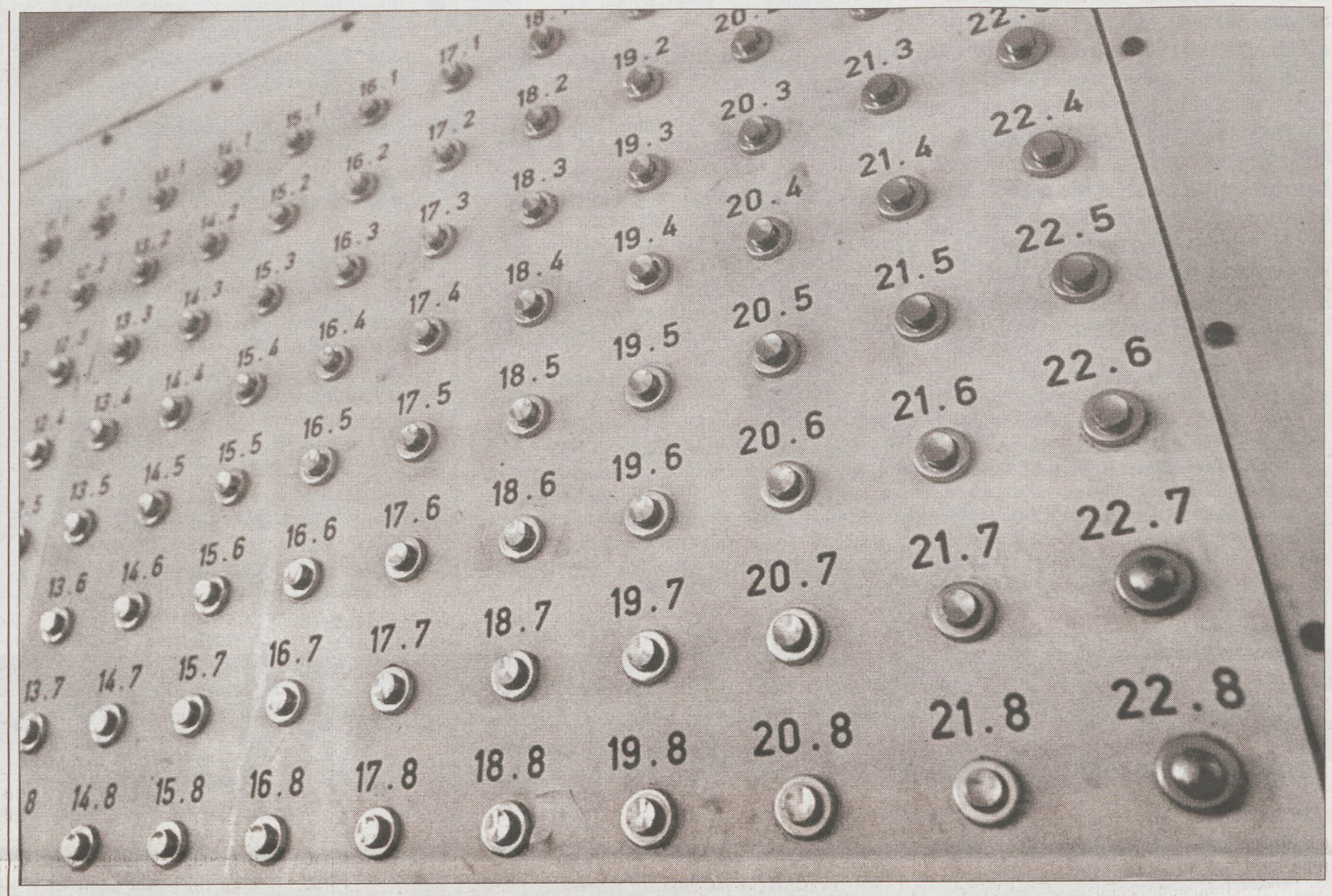
Fortsetzung auf Seite 8

DEMOKRATIEORIENTIERUNG

Sozivation

Mitgliederpartizipation als Chance genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen

Partizipation betrifft die Teilnahme der Mitglieder an organisatorischen und willensbildenden Prozessen innerhalb verschiedener Bereiche der Genossenschaft, die das Mitglied auf Grund seiner Situation oder seiner Fähigkeiten betreffen. Es geht vor allem auch um brachliegende Potenziale, um Kompetenzen der Mitglieder, genossenschaftliche bzw. nachbarschaftliche Probleme wirkungsvoll entschärfen zu können.



Sonja Menzel, Red. Genossenschaften ● Seit längerem sieht sich eine Reihe größerer Bestandsgenossenschaften – in einer Größe mit mehreren tausend Wohnungseinheiten – zunehmend mit der Passivität ihrer Mitglieder konfrontiert. Wie kommt es, dass sich Mitglieder mehr und mehr zu anonymen Mietern entwickeln, dass Vorstände ihre Maßnahmen und Konzepte vor halbleeren Vertreterversammlungen vorstellen, wenig Bereitschaft zur Übernahme eines Ehrenamtes in der Genossenschaft besteht? Die genossenschaftliche Rechtsform ist nicht a priori der Garant, der die Mitgliederpartizipation und Bindung sozusagen im Selbstlauf mit sich führt. Sie stellt aber einen Rahmen zur Verfügung und bedeutet insofern eine besondere Herausforderung zur Entwicklung mündiger Mitglieder, des Anreizes zur Eigenhilfe und zur Entwicklung der Freiräume zur Selbstgestaltung.

Abnehmendes Mitgliederengagement

Als Ursachen für abnehmendes genossenschaftliches Engagement lassen sich beispielsweise nennen:

- Das fehlende Verständnis der Genossenschaft als Einrichtung gegenseitiger Selbsthilfe,
- ein vordergründiges, auf die genossenschaftlichen Förderleistungen gerichtetes Versorgungsdenken,
- die sachliche Inkompetenz der Mitglieder,
- einen sinkenden individuellen Einfluss bei wachsender Größe der Mitgliedergruppe und
- eine unterbliebene Integration in das Kooperativ.

Zu abnehmendem Interesse an der Willensbildung und Einflussnahme tragen in vielen Genossenschaften auch undurchschaubare, unbewegliche Verwaltungsapparate, schleppende Informationsflüsse, kaum erkennbare Gemeininteressen, unklare Zuständigkeiten, mangelnde Transparenz und vor allem fehlende Orientierung an den Interessen und Bedürfnissen der Mitglieder bei. Speziell für Ostdeutschland gilt es einzubeziehen, dass die Rahmenbedingungen der 70iger und 80iger Jahre in der DDR wenig Raum zur Entwicklung des Genossenschaftsgedankens ließen. Besserungen ergaben sich auch nicht im vergangenen Jahrzehnt mit all seinen Umstrukturierungen und Anpassungsmaßnahmen sowie dem Aufholen des Instandsetzungs- und Modernisierungsstaus im Zeitraffertempo.

Neue Genossenschaftsgründungen

Gegenwärtig lässt sich aber eine deutliche Gegenbewegung zu Passivität und Apathie feststellen: In der Gesellschaft erlebt der Kooperationsgedanke eine Renaissance. Die Liste der Genossenschaftsgründungen in Ost und West ist lang und es sind viele Wohnungsbaugenossenschaften unter ihnen. Diese Gründungen stellen eine der Antworten auf veränderte und differenzierte gesellschaftliche Bedürfnisse und Verhältnisse dar und auf den empfundenen Mangel an Solidaritätspotenzialen bereits etablierter Strukturen. In den letzten Jahren neugegründete Genossenschaften präsentieren sich mit ganz unterschiedlichen Wohnleitbildern. Sie alle stellen jedoch einen Rahmen für Selbstnutzer dar, gemeinsam und sicher in der Gruppe zu wohnen, Mitbestimmung dabei nicht zu meiden oder gar zu fürchten, sondern bewusst zu nutzen.

Als Beispiele zu nennen sind u.a. die *Alternative Genossenschaft Connewitz eG* in Leipzig, das Projekt *Gemeinsam Wohnen eG* in Dresdens Äußerer Neustadt, die *Selbstbau eG* in Berlin-Prenzlauer Berg, die Wohngenossenschaft *Genova eG* auf dem Vauban-Gelände in Freiburg, die Wohnungsgenossenschaft *Auenblick eG* im Leipziger Norden, die *WOGENO eG* in München usw. Deren Mitgliedern sind Selbstverantwortung und Mitbestimmung bewusst erlebte, manchmal auch erlittene Selbstverständlichkeit. »Mietermentalität« bleibt hingegen ein Fremdwort. Insgesamt zeugt die immer größer werdende Zahl junger, häufig dezentral und bis auf die Hausebene hinab selbstverwalteter Genossenschaften von der erstarkenden Attraktivität der genossenschaftlichen Idee.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

keit des Systems betreffende Gründe für die Forderung nach verstärkter Mitgliederbindung deutlich.

An wirtschaftlich erfolgreichen Genossenschaften, die eine als solche identifizierbare Mitgliederbindungspolitik betreiben, zeigt sich die Bedeutung einer Mitgliederbindung in allen Segmenten der Beziehung »Mitglied – Genossenschaft«. Eine ebenenübergreifend hohe Bindungsintensität wird von mehreren Faktoren bestimmt: Mitgliederzufriedenheit mit der wahrgenommenen Fördereffizienz des Kooperativs; Zusammenarbeit in einer offenen, partnerschaftlichen Atmosphäre; Vorhandensein einer unverwechselbaren Genossenschaftsidentität und Identifikation der Mitglieder mit ihrer Genossenschaft.

Insbesondere zwischen den beiden Stufen »Mitgliederzufriedenheit« und »Mitgliederbindung« der skizzierten Wirkungskette besteht grundsätzlich ein positiver Zusammenhang. Die Führungskräfte sollten sich der Chancen, die eine – auf Zufriedenheit mit dem System »Genossenschaft« und besonders mit dessen Leistungen basierende – hohe Intensität der Bindung bietet, bewußt sein. Konsequenterweise wäre ein Niveau der Mitgliederbindung anzustreben, das den aktuellen und künftigen Herausforderungen des Marktes und Anforderungen an Systemstabilität gerecht wird.●

Beteiligung aktiv fördern

Bei der Überlegung nach Mitteln und Wegen der Stärkung der mitgliedschaftlichen Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsstrukturen muss eine an den Bedürfnissen der Mitglieder orientierte Ausrichtung von Zielen und Struktur der konkreten Genossenschaft vor Ort stehen. Partizipation ist dabei von entscheidender Bedeutung, macht die Anpassung an vorhandene Rahmenbedingungen und eine Reaktion auf bestehende Problemlagen möglich. Funktionierende Partizipation ist gleichbedeutend mit gestärkter Identifikation und erhöhter Mitgliederbindung. Voraussetzung dafür ist, dass die Führungsgremien der Genossenschaft Mitgliederbeteiligung grundlegend nicht als unerwünschte Einmischung, sondern als brachliegendes, ökonomisch und sozial effektives Potenzial erkennen und verstehen.

Die Aktivierung der Beteiligungspotenziale kann in vielen Bereichen erfolgen. Dazu gehören mindestens folgende:

- Klima der Zusammenarbeit zwischen den gewählten genossenschaftlichen Organen,
- Kommunikation innerhalb der Genossenschaft,
- Mitgliedernahe Verwaltungsstrukturen,
- spezifisch gruppenbezogene Maßnahmen innerhalb der Mitgliedschaft,
- Angebote zur Formulierung/Beteiligung an Maßnahmen zur Sanierung und Wohnumfeldverbesserung,
- Möglichkeiten für individuelle Problemlösungen,
- auf Mitgliederbedarfe zugeschnittene Dienstleistungsangebote,
- Einbindung der Genossenschaft in lokale Netzwerke.

Informiertheit ist eine zentrale Voraussetzung für Entscheidungsfähigkeit und Motivation der Genossenschaftsmitglieder zu mehr Engagement und Aktivität. Eines kommt insofern in vielen Fällen noch immer zu kurz: Die Rückkopplung des Informationsgehaltes durch die Mitglieder besonders in großen Genossenschaften. Zu kurz kommt das persönliche Gespräch mit dem Mitglied. Gerade bei gravierenden Veränderungen und Einschnitten wie es Komplexsanierungen, die notwendige Erhöhung der Nutzungsentgelte oder die Betriebskosten darstellen, ist es wesentlich, dass die Mehrzahl der Mitglieder die Information, Berechnung oder Erläuterung auch versteht. Und für das Ergebnis gilt noch immer die uralte Kommunikationsregel: »Entscheidend ist nicht was A gesagt sondern was B verstanden hat«.

Gewachsene Strukturen

Wie können nun die Mitglieder erfolgreich und effizient, möglichst nachhaltig in Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Wo und in welcher Form können und sollten sie Verantwortung übernehmen? Zunächst: Dafür gibt es keine fertigen Rezepte, die man Schritt für Schritt nur zu kopieren braucht, um mündige und aktive Mitglieder und Mitarbeiter im Schnellverfahren zu entwickeln und Konflikte mit den Mitgliedergruppen oder umliegenden Eigentümern zu lösen oder ganz zu vermeiden. Solche Rezepte wird und kann es auch nicht geben, weil die Bedingungen in jeder Genossenschaft, in jedem Wohnquartier und in jeder Siedlung anders gewachsen sind und sich unterscheiden.

Es lassen sich aber Interessen, Wünsche, Vorstellungen und Aktivitätspotenziale von Mitgliedergruppen feststellen, die sich ähneln. Ihre Analyse gibt den genossenschaftlichen Unternehmen die Möglichkeit, gemeinsam mit den Mitgliedern schrittweise Strukturen zu schaffen und auszuprobieren, die

1. langfristig die Verwaltung entlasten und in Richtung Dezentralisierung der genossenschaftlichen Strukturen mit aktiver Beteiligung der Mitglieder an Arbeit und Verantwortung in der Genossenschaft weisen,
2. in Richtung Entwicklung eines lebendigen Gemeinwesens in den genossenschaftlichen Wohnquartieren und Siedlungen gehen.

Engagement anerkennen

Das intakte soziale Leben in der Genossenschaft zeigt sich auch im Ehrenamtlichen Engagement, in der Nachbarschaftshilfe und in Eigeninitiativen im Wohnquartier, die von der Genossenschaft getragen werden. Die Aufgabe für den genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb besteht dabei darin, die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für nachbarschaftliche Kontakte zu erleichtern oder auch zu schaffen, den Initiatoren zu helfen und ihnen Mut zu machen. Zum vielfach kritisierten Wohnumfeld gehören nicht nur Mängel bei Park- und Spielplätzen, Einkaufsmöglichkeiten und Begegnungsstätten. Besondere Wünsche bestehen oftmals auch in Richtung nachbarschaftlicher Faktoren. Dazu gehört ein stabiles soziales Umfeld für alle sozialen Gruppen bis hin zu ganz konkreten Hilfen – ein aktuelles und wesentliches Thema für Bewohnerinitiativen.

Eine Genossenschaft muss, je etablierter und älter sie ist, dem ehrenamtlich Tätigen etwas »bieten«, ein Aspekt, der oft nicht ausreichend Beachtung findet. Wichtig ist also nicht nur an den Bedürfnissen und Möglichkeiten, aber auch Ängsten und Unsicherheiten derjenigen anzusetzen, die Hilfe benötigen, sondern selbstverständlich auch bei denjenigen, die sie leisten. So sind für gemeinschaftliches Engagement bei Wohnen, Nachbarschaft und Stadtteil vor allem wichtig, dass

- der jeweilige Gegenstand des Engagements als ausreichend wichtig und attraktiv empfunden wird, denn Beteiligung ohne sinnvoll wahrgenommenen Inhalt wird zum Frust;
- für den Einzelnen ein konkreter Nutzen oder Erfolg erkennbar ist und selbstbestimmte Lernprozesse möglich sind;
- negative Auswirkungen des Engagements in Form von Spannungen und Konflikte bewältigt werden können und
- nach innen ein entsprechender Gruppenzusammenhang gegeben ist.

Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung

Als Ansatzpunkte für die Verbesserung von Kommunikation und Mitgliederbeteiligung in Wohnungsbaugenossenschaften lassen sich nennen:

- **Mitglieder im Planungsprozess:** Bauen und Wohnen in Wohnungsbaugenossenschaften ist von je her eng verknüpft mit der Beteiligung der Mitglieder bei der Planung und Umsetzung von Bau-, Modernisierungs- und Wohnumfeldmaßnahmen.
- **Nachbarschaftsagenturen oder Nachbarschaftshilfevereine:** Der genossenschaftliche Geschäftsbetrieb hilft, die einzelnen Akteure in der Nachbarschaft zu vernetzen. Er kann Räumlichkeiten und/oder Flächen bereitstellen, auch bereits abgeschriebene technische Hilfsmittel/Geräte. In Verbindung mit Nachbarschaftstreffpunkten in Siedlungen, in denen sich Interessenten und Bedürftige finden, auch Mitarbeiter der Genossenschaft zeitweise als Ansprechpartner vor Ort sind, eignet sich die Gründung eines gemeinnützigen Vereins in enger Verbindung mit der Genossenschaft.
- **Mitglieder beraten Mitglieder:** Die Genossenschaft führt eine Liste mit Mitgliedern mit verschiedenen Fachkompetenzen und Leistungen und vermittelt so Beratungsleistungen, die aus der Mitgliedschaft erbracht werden können.
- **Innergenossenschaftliche Schlichtungsstellen:** Zur Schlichtung auftretender Konflikte im Haus und in der Nachbarschaft haben sich innergenossenschaftliche Schiedsstellen bewährt, die auf schriftlichen Antrag tagen. In ihnen arbeiten mitgliederseitig fähige Vertrauenspersonen, die einen Schlichtungsvorschlag erarbeiten, der den beteiligten Parteien unter Berücksichtigung von Satzung und Dauernutzungsvertrag eine Lösungsmöglichkeit für den Konflikt aufzeigt. In dieser Schiedsstelle kann z.B. auch ein Mitarbeiter des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes mitarbeiten. Zu den Sitzungen sollten Vertreter von Vorstand und Aufsichtsrat eingeladen werden.●

BERATUNGSGENOSSENSCHAFT

Sozivation

Innovationen: Von der Idee zum Erfolg

Innovationen sind nicht immer bahnbrechende Erfindungen, obwohl es gerade diese sind, die in der Öffentlichkeit beachtet werden. Sie sind nicht auf Forschungsinstitute, High-Tech-Unternehmen oder Konzerne beschränkt, denn gute Ideen für Innovationen kann jeder Mensch haben. Sie entstehen zu einem sehr großen Teil in kleinen und mittleren Unternehmen. Aber nicht jeder, der eine Idee hat, traut sich, diese zu realisieren. Eine gute Idee ist leicht im Keim erstickt. Hier ist Unterstützung erforderlich. INNOGEN eG – eine Genossenschaft für die Entwicklung und Vermarktung von innovativen Produkten und Dienstleistungen aller Art – bietet hierfür ihre Leistungen an.

Thomas Drodofsky und Peter König, Red. Genossenschaft ● Eine Innovation ist nicht immer mit einer Erfindung gleichzusetzen. Sie ist ein Prozess, ein neuartiges Produkt, das kommerziell nutzbar gemacht wird. Dazu zählen auch Dienstleistungen:

+ richtige Idee + richtiger Zeitpunkt + Bedürfnis + Akzeptanz der Idee = Innovation

Viele Innovationen scheitern bereits im Ansatz, am Widerstand der Menschen im Unternehmen, an der Trägheit, an eingefahrenen Wegen und fehlender Vorstellungskraft. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass rund ein Viertel angegangener neuer Projekte und Unternehmensgründungen in den ersten zwei Jahren scheitern. Entsprechend machten die Gründungsmitglieder von INNOGEN die Erfahrung, dass viele gute Ideen nicht verwirklicht werden, weil der letzte Schritt zur Existenzgründung nicht gewagt wurde. Das heißt:

- Nur wenn rechtzeitig gegründet wird, bleiben die Zuversicht und Motivation oben.
- Bei Vorverlegung des Gründungszeitpunktes kann das Ansteigen von Unsicherheit und Pessimismus umgangen werden.
- Nach dem Schnittpunkt der Euphorie- mit der Unsicherheitskurve verstärkt sich die Gefahr, dass der Zeitpunkt für die Geschäftsgründung zu spät ist.

Erfolgschancen erkennen

Um diese und andere Probleme im Zusammenhang mit Innovationen lösen zu helfen, wurde die Dienstleistungsgenossenschaft *INNOGEN* im Jahre 1998 von 12 Personen (heute 13 Mitglieder) mit Sitz in Glonn / Oberbayern gegründet. Die Mitglieder kommen aus unterschiedlichen Branchen und verfügen über umfangreiche Geschäfts-, Projekt- und Serviceerfahrung. Sie klären und erklären Ideen, Produkte und Dienstleistungen sowie deren Chancen und Risiken. Bei guten Realisierungschancen wird die Möglichkeit der gemeinsamen Entwicklung bis zur Marktreife abgeklärt. Neben der Technik und der Planung unterstützt die Genossenschaft interessierte Innovatoren bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten, Vermarktung und Gewinnerzielung.

Herauszufinden, ob eine Idee erfolgreich sein wird, ähnelt dem Lesen im Kaffeesatz. Anhand verschiedener Kriterien ist sie zu bewerten. Schwerpunkte sind dabei: Ist die Innovation technisch machbar, wirtschaftlich tragfähig und besteht ein Markt? Eine umfassende Beschreibung der Idee liefert die Grundlage dafür. Schwierig ist, die richtigen Fragen zu stellen. Diese sind oft wiederum von der Art der Innovation abhängig. Patentrezepte greifen nur teilweise. Ein üblicher Geschäftsplan ist bei Innovationen nicht immer aussagekräftig genug. In Unternehmen können sie außerdem nicht mit den gleichen Kriterien gemessen werden wie das bestehende Geschäft, denn Erfahrungswerte liegen in dieser Phase nicht vor. Die *INNOGEN eG* hat ein entsprechendes übergeordnetes Bewertungssystem erarbeitet, das sie für eigene und fremde Innovations-Projekte einsetzt.

Vorbereitung und Planung

Eine Besonderheit bei Innovationen ist, dass sie schwer planbar sind. Planungsfehler sind daher kein Misserfolg, sondern ganz normal, ebenso zeitfressende Hindernisse. Übertriebene Hektik und Termindruck führen oft zu Fehlern. Das Vorgehen sollte nicht zu detailliert geplant werden, da die Flexibilität eingeschränkt wird. Wichtig sind Meilensteine, die bedeutende Ereignisse oder Entscheidungen darstellen. Ein wesentlicher Meilenstein ist der Punkt, nach dem ein begonnenes Projekt nicht mehr ohne große Verluste abgebrochen werden kann. Leicht wird vergessen zu prüfen, wie sich die Innovation auf das gesamte Unternehmen auswirken kann: Leistungsfähigkeit, Organisation und Verwaltung, Produktion, Vertrieb, Personalkapazitäten und natürlich die Finanzen; z.B. kann eine Expansion zu massiven Ausgabensteigerungen führen.

Das Durchsetzen einer neuen Idee hat unweigerlich Auswirkungen, denn sie setzt Änderungen in Gang. Diese Änderungen sind zu managen. Aber bereits die Vorbereitung und Planung und erst recht die Innovations-ein-bzw. -durchführung sind professionell zu handhaben. Wieweit ist dies angesichts der Vielschichtigkeit der Ideen und der Komplexität unserer Welt und unserer Regelungen einem einzelnen möglich? Ist hier nicht vielmehr das interdisziplinäre, erfahrene Team gefragt, um die Erfolgswahrscheinlichkeit zu sichern? Insofern hilft *INNOGEN eG*:

- Ideen zu beschreiben;
- bewertet sie;
- erstellt Konzepte, Geschäftspläne;
- sorgt für rechtliche Absicherung, Geheimhaltung;
- sucht Partner für Finanzierung, Entwicklung, Produktion, Vertrieb etc.;
- erstellt Marketing- und Vertriebsstrategien;
- unterstützt Unternehmensgründungen;
- berät und betreut auch bei laufenden Geschäften;

Netzwerke reduzieren Risiko

Innovationen erfordern je nach ihrer Art oft interdisziplinäre Zusammenarbeit. Sie können einfache Produktverbesserungen oder völliges Neuland sein. Oftmals reichen die eigenen Erfahrungen, Kontakte, Ressourcen und fachlichen Kenntnisse nicht aus. Viele Ideenträger scheitern an ihrem Unvermögen, alle erforderlichen Bereiche zu überblicken, fachlich gut zu sein, systematisch zu planen und ihre Ideen zu managen. Oft stoßen sie auf unüberwindlich erscheinende technische und wirtschaftliche Barrieren: Kurzum, sie sind nicht in der Lage, ihre Ideen bis zur Realisierung zu managen.

Je kleiner das Unternehmen, desto weniger sind diese im Umfeld verfügbar. Besonders einzelne Menschen haben einen sehr schweren Stand. Im Vordergrund stehen Leistungen für Entwicklung, Produktion und Vertrieb. Oft werden Steuerberater, Juristen oder Patentanwälte benötigt. Wem kaufmännische Kenntnisse und Fähigkeiten fehlen, dazu zählen oft Ingenieure und Wissenschaftler, sollte sich einen Kaufmann als Partner wählen. Derartige Leistungen können eingekauft werden, doch ebenso bieten sich Kooperationen an. Eine Untersuchung der DtA ergab außerdem, dass kooperierende Unternehmen schneller wachsen. Gerade die Rechtsform der Genossenschaft stellt hierfür eine ideale Ausgangsbasis für Kooperationen dar, um im Verbund Innovationen zu realisieren.

Genossenschaftliche Plattform

Das wesentliche Problem ist, den richtigen Partner zu finden. Patentrezepte gibt es keine. Auch dieser Schritt sollte gut vorbereitet werden. Am Anfang steht die Überlegung, für welche Leistungen Partner benötigt werden. Hilfreich ist, sich auf die eigenen Stärken zu konzentrieren und sich nicht selbst zu überschätzen, indem man möglichst viel selbst machen möchte. Möglich ist, nach dem Prinzip der *INNOGEN eG*, als Partner die eigene Leistung ohne unmittelbare Bezahlung einzubringen und am Erfolg beteiligt zu sein. Für den einzelnen reduziert dies das Risiko. Die *INNOGEN eG* bietet hierfür eine bestehende betriebliche Plattform. Hier bringt die *INNOGEN eG* ihre Projektmanagementerfahrung ein, indem Ideenträgern systematisch geholfen wird. Zum Ausgleich der verschiedenen Defizite und mit der Ansammlung von professionellem Knowhow gelten von Anfang an faire Spielregeln im Sinne des Genossenschaftsgedankens. ●

INNOGEN: eine Genossenschaft unterstützt innovative Ideen

Basis
- Fachleute und Führungskräfte unterschiedlicher Disziplinen
- Technik und Wirtschaft
- Gesamtheitlicher Ansatz
- Projektmanagement
- Genossenschaftliche Wertauffassung

Leistungen
- Herstellen der Vertraulichkeit
- Ideen beurteilen: fachlich / wirtschaftlich
- Machbarkeitsstudien
- Festlegung und neutrale Überwachung der Meilensteine
- Kapazitäten zur Ideenentwicklung, Produktion und Vertrieb
- Punktuelle Realisierung von Prozessen
- Systematische Verbesserung der Erfolgschancen

Kontakt:

INNOGEN

Genossenschaft für Entwicklung und Vermarktung von innovativen Produkten und Dienstleistungen aller Art eG

Schlesienstraße 7, 85625 Glonn, http://www.Innogen.de

PROJEKTINITIATIVE, BERLIN

Innovationen und Arbeitsplätze fördern

– Aufgabenspektrum einer Dienstleistungsgenossenschaft

Der Hauptteil der Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten kommt aus Arbeiter-, Verwaltungs-, und Handelsberufen. Für ihre berufliche Zukunft sind Innovationen aus dem mittleren Technologiebereich besonders wichtig. Diese Innovationen setzen sich noch zu wenig am Markt durch. Die Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Bereich wird nicht genügend genutzt. Der Aufbau sowie die Begleitung und Evaluierung von Modellprojekten und die parallele Entwicklung und eines entsprechenden Netzwerkes bzw. einer Genossenschaft Innovation sollen hier Abhilfe schaffen.

Dieter Burmeister/Irmtraud Schlosser, Red. Genossenschaft ● Innovationen aus dem mittleren Technologiebereich sind zur Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe notwendig. Innovationen liegen meistens nur als Idee, Patent, Machbarkeitsstudie etc. vor. Wenn ein entsprechender Markt prognostiziert werden kann, muss die Idee zu einem verkaufsfähigen Produkt entwickelt werden. Da viele Unternehmen und potentielle Existenzgründer – besonders aus Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe – die Entwicklungsaufgaben trotz Förderprogramm nicht leisten können, ist nach neuen Möglichkeiten zu suchen, das Problem mit vorhandenen Mitteln zu lösen. Die dafür erforderliche Vorgehensweise soll systematisch durch die Entwicklung und Durchführung von Modellprojekten herausgearbeitet werden.

Überprüfte Umsetzbarkeit

Ziel ist es, Innovationen / Erfindungen / Geschäftsideen zu suchen, die mit einem überschaubaren Aufwand umgesetzt werden können. Das können sowohl Produkte als auch Dienstleistungen aus dem mittleren (und unteren) Technologiebereich sein. Sie können unter anderem über das Patentamt, die Datensammlung des IW Köln, die Patentstelle für die Deutsche Forschung der FhG sowie anderer Datenbanken aus dem In- und Ausland ermittelt werden, um sie anschließend auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen. Ergebnis der Projektarbeit soll sein:

- die Ermittlung der Machbarkeit (Businessplan),
- die Koordinierung der Produktentwicklung in einer Innovationswerkstatt, und zwischen Innovationswerkstatt und späterem Produzenten, sowie
- die Vorbereitung und Begleitung der Überführung dieser Innovationen / Erfindungen / Geschäftsideen in den 1. Arbeitsmarkt.

Innovationen (Ideen) werden geprüft und bewertet und den Unternehmen zur Verfügung gestellt. Sehen sich die Unternehmen außerstande, die notwendigen Entwicklungsaufgaben zu übernehmen, könnte die Weiterentwicklung in geeigneten Projekten des 2. Arbeitsmarktes erfolgen. Bei entsprechender Marktresonanz der Entwicklungen können diese bestehenden Unternehmen angeboten werden bzw. zu Existenzgründung(en) führen. Dieses Herausfiltern marktfähiger Innovationen und die daraus resultierenden Entwicklungsaufgaben sind mit den bisherigen Förderinstrumentarien nicht finanzierbar. Erst eine Kombination aus 2. und 1. Arbeitsmarkt macht die Realisierung möglich.

Neue Förderinstrumente

Es bietet sich an, dass die Mitarbeiter, die an der Entwicklung beteiligt waren, auch die späteren Produzenten sind, d.h. ein Mitarbeiter- und Know-How-Transfer vom 2. in den 1. Arbeitsmarkt erfolgt. Daraus sollte resultieren:

- Erprobung vorhandener Förderinstrumentarien in neuen Zusammenhängen und daraus Ableitung einer möglichen Verallgemeinerung;
- Entwicklung von Methoden, um dieses Modell »Innovationsmanagement / Innovationswerkstatt« und die dazugehörigen (genossenschaftlich organisierten) Dienstleistungen bei Erfolg auch auf andere Regionen zu übertragen.

Die Förderung der Innovationen kann ohne zusätzlichen Finanzaufwand nur in enger, verbindlicher Zusammen-

Fortsetzung auf Seite 10

INNOVA Entwicklungspartnerschaft

Sozivation

Kooperationsvertrag als Meilenstein

Die innova eG iG Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, gegründet am 8. November 2001 mit starkem Engagement des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, hat einen weiteren wichtigen Schritt abgeschlossen: einen Kooperationsvertrag, unterschrieben von allen Projektbeteiligten. Dieser Kooperationsvertrag stellt eine zentrale Voraussetzung da, um im EU-Programm EQUAL in die entscheidende Förderphase, die Aktion II, zu kommen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Hauptaufgabe der innova eG i.G. ist es, Qualifizierungen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu organisieren, so dass diese in der Lage sind, Selbsthilfegenossenschaften zu gründen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten. Ein entsprechendes Projekt wurde im Rahmen des EU-Förderprogramms EQUAL positiv beschieden. Um auch über die Phase 1 hinaus eine Umsetzung verfolgen zu können, werden gegenwärtig der Handlungsansatz konkretisiert sowie verschieden Auflagen »abgearbeitet«, die im Rahmen des Bewilligungsbescheids für Phase 1 aufgeführt werden. Dazu gehören unter anderem die genauere Verdeutlichung der strategischen Ziele, das Herausarbeiten der Organisationsstruktur und das Einreichen des unterschriebenen Kooperationsvertrags bis Anfang April.

Übergreifende Zielsetzungen

Durch die Aktivitäten der Entwicklungspartnerschaft soll die Sicherung und Erweiterung des Beschäftigungspotentials über die Erschließung von Absatzmöglichkeiten für Dienstleistungen erfolgen, für die bislang kein entwickelter Markt besteht. Zwei Merkmale kommen für dieses Marktsegment zusammen: Zum einen sind diese Dienstleistungen bereits mit Anlernqualifikationen zu erbringen. Zum anderen erfordert der logistische Aufwand zu ihrer zeitgerechten Bereitstellung und sicheren Erbringung ein Qualitätsniveau, das die Größe eines Einzel- und Familienunternehmen übersteigt sowie Planungs- und Steuerung z.T. auf Basis neuer IuK-Technologien notwendig macht. Um die Vermarktung solcher Dienstleistungen zu erleichtern, werden sie in einem Teil der geplanten Projekte wohnungsnah und darüber hinaus in überforderten Nachbarschaften angelegt, so dass örtliche Wohnungsunternehmen als Großabnehmer gewonnen werden können.

Als zu Beschäftigende werden unterschiedliche auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Zielgruppen angesprochen, für die damit gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt hergestellt werden sollen. Merkmale wie andauernde oder erneut drohende Arbeitslosigkeit, Lücken und Abbrüche in der Schul- und Ausbildungsbiographie, starke Belastung durch familiäre Pflichten kumulieren bei diesen Personengruppen und bilden trotz gegebenenfalls ausgeprägten Erwerbsinteresses hohe Hindernisse für die Aufnahme dauerhafter Beschäftigung. Durch gezielte Kombination von Anlernqualifikationen für die Dienstleistungserstellung mit anspruchsvolleren Qualifikationen sowohl zur wirtschaftlichen Selbststeuerung. (Projekt-, Team- und Zeitmanagement) als auch zu genderbezogenen Qualifikationen und Haltungen sollen Instrumente zur Förderung angemessener Unternehmenskulturen entwickelt und erprobt werden.

Die zu entwickelnden, zu erprobenden und zu verbreitenden Instrumente und Konzepte zur Gründung von Selbsthilfe-Unternehmen als Genossenschaften müssen es ermöglichen, dass jeweils passgenau auf den zu bedienenden Markt und die Potentiale der Zielgruppen hin gegründet werden kann. Ebenso sollen Arbeitsschutz und gesundheitsförderliche Arbeitsplatzgestaltung und auch qualitative Anforderungen an Arbeitsplätze und Dienstleistungen gesichert werden. Eine besondere Qualität der Arbeitsplätze in genossenschaftlichen Selbsthilfeunternehmen besteht in den erhöhten Möglichkeiten der Partizipation und Selbstverantwortung. Die zu konkretisierenden beispielhaften Wirtschafts- und Geschäftspläne sollen aufzeigen, dass solche Selbsthilfeunternehmen den überwiegenden Teil der Kosten ihrer Arbeit zur Bestandserhaltung und Entwicklung ohne Dauersubvention selbst erwirtschaften können und dabei im allgemeinen Interesse liegende soziale Ziele verwirklichen.

Schwerpunkte der Projektarbeit

Im Konzept der Entwicklungspartnerschaft ist angelegt, die Zielgruppen aktiv in die Konkretisierung von Qualifizierungsbedarfen einzubeziehen. Dabei gilt es, sowohl die bei ihnen vorhandenen Potentiale als auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit angemessen in den Qualifizierungs- und Unternehmenssteuerungskonzepten zu berücksichtigen. Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, eine hohe Motivation und Nachhaltigkeit des Tätigkeits- und Beschäftigungsinteresses in einem Selbsthilfeunternehmen aufrecht zu erhalten (Empowerment). Die Teilprojekte setzen hinsichtlich der Zielgruppen unterschiedliche Schwerpunkte, so z.B. auf junge Erwachsene, auf Behinderte oder auf Frauen, die umfangreich parallel zur Erwerbstätigkeit Familienarbeit leisten, um differenzierte Erkenntnisse und Voraussetzungen für ein Mainstreaming des innovativen Ansatzes zu erhalten.

Die Entwicklungspartnerschaft ist so zusammengesetzt, dass operative und strategische Vorgehensweisen integriert werden. Durch die vorgesehene Entscheidungs- und Lenkungsstruktur werden beide zielorientiert aufeinander abgestimmt:

Die bundesweiten operativen Projekte führen verschiedene Aktivitäten durch, um die Wissensbasis und die Infrastruktur zur Erweiterung des Beschäftigungspotentials durch genossenschaftliche Selbsthilfeunternehmen zu verbessern. Dazu gehören vor allem:

- das Entwickeln und praktische Erproben neuer bedarfsgerechter und zielgeführter Ausbildungsprogramme zur Initiierung und Stabilisierung von Selbsthilfegenossenschaften, in die Gendertraining integriert ist;

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

- Begleitende Betreuung und Unterstützung von Genossenschaftsgründungen;
- die Umgründung bestehender Projekte in Genossenschaften, um eine ökonomische Stabilisierung zu erreichen;
- die Ausgründung von Selbsthilfegenossenschaften aus Beschäftigungsgesellschaften und vergleichbaren Organisationen;
- die Initiierung von Dachgenossenschaften zur Betreuung mehrerer Selbsthilfeeinrichtungen und -projekte, insbesondere durch fachliche Unterstützung und Qualifizierung;
- Seminare zu genossenschaftlichen Themen als begleitende Kampagne und Serviceangebot.

Darüber hinaus sollen durch Öffentlichkeitsarbeit die Potentiale der genossenschaftlichen Rechtsform für die Schaffung neuer Beschäftigungspotentiale im Dritten Sektor verbreitet werden, auch um den Kreis der strategischen Partner im Bereich sozialer und wirtschaftlicher Verbände zu erweitern.

In den lokalen operativen Projekten sollen zum einen entwickelte Unternehmenskonzepte umgesetzt, zum anderen darauf zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt werden, um anschließend neue Arbeitsplätze für die benachteiligten Zielgruppen zu schaffen und zu sichern. Geplant und in Vorbereitung sind Neugründungen von Selbsthilfegenossenschaften als lokale Pilotprojekte in Bremen, im Erftkreis (NRW), in Waiblingen (Baden-Württemberg), in Dresden, im Landkreis Leipziger Land sowie im Muldentalkreis (Sachsen). Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen erfolgen mit dem Ziel, anschließend dauerhafte Beschäftigung in diesen Selbsthilfegenossenschaften zu erreichen und zu sichern.

Die Verortung der Teilprojekte in Wirtschaftsregionen mit unterschiedlichen Arbeitsmarkt- und Konjunkturdaten ermöglicht die Erprobung unterschiedlicher Instrumente der Markteinführung und -erweiterung für die Selbsthilfeunternehmen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen gezielt für das Mainstreaming genutzt werden.

Organisationsstruktur

Die strategischen Partner sind für die Verfolgung mehrerer zentraler Ziele von großer Bedeutung. Zum einen unterstützten sie über ihre regionalen Gliederungen den Zugang für die lokalen Teilprojekte zu Absatzfeldern und Wissensressourcen. So ist es Ziel des GdW Bundesverbandes der Wohnungswirtschaft, seine vor allem als Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen organisierten Mitgliedsunternehmen in den Problemlösungsprozess einzubinden und vor Ort konkrete Arbeitsbündnisse in der jeweiligen Siedlung oder im Stadtteil entstehen zu lassen. Zum anderen werben sie bundesweit für den Selbsthilfeansatz der Entwicklungspartnerschaft und bringen ihr Know-how bei Marketing und Öffentlichkeitsarbeit ein. Außerdem erweitern sie die Wissensbasis durch spezifisch auf Selbsthilfegenossenschaften zugeschnittene Finanzierungs- und Controllinginstrumente.

Indem die Entwicklungspartnerschaft auf die Rechtsform der Genossenschaft zurückgreift, sind wesentliche Bestandteile der Leitungs- und Lenkungsstruktur der EP vorgegeben. Dazu gehören der mindestens zweiköpfige Vorstand als Leitungsgremium, der mindestens dreiköpfige Aufsichtsrat als Kontroll- und Zustimmungsgremium (bei innova sind es fünf) und die Mitgliederversammlung quasi mit Parlamentsfunktion. Ihr kommen bei den grundlegenden Strukturen der Entwicklungspartnerschaft ebenso wie bei Wirtschafts- und Finanzplan grundlegende Informations- und Zustimmungsrechte zu. Gegenwärtig sind alle Mitglieder der Entwicklungspartnerschaft auch Mitglieder der Genossenschaft.

Kooperationsvertrag

Das BMA erwartete, dass die Partner neben der innova-Satzung noch einen Kooperationsvertrag abschließen. Entsprechend musste der Vorstand der Genossenschaft einen Kooperationsvertrag formulieren, der möglichst doppelte Strukturen zwischen der Entwicklungspartnerschaft und der für die Durchführung des EQUAL-Projektes gegründeten innova eG i.G. vermeidet. Darüber hinaus ging es darum, die mit dem Zuwendungsbescheid verbundenen Auflagen bei dem Vertrag zu beachten und die Leitungsstruktur in der Entwicklungspartnerschaft sowie die Rechte und Pflichten der Partner zu präzisieren.

Die Haftungsproblematik wurde möglichst auf die jeweiligen Teilprojekte beschränkt, sodass nicht Partner für andere Partner unmittelbar haften. Trotz einer Regelung über eine Haftungsfreistellung bei etwaigen Mittelrückforderungen seitens des BMA ist darauf hinzuweisen, dass der Zuwendungsempfänger innova gegenüber dem BMA nach deren Vorgaben in voller Haftung bleibt und die Haftungsbeschränkung also nur im Binnenverhältnis wirksam wird. Insofern bleibt über die Mitgliedschaft der Partner in der innova eG ein Risiko in Höhe des gezeichneten Genossenschaftsanteils erhalten.

Inhaltliche Schwerpunkte des Vertrags sind:

- Die Eingrenzung der Partnerschaft auf die Umsetzung des Projektes EQUAL;
- Pflichten der einzelnen Partner die Entwicklungspartnerschaft bei der Umsetzung ihrer Ziele aktiv unterstützen;
- Die Regelung über die Einrichtung einer Schiedskommission für Streitigkeiten im Bedarfsfall;
- Die Offenheit der Entwicklungspartnerschaft für neue Mitglieder;
- Die Außenvertretung des Projektes durch den koordinierenden Partner innova eG einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit;
- Die Anerkennung der Vorrangigkeit der Vorgaben des Zuwendungsgebers;
- Umfassende Regelungen über Fragen der Verwertung und der Vertraulichkeit.

Dass die Verabschiedung des komplexen Vertrages innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes gelang, verdeutlicht die hohe Funktionsfähigkeit der Partnerschaft, schwierige Aufgaben entsprechend enger Vorgaben bewältigen zu können.●

FORTSETZUNG VON SEITE 9

arbeit der verschiedenen Sektoren des Arbeitsmarktes sowie der entsprechenden fachlichen Begleitung erfolgen. Geschehen soll dies im Rahmen einer Genossenschaft, weil gemeinnützige und ehrenamtliche Einrichtungen mit profitorientierten Unternehmen zusammenarbeiten. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt nicht in erster Linie auf Gewinnmaximierung, sondern auf Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und damit verbunden auf Innovations- und Qualifizierungstransfer. Die Genossenschaft bietet dafür die optimale (Wirtschafts-)Form.

Genossenschaftliche Organisation

Eine Genossenschaft bietet sich auch deshalb an, weil die geplante Zusammenarbeit in vielen Fällen nur eine Kooperation auf Zeit darstellt. Insofern muss ein einfacher unbürokratischer »Ein- und Ausstieg« innerhalb des Netzwerkes möglich sein, beispielsweise:

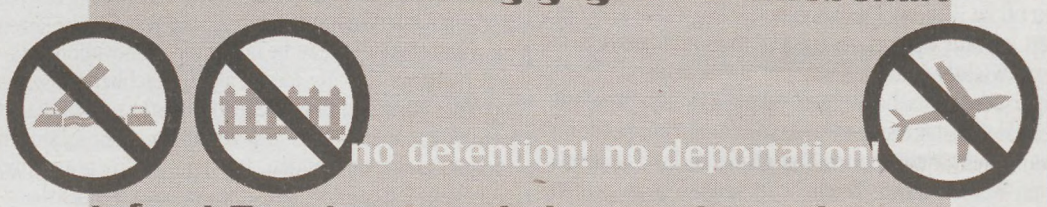
- durch wechselndes Leistungsangebot von Beschäftigungsträgern, da Projekte des 2. Arbeitsmarktes nur zeitlich begrenzt bewilligt werden;
- Unternehmen sind Mitglied auf Zeit, an der Marktlebensdauer des geförderten Produktes orientiert, der Ausstieg aus dem Netzwerk muss unbürokratisch und ohne zusätzliche finanzielle Transfers erfolgen können;
- Unternehmen müssen bei Bedarf schnell und unbürokratisch aufgenommen werden können, falls zur Erhaltung des Betriebes neue Produkte und/oder besondere Qualifizierungstransfers notwendig sind.

Zur Finanzierung der Innovation bzw. der gestellten Aufgaben sind auch neue Finanzierungsmöglichkeiten (Micro-Kredite, Fonds, ...) zu entwickeln und eventuell innerhalb einer Genossenschaft zu verwalten. Außerdem sollte ein finanzieller Rückfluss in Form von Umsatzbeteiligung bei erfolgreichen Produkten erfolgen, der zur weiteren Förderung von Innovationen und Qualifizierung eingesetzt werden kann. Auch hier scheint die Genossenschaft die geeignetste Unternehmensform zu sein, um diese Finanzkreisläufe zu organisieren und zu verwalten. Das Modellhafte an beiden Projekten sowie der dazugehörigen Dienstleistungs-Genossenschaft liegt unter anderem in Folgendem:

- Zusammenarbeit von 1. und 2. Arbeitsmarkt an Innovationsentwicklung und Qualifizierung;
- Untersuchung vorhandener Förderrichtlinien und Testen auf erweiterte Anwendungsmöglichkeit;
- Transfer von Innovationen und Qualifikation und damit auch von Arbeitskräften vom 2. In den 1. Arbeitsmarkt erprobt werden.●

Anzeige

www.abschiebehaft.de
Vernetzung gegen Abschiebehaft



Infos | Termine | Artikel | Urteile | Adressen

SAARLAND:

Abschiebungen um jeden Preis

– oder wie sich eine ganz normale Abschiebung zu einem politischen Bumerang entwickelt und statt dessen Widerstand entsteht.

Schülerdemo gegen Abschiebung im saarländischen Merzig, 31.1.2002 Foto: Bildarchiv der Aktion 3.Welt Saar

Gertrud Selzer, Redaktion Saarland ● »Im Moment weigere ich mich noch, ein Kopftuch zu tragen, aber lange geht das nicht mehr. Ich kann nicht begreifen, wie die Frauen das bisher ausgehalten haben. Sie leben wie Sklaven, arbeiten für ihre Männer. Selbst wenn sie krank sind. Und was ist der Dank? Die Männer behandeln sie wie Tiere.«, so Kadriye Özdemir (21 Jahre), die am 15. November letzten Jahres mit ihren Eltern und vier ihrer Geschwister aus dem nordsaarländischen Wadern in die Türkei abgeschoben wurde, in einem Telefoninterview mit der Saarbrükker Zeitung. Die Familie lebte 14 Jahre in Deutschland. Zwei ihrer Kinder sind in Deutschland geboren, ihr Kurdisch reicht für ein einfaches Gespräch; alle fünf Kinder, die teilweise auch in Deutschland Abitur gemacht haben und studieren wollten, sprechen kein türkisch. Momentan leben sie in dem Dorf Hoser im Südosten der Türkei, nahe der Grenze zu Syrien und dem Iran. Eine Perspektive für ihr Leben dort sehen sie nicht. »Meine beiden Onkel oder mein Vater würden mir nie erlauben, das Dorf zu verlassen, in eine 500 km entfernte Stadt zu gehen und dort mein Glück allein zu versuchen. Aber selbst wenn ich das könnte, was soll ich denn dann tun? Mit einem einzigen Satz türkisch?«

CDU bringt Familie mit 11.9. in Verbindung

In den letzten drei Jahren erwirtschaftete die Familie ihr eigenes Einkommen und sowohl der sozialdemokratische Innenminister Friedel Läpple als auch sein christdemokratischer Nachfolger Klaus Meiser hatten der Familie Bleiberecht zugesichert. Für die amtierende saarländische Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ist dies jedoch kein Problem. Den unbedingten Willen der saarländischen CDU unter Peter Müller, abzuschieben, dokumentiert ein Schreiben von Kramp-Karrenbauer, in dem die Familie Özdemir sogar mit den Anschlägen vom 11.9. in Verbindung gebracht wird: »In diesem Fall ist zudem die Feststellung angebracht, dass aus in der Person und in dem Verhalten einiger Familienmitglieder liegenden Gründen, die hier nicht näher dargelegt werden können, die durchgeführte und ggf. weitere Abschiebung durchaus vor dem Hintergrund der aktuellen Bemühungen um die Innere Sicherheit weitere Rechtfertigung erhält.«, schreibt sie am 16. November auf ein Protestschreiben. Mittlerweile hat das saarländische Innenministerium selbst besagtes Schreiben ins Gästebuch der Internetseite der Familie Özdemir gestellt. Die »nicht näher dargelegten Gründe«, die bis heute nicht erläutert wurden, dienen zur Diffamierung der Familie und der Rechtfertigung der Abschiebung. Die beiden ältesten Söhne wurden wegen getrennt laufender Verfahren nicht abgeschoben. Vor kurzem wurde jetzt der älteste Sohn der Familie, der an der Universität Trier studiert, als politischer Flüchtling anerkannt. Begründung des Gerichts: Seine aktive Mitarbeit in der *AKTION 3.WELT Saar* sowie sein öffentlicher Einsatz für Kriegsdienstverweigerer. Pikant für die CDU ist, dass der Sohn mit drei Asyl-Nachfolgeanträgen anerkannt wurde während seine Familie wegen (!) zwei Nachfolgeanträgen abgeschoben wurde. In Rheinland-Pfalz wäre die Familie mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht abgeschoben worden.

Abschiebungen um jeden Preis

Für die Familie, die in 14 Jahren zwei Asylnachfolgeanträge gestellt hatte und deshalb nicht unter die saarländische Auslegung (Erlaß vom 20.12.1999) der sogenannten Altfallregelung fiel, setzt sich nicht nur ein breiter Unterstützerkreis ein, sondern auch der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und Ratspräsident der evangelischen Kirche, Manfred Kock. In einem Gespräch mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller wurde ihm die Überprüfung des Falles zugesichert. In einer Nacht und Nebelaktion wurde die Familie, ohne dass man Präses Kock über den Ausgang der Prüfungen bis dato informiert hätte, abgeschoben. Nach 14 Jahren in Deutschland blieb der Familie nicht mal die Zeit ihre Koffer zu packen und sich von Freunden zu verabschieden. Während sich der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) auf Bundesebene gerne als weltoffen, liberal und tolerant präsentiert, betreibt er vor der eigenen Haustür eine Politik der Abschiebungen um jeden Preis.

Dass dann ausgerechnet das Saarland im Dezember 2001 eine Bundesratsinitiative für eine Härtefallregelung in den Bundesrat einbrachte und damit scheiterte, zeigt, das es hier um ein Ablenken von der eigenen restriktiven Flüchtlingspolitik ging. Die Familie Özdemir ist schließlich kein Einzelfall. Anstatt eine Härtefallregelung im Ausländergesetz zu installieren, wie von Experten schon lange gefordert, wurde überhastet und ohne ausreichende Rücksprache eine nicht ausgereifte Vorlage in den Bundesrat eingebracht und damit zum Scheitern verurteilt. Der *Arbeitskreis Asyl Saarland* und die *AKTION 3.WELT Saar* fordern ein Abschiebemoratorium für das Saarland für sechs Monate, in denen die saarländische Flüchtlingspolitik human umgestaltet werden soll und die sofortige Änderung des Erlasses zur sogenannten Altfallregelung.

CDU will Proteste aussitzen

Der Unterstützerkreis, in dem sich LehrerInnen, MitschülerInnen, FreundInnen der Familie, Eltern von SchülerInnen und einige Organisationen zusammengeschlossen haben, blickt bis zum 19. April auf 20 Mahnwachen (jeden Freitag 18.00 Uhr, Marktplatz Wadern), das Sammeln von 4.000 Unterschriften, verschiedene Gespräche, Infostände und zahlreiche Protestbriefe zurück. Innerhalb des Unterstützerkreises hat sich eine Schülerinitiative (SiGA) gegründet, die neben einer Schülerdemo in Merzig auch federführend eine Internetseite zur Familie Özdemir gestaltet (www.familie-oezdemir.de). Bemerkenswert ist die große politische Breite und die Ausdauer des Unterstützerkreises, der sich weiterhin für die Rückkehr der Familie und ein gesichertes Bleiberecht für den bisher nicht abgeschobenen Sohn einsetzt. Aus Sicht der CDU-Landesregierung ist bei dieser Abschiebung ein gewaltiger Regiefehler passiert, denn die Proteste ebben nicht ab und immer mehr katholische Pfarrgemeinden sowie der »Bund der deutschen katholischen Jugend im Bistum Trier (BKDJ)« stellen unbequeme Fragen. Die CDU-Strategie, in guter Kohl'scher Tradition das Ganze auszusitzen, will und will nicht funktionieren. Dumm gelaufen.●

Aktuelle Informationen bei: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66679 Losheim am See, Telefon (0 68 72) 99 30 56, Fax -57, eMail:a3wsaar@t-online.de sowie unter www.familie-oezdemir.de

Aktionsidee:
Der Unterstützerkreis für die Rückkehr der Familie Özdemir organisiert jeden Freitag, 18 Uhr, in Wadern, Großer Markt, eine Mahnwache. Gerne können auch Unigruppen, Vereine und Initiativen Patenschaften für die Mahnwachen übernehmen.

Demo gegen den Abschiebeknast Ingelheim, 28.4.2001 Foto: Bildarchiv der Aktion 3.Welt Saar

BETRIEBSSYSTEME: LINUX TROTZ WINDOWS VERWENDEN

Instant-Linux

Keinen neuen Technologien auch nur halbwegs aufgeschlossenen Menschen in unseren Breitengraden kann der Begriff LINUX in den letzten Jahren entgangen sein. LINUX wurde in den letzten Jahren nicht mehr nur als kostengünstige Alternative zu anderen Betriebssystemen, sondern immer mehr auch wegen seines Leistungsumfangs für Durchschnitts-PC-UserInnen interessant. Nicht nur, dass LINUX nichts kostet, auch in punkto Sicherheit und Zuverlässigkeit übertrifft es das weitverbreiteste Betriebssystem Windows bei weitem.

Redaktion Heidelberg ● Seit einigen Monaten gibt es nun eine neue LINUX-Distribution namens Knoppix, die sich besonders gut für EinsteigerInnen eignet. Technisches Wissen ist für die Installation des Systems nicht notwendig, denn Knoppix wird gar nicht erst auf eine Festplatte installiert, weitere vorhandene Betriebssysteme stören nicht weiter, denn Knoppix startet schlicht und einfach von einer CD, wenn dem BIOS klar gemacht wird, dass es von der CD aus booten soll.

Ob für EinsteigerInnen, zu Demonstrationszwecken, als Rettungs- oder Netzwerkdiagnosesystem eingesetzt, besteht der große Vorteil von Knoppix in seiner automatischen Hardwareerkennung, die praktisch jegliche Konfigurationsarbeit erspart, da sie Disketten-, Wechselmedien-, CD-Laufwerke, Festplatten, Internetverbindung, Audio- und Grafikkarten usw. von selbst erkennt.

Die auf der CD vorhandenen Office-Programme, Internet-Browser, Grafikprogramme etc. und nicht zuletzt die grafische BenutzerInnenoberfläche KDE runden die kostenlose LINUX-Distribution ab und stehen mittels CD zu Verfügung.

Ein weiterer Vorteil von Knoppix ist die relativ große Sicherheit, die das System mit sich bringt. Da Knoppix nicht von der Festplatte startet, werden keine Dateien oder Datenfragmente (zwischen)gespeichert. Die Verwendung von Knoppix lässt mit Umsicht somit ein Arbeiten ohne das Hinterlassen von Datenspuren am verwendeten Computer zu. Etwas, das unter Windows praktisch unmöglich ist, aber zum Schutz der eigenen Privatsphäre wohl für jedeN ComputernutzerIn interessant ist.

Knoppix kann von ftp://ftp.uni-kl.de/pub/linux/knoppix bzw. http://download.linuxtag.org/knoppix gratis heruntergeladen werden oder eine CD direkt beim Autor, Klaus Knopper, bestellt werden: http://www.knopper.net/knoppix.●

Aus: Tatblatt +185

STUTTGART: AKTIONSTAGE GEGEN DAS ATOMFORUM MAI 2002

Atomforum Ausschalten ! Atomkraft Stoppen !

Vom 14. bis 16. Mai 2002 findet in Stuttgart im Kultur- und Kongreßzentrum Liederhalle die »Jahrestagung Kerntechnik« des Deutschen Atomforums statt. Das Deutsche Atomforum ist nach eigenen Worten »eine private, gemeinnützige Vereinigung von Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen. Diese eint die Überzeugung, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie verantwortbar und notwendig zur Sicherstellung einer umweltfreundlichen, sicheren und zuverlässigen Energieversorgung in Deutschland und Europa ist.« (Selbstdarstellung des Dt. Atomforums)

Redaktion Heidelberg ● Auf dieser jährlichen Fachtagung trifft sich die Spitze der deutschen Atomwirtschaft (RWE Power AG, EnBW, e-on, die Betreibergesellschaften der AKW und z.B. Siemens und Framatome), um über die Zukunft der tödlichen Atomtechnologie zu diskutieren und um die neuesten Forschungsergebnisse zu präsentieren. Natürlich wird die Atomlobby hier auch auf Vertreter aus Politik (Umweltministerien) und Wirtschaft (z.B. Versicherungsgesellschaften) treffen und diese auf ihre Interessen einschwören. U.a. stehen die drei folgenden Themenschwerpunkte auf der Tagesordnung: Sicherheitsbewertungen, Stilllegung und Entsorgung sowie Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Den letzten Punkt haben sich AtomkraftgegnerInnen rund um Stuttgart zu eigen gemacht – sie rufen zu den Aktionstagen gegen das Atomforum auf. Denn: Atomkraft ist nicht sicher, ist nicht friedlich, ist weder umweltfreundlich noch klimaschonend. Und das Atomforum ist auch nicht gemeinnützig!

Die Auftaktdemo unter dem Motto »Atomforum Ausschalten! Atomkraft Stoppen!« findet statt am Samstag, 11. Mai 2002 in Stuttgart (12 Uhr Hauptbahnhof). Die Tagung, die von Dienstag 14.5. bis Donnerstag 16.5. veranstaltet wird, soll mit vielen dezentralen und Direkten Aktionen »begleitet« werden, Jede/r ist aufgerufen, selbst aktiv zu werden und mit guten Ideen nach Stuttgart zu kommen. Bislang sind folgende Aktionen geplant: Dienstag ab 8 Uhr morgens Empfang der Atomlobby an der Liederhalle Stuttgart, abends ab 20 Uhr große Reclaim-the-Streets Party an der Liederhalle und am Hotel Maritim (dort übernachten die Atomiker). Jeweils am Dienstag und am Mittwoch wird es um 18 Uhr ein Die-in vor der Liederhalle geben. Am Mittwoch will die Atomlobby ab 13 Uhr dem Atomkraftwerk Neckarwestheim einen Besuch abstatten, AtomkraftgegnerInnen wollen sie dabei begleiten. Am Donnerstag soll der Abschied der Atomlobby gebührend gefeiert werden.

Zeitgleich zu der »Kernenergietagung« soll (laut Ankündigung der Betreiber) ein Atommülltransport aus dem AKW Neckarwestheim in die Plutoniumschleuder nach Sellafield rollen. Das AKW liegt ca. 30 km nördlich von Stuttgart. Wer also mehr Lust hat, den CASTOR zu stoppen, ist hier auch richtig!

Infos gibt's u.a. beim Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim (Tel. 071 41/90 33 63) oder Homepage www.antiatomforum.de, während der Aktionstage ist ein Indymedia-Center vor Ort (www.indymedia.de). Email-Kontakt: info@antiatomforum.de (hier auch Bestellung von Flugblättern und Plakaten!)●

REZENSION

Die gesellschaftliche Linke

Das Thema des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus zählt zweifellos zu den wichtigsten Themen, die jene Linke, die sich um die Reflexion der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung bemüht, zu diskutieren hat. Der italienische Autor Marco Revelli hat eine Studie vorgelegt, in der nicht nur die wesentlichen Charakteristika von Fordismus und Postfordismus dargestellt werden, sondern zugleich der Anspruch erhoben wird, die durch diese Transformation bewirkte Krise der Linken zu verstehen und eine Perspektive für gesellschaftskritisches Handeln zu entwickeln.

In den ersten Abschnitten versucht Revelli den Ausdrükken »Fordismus« sowie »Postfordismus« inhaltliche Tiefe zu verleihen. Fordismus konstituierte sich für Revelli aus drei Momenten, dem »Technologischen Paradigma«, dem »Akkumulationsregime« und einer spezifischen »Weise sozialer und ökonomischer Regulierung«. Das »technologische Paradigma« benennt den tayloristischen Arbeitsprozess, gekennzeichnet durch starre Trennung zwischen Befehlenden Ausführenden, einer weitgehend entqualifizierten und vermaßten Arbeitskraft, weitestgehender Zergliederung der Arbeitsschritte und der massiven Nutzung von »Verkettungstechnologien« (Fließband). Das »Akkumulationsregime« beruhte auf wachsende Produktivität der Arbeit, Steigerung der Stückzahlen und analog dazu steigenden Löhnen. Es verband also Massennachfrage mit der vollen Nutzung der Produktionskapazitäten und ermöglichte in Folge wachsende, stabile Profite. Die »Weise sozialer und ökonomischer Regulierung« beruhte auf monopolartiger Preisbestimmung, Anerkennung und Einbindung gewerkschaftlicher Organisationen sowie einem System öffentlicher Sicherheit. »Jede dieser drei Ebenen baute auf einer Art von Innovation auf – technisch (die Standardisierung der Produkte), sozial (die Rationalisierung gesellschaftlicher Prozesse) und institutionell (die Nationalisierung der Massen und größte Macht des Nationalstaates)« (S. 37) – so der Autor.

Den Gegensatz von Fordismus und Postfordismus illustriert Revelli durch die Metaphern des »Kristalls« und des »Rauchs«. Der Kristall steht für den Fordismus: starr, durchgeplant, unflexibel und durchkonstruiert. Der Rauch für den Postfordismus: »Im Gegensatz dazu stellt der Rauch den proteischen (d.h. wandelbaren), veränderbaren, ungreifbaren und in gewisser Hinsicht **opportunistischen** Charakter der neuen Unternehmenslogik dar, gemäß derer sich die Strukturen in der Luft auflösen, sich in ihr ausbreiten und jede Nische besetzen; sie heften sich an die Ströme, die das Umfeld durchqueren und lassen sich von ihnen unendlich oft umgestalten, ohne Widerstand zu leisten, sondern indem sie jeder neuen Konfiguration entsprechen und sie **in Wert setzen**.« (66f) Neben fast poetischen Formulierungen – wie die soeben zitierte – verwendet der Autor eine ganze Reihe von Statistiken, Zahlen und sehr konkreten Beschreibungen. Besonders plastisch ist seine Gegenüberstellung der Arbeitsbedingungen jenes Werkes, das dem Fordismus den Namen gegeben hat, und postfordistischen Firmen wie Ikea und Nike. »River Rouge«, jenes Werk, in dem das berühmte Modell »T« produziert wurde, nahm 1.115 Hektar Fläche ein, verfügte über 50 Kilometer Förderbänder, 93 Meilen internem Eisenbahnnetz und bei voller Auslastung, über 105.000 Beschäftigte. 1908 kam in den USA ein Automobil auf 509 Einwohner, 1995 betrug das Verhältnis 1 zu 1,2. Tatsächlich waren in den 20er Jahren in den USA alle Bedingungen des Fordismus in Reinkultur gegeben: Ein geradezu unbeschränkter Markt, der jene noch so gestiegene Produktion begierig aufnahm. Die linear steigende Produktion verbilligte das Modell »T« ständig, bis es zum Gegenwert von 3 Monatslöhnen eines im Fordwerk beschäftigten Arbeiters zu erwerben war. Das bedeutete einen scheinbar schrankenlosen Zirkel der Akkumulation. Die steigende Produktion verbilligte das Produkt und machte es immer mehr zum Konsumobjekt eben jener ArbeiterInnen, die in den fordistischen Werken arbeiteten.

Entscheidend ist, und hier ist wohl der erste kritische Einwand nötig, dass Revelli das Ende des Fordismus wohl zutreffend beschreibt, eine analytische Erklärung aber schuldig bleibt. Dass der Markt für Automobile bei einem Sättigungsgrad von 1 Autos zu 1,2 Personen stagniert, ist wohl klar, erklärt aber nicht, warum der Fordismus nicht auf andere Produkte ausweichen konnte und vor allem, warum andere Bereiche der Erde nicht in den fordistischen Zirkel eintreten konnten. Revelli ist sicher zuzustimmen wenn er schreibt, dass der Postfordismus gewissermaßen die »Quadratur des Kreises« zu lösen hat, also Strategien finden muss, »die es erlauben, die Kosten bei gleichbleibenden Profiten zu senken, ohne die Produktsvolumina zu erhöhen.« (47) Auch wenn er keine analytische Krisentheorie entwickelt, so ist doch seine detaillierte Darstellung der neuen Akkumulationsstrategien beeindruckend. Ein Beispiel ist der Konzern Nike. Bei Nike selbst arbeiten weltweit nicht mehr als 8.000 Personen im Management, im Design und in der Vermarktung, die Produktion selbst wird von etwa 75.000 ArbeiterInnen erledigt, die von (scheinbar) unabhängigen Subunternehmen angestellt werden. Und betrachtet man deren Löhne, so wird der Bruch zum Fordismus sonnenklar. Die vor allem in Indonesien beschäftigten Frauen und Mädchen verdienen um die 18 EUR im Monat! (1). Das bedeutet im Klartext, die Arbeiterinnen können sich das Produkt, das sie herstellen, nicht kaufen, sie stehen außerhalb des Zirkels Produktion – Konsumtion.

Im nächsten Abschnitt – »Die Not der Politik« betitelt – zieht Revelli einige Konsequenzen aus seiner Interpretation des Postfordismus. Für den Autor ist es offenbar evident, dass der Nationalstaat massiv an Bedeutung verliert. Der Fordistische Kapitalismus entfaltete sich im Rahmen des Nationalstaates, der laut Revelli auf zwei Prozessen beruhte. Erstens auf der Ausbildung einer einzigen souveränen Herrschaft, die ihre Macht über ein klar begrenztes Territorium ausbreitete, und zweitens einer politischen Besetzung des öffentlichen Raumes, in dem sich wohlgeordnet das Spiel Konflikt – Konsens entfaltete. Beide Elemente gehören tendenziell der Vergangenheit an. An die Stelle des homogenen Raumes der Herrschaft, das heißt des Nationalstaates, ist ein Prozess der »Refeudalisierung« (108) zu konstatieren. Der homogene Machtraum zerfällt in verschiedene Territorien, die von diversen Mächten, wirtschaftlichen und/oder wirtschaftlich-politischen durchkreuzt werden, und die zueinander zunehmend in Konkurrenz treten. Originalton Revelli: »Von der unabhängigen Variablen verkehrt er (*der Staat, K.R.*) sich in eine untergeordnete Rolle. Und verliert auf diesem Weg jenes **Monopol der legitimen Entscheidung**, das die moderne politische Theorie genau als Essenz der Staatlichkeit und Souveränität verstanden hatte: in der neuen globalisierten Ökonomie sind die **Flüsse** anstatt der **Orte** der privilegierte Sitz der effizienten Entscheidungen (Geldflüsse, Informationsflüsse, Flüsse organisatorischer Ressourcen ...)« (112) Die verschiedenen Territorien (Regionen), werden vom Kontext in der sich die fordistische Produktion vollzogen hat selbst zum konkurrierenden Element, zum Produktionsfaktor. Wobei Revelli den Begriff Territorium nicht ausschließlich geographisch, sondern auch sozial verwendet. Während im Fordismus der Konflikt einerseits auf der Zentralität der Fabrik und andererseits auf den Einfluss auf die Staatspolitik aufgebaut war, treten im Postfordismus die Territorien zueinander in Konkurrenz – so Revellis düsterer Befund.

Auch hier drängen sich kritische Einwände, zu saloppen wird das Ende des Nationalstaats verkündet. Sicher – es ist zweifellos richtig, dass dieser an Bedeutung verliert. Und es ist weiters richtig, dass die postfordistische Ökonomie transnational ist. So sind auch die Zahlen, die Revelli in diesem Zusammenhang nennt, beeindruckend und vielsagend. Das Budget von General Motors mit 110 Milliarden Dollar übersteigt das BIP aller Länder des Trikont ohne Brasilien, Mexiko und Indien. BMW zahlte 1988 noch 545 Millionen DM an Steuern, 1992 waren es nur noch 31 Millionen, die in die deutsche Staatskasse flossen, 1993 wurden bereits 32 Milliarden an Steuerrückforderungen geltend gemacht – und auch an BMW ausbezahlt. Während die Aufwendungen in Deutschland gebucht wurden, konnten die Gewinne finanztechnisch in die Steueroasen verlegt werden, daher das Plus. Doch zwischen der letztlich sehr saloppen Aussage – die Bedeutung des Nationalstaates schrumpft – und einer präzisen Bestimmung der neuen Rolle des Staates ist doch ein gewaltiger Unterschied. Nicht, das ich eine ausgefeilte Position Revelli entgegen halten könnte, das Thema muss einfach genauer diskutiert werden. Immerhin ist daran zu erinnern, dass kapitalistische Verhältnisse ohne Rechtsstaatlichkeit nicht existieren können, und weiters soll auch die bedeutende ökonomische Rolle des Staates nicht übergangen werden. In der Regel beträgt der Anteil am Budget in westlichen Staaten ein Drittel des BIP, für Österreich sind das rund 57 Milliarden Dollar. Obwohl Revelli die Herausbildung der postfordistischen Machtströme recht plastisch analysiert, bleibt eine systematische Bestimmung des Verhältnisses Kapital – Staat aus.

Im letzten Drittel seines Buches versucht Revelli die gesellschaftlichen Aufgeben der Linken näher zu umreißen. Ausgangspunkt dafür ist sein Befund, dass der Poststrukturalismus dazu tendiere, jene gesellschaftlichen Großgruppen, die im Fordismus geschaffen wurden, zu zersetzen, »ohne dass am Horizont irgendein anderer Prozess der Wiederzusammensetzung, sei er auch nur embryonal, zu erkennen wäre.« (143) Obwohl Revelli durchaus dem Operaismus nahesteht, sind seine Schlussfolgerungen weitaus pessimistischer als etwa jene Antonio Negris, der überall die Macht der Multitude konstatiert. Während Negri die ontologischen Bedingungen für die revolutionären Subjekte als gegeben erachtet, plädiert Revelli für die bewusste Konstitution eben jener Subjekte. Die Linke habe in die »Entstehung und Strukturierung des sozialen Geflechts« (142) einzugreifen, eines Geflechts, das nach seiner Auffassung der Poststrukturalismus ersatzlos zerstört würde. Sehr rasch zeigt Revelli, was er eigentlich damit meint. Nach seiner Auffassung kommt dem Dritten Sektor, also dem gesellschaftliche Bereich jenseits von Markt und Staat, zunehmende Bedeutung zu. Der Autor ist freilich vom unkritischen »Es lebe die Zivilgesellschaft« Gejodle meilenweit entfernt. Der Dritte Sektor ist bloß der Schauplatz, an dem zwei antagonistische Vergesellschaftungsmodelle miteinander konkurrieren. Der völligen Vermarktung des Sozialen stehe eine neue »solidarische Ökonomie« (149), neue Formen der Gemeinschaft gegenüber. Der Kampf zwischen Kapitalismus und seinen Alternativen findet innerhalb dieses Sektors statt. »Denn von dessen Erfolg wird es abhängen, ob die aktuelle Tendenz, daraus eine subalterne Funktion für die Unterstützung des Rückzugs des Sozialstaats und eine bisher ungekannte Durchdringungskraft des Marktes zu machen; oder, im Gegenteil, die Möglichkeit seine Arbeitsprozesse mit Antikörpern gegen den Despotismus der generalisierten Ökonomie zu durchziehen.« (157) Gerade dieser Abschnitt ist voll scharfsinniger Überlegungen zu den Grenzen, der Bedeutung und der Problematik des sogenannten Dritten Sektors. Auch der notwendige Verweis auf Polanyi und Tönnies fehlt nicht.

Insgesamt ist sein Buch eine sehr materialreiche und wohl überlegte Analyse des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus; eine ausgezeichnete Grundlage für jede Diskussion zu diesem Thema.●

(1) Nicht verschwiegen werden soll die Information, dass der Basketballspieler Michael Jordan an seinem Werbevertrag mit Nike mehr verdient, als alle indonesischen Arbeiterinnen im Jahr zusammen, die für diesen Konzern arbeiten.

Karl Reitter

Marco Revelli: Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit; Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, 224 Seiten

Nachdruck aus Grundrisse, Zeitschrift für linke Theorie und Debatte Nr. 1 (www.grundrisse.net). Grundrisse Nr. 2 wird sich laut Ankündigung der Debatte um das Buch Empire (vgl. Contraste April 2002, S. 10/11) von Negri/Hardt widmen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BREMEN: KONGRESS ZU SCIENCE-FICTION, POLITIK, UTOPIE

Out of this world 2

Hinterher wissen es alle. Konnte ja so nicht weitergehen, war überfällig, schon seit langem nur mühsam aufrechterhalten, eine zäh verteidigte Zumutung usw. Vorher gehört es dagegen zu den bestgehüteten Geheimnissen der herrschenden Verhältnisse: Dass die gegenwärtige Welt nur eine von vielen möglichen Welten ist; dass sie sich ganz schön anstrengen muss als die einzige und alternativlose dazustehen; dass sie dies mit Gewalt, ideologischen Apparaten und auf unsere Kosten tut.

Aber wie sehen sie aus, die möglichen Welten? Wie kommt man dahin? Welche sind besser? Um welche sollte man lieber einen Bogen fliegen? Kann man das Gras schon wachsen hören? Oder muss das Alte noch viel greiser werden, bevor das Neue Platz hat? Und wie erkennt man es überhaupt? Wo gerade der alte Mist sich so gerne als der neueste Schrei tarnt? Science-Fiction, Politik, Utopie: Verschiedene Methoden, darauf Antwort zu geben. Verschiedene Produktionsweisen des Neuen. Out of this world: Ein Streifzug durch die Randbereiche. Die Überlappungszonen. Ein Versuch, verschiedene Galaxien miteinander telefonieren zu lassen. »Welcome to Utopia. This site is under construction.«

Programm

Freitag, 31.05.2002
16.30 h Eröffnung, mit Space-Quiz-Show
18.00 h – 22.00 h Workshop I:
MARS, HERE WE COME! SCIENCE-FICTION UND ALTERNATIVE ÖKONOMIE
Wie werden in der SF alternative Ökonomien geschildert? Wie verhält sich das zu ökonomischer Kritik und Utopie in der politischen Diskussion?
mit: Annette Schlemm (Zukunftswerkstatt Jena), Stefan Merten (Oekonux), Ditlev Nissen (Utopiske Horizonter, Christiania/Kopenhagen), Christoph Spehr (alaska, Bremen), Babette Scurrell (Bauhaus Dessau, angefragt)

Samstag, 01.06.2002
10.00 h – 14.00 h Coffee-Seminar zu Utopie und SF
15.00 h – 19.00 h Workshop II:
ANARES, REVISITED. SCIENCE-FICTION UND GESELLSCHAFTLICHE UTOPIEN
Welche Aktualität haben utopische Gesellschaften in der SF, von den 70er Jahren bis heute, für unsere eigenen Vorstellungen von einer besseren, wünschenswerten Gesellschaft? Welche Bedeutung hat die Schilderung fiktiver, anderer gesellschaftlicher Ordnungssysteme für reale Alternativen?
mit: Frigga Haug (Inkrit, Berlin), Marcus Hammerschmitt (SF-Autor, Tübingen), Rüdiger Haude (Berlin), Annette Will (Amsterdam, angefragt), Bianca Gustafson (angefragt)
23.00 h Space-Disco

Sonntag, 02.06.2002
10.00 h – 14.00 h Workshop III:
SPACE WOMEN oder DIE MEDIALE GRAVITATION DES PATRIARCHATS
Wieso dampfen die intergalaktischen Heldinnen der SF im Laufe der Handlung so oft wieder zu rührseligen Herdsusen ein? Wo bleibt eigentlich das Neue? Was passiert mit Geschlecht, Körper und Subjekt im 24. Jahrhundert? Ist posthuman besser gegen die Gravitation des Patriarchats?
mit: Alexandra Rainer (Wien/Berlin), Andrea zur Nieden (Freiburg)
16.00 h Schlussplenum (Kritik, Anregungen, Zukunft)
Ende ca. 17.00 h

Eine aktualisierte Veranstaltungsübersicht gibt es auf dem Kongress und vorher bereits auf der Website.
Veranstaltungsort: Kommunikationszentrum Paradox, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro

VeranstalterInnen: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin in Zusammenarbeit mit Intkom, Bremen und MedienCoop, Bremen
VORHERIGE ANMELDUNG IST DRINGEND ERWÜNSCHT!

Anmeldung und Kontakt:
Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. (Intkom), Bernhardstr. 12, D-28203 Bremen, (04 21) 7 20 34, Christoph Spehr: yetipress@aol.com

Materialien:
Petra Mayerhofer und Christoph Spehr (Hg.): Out of this world, Tagungsband zum ersten OOTW-Kongress 2000, Argument Verlag, erscheint Mai 2002, ca. 17,90 Euro.
»Orange Book«, Reader mit weiterführenden Materialien zum ersten OOTW-Kongress in ansprechender Spiralbindung, 10 Euro incl. Porto, yetipress@aol.com
Alaska Nr. 233 (Deze,ber 2000) zum OOTW 1-Kongress, 3 Euro incl. Porto, redaktionalaska@vobis.net
Web: www.outofthisworld.de

EIN ANGENEHMES GESCHICHTSBUCH ZU 30 JAHREN LINKER PLAKATKUNST

Vorwärts bis zum nieder mit!

Es ist wahrscheinlich das angenehmste Geschichtsbuch über die (west-)deutsche Linke der letzten 30 Jahre; denn wo bekommt man 815 farbige Bilder geboten, die zudem alle von der linken Plakatkunst zeugen und damit ein Loblied auf die künstlerisch (mehr oder minder) begabten Protagonisten der diversen Teilbereichskämpfe, Parteien und Gruppen singen? Eben: nur in »vorwärts bis zum nieder mit!« Dieses Buch ist die Weiterentwicklung von »hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen« (siehe auch CONTRASTE-Schwerpunktthema in Nr. 184 – Januar 2000). Erfreulicherweise wurde die Konzeption erweitert. Der Untertitel verrät es: 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen. Und diese reichen von den Grünen bis zu stalinistischen Parteien und autonomen Gruppen.

Martin Bayer, nhz ● Nicht ohne Stolz verkündet die herausgebende Gruppe *HKS 13*, dass es sich bei der dem Buch angefügten CD-ROM wohl um das größte elektronische Plakatarchiv im deutschsprachigen Raum handelt: über 8.000 Plakate sind hier abgespeichert! Dennoch ist diese Datenbank noch lange nicht vollständig. Die Produktion linker Plakate wird wohl nie ganz erfasst werden können, da mussten die Mitglieder von *HKS 13* trotz größtem Engagement irgendwann kapitulieren. Übrigens: *HKS 13* ist nicht etwa die Abkürzung der Heroischen Kämpfer für den Sozialismus, 13. Fraktion, o.ä., sondern die im Druckgewerbe übliche Bezeichnung einer bestimmten Farbe. Das Kürzel steht ganz konkret für dieses schöne, satte Rot, das so gerne in linken Plakaten benutzt wird; und übrigens – wie man mir versicherte – auch z.B. vom katholischen Caritasverband als Basisfarbe seiner Prospektgestaltung etc. genutzt wird. Und da wären wir schon bei einem durchgehenden Problem: Farben, Gestaltungsmittel, Bildaufteilung etc. sind nicht per se links oder rechts. Was – abgesehen vom Inhalt – ein linkes Plakat von einem rechten oder kommerziellen unterscheidet, kann auch dieses Buch nicht beantworten, das dennoch als Standardwerk gelten kann.

Plakatkunst von links ist politisch; wer aber meint, andere Plakate seien deshalb unpolitisch, der oder die wird korrigiert: Kommerzplakate sind sehr wohl politisch, wirken im gesellschaftlichen Raum, sind »kapitalistischer Realismus«. Doch zurück zu den linken Plakaten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Da gibt es z.B. die heroischen Werke der diversen marxistisch-leninistischen Bünde und Parteien; ihnen ist ein eigener Beitrag im Buch gewidmet. Höhepunkt ist hier das schwarz-weiße Abbild der Ahnenreihe kommunistischer Führungsköpfe, das keinen nennenswerten Text benötigt. Lediglich im linken unteren Eck, quasi als Impressum, lesen wir klein gedruckt: »Es lebe Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao-Tsetung! Vorwärts mit der KPD-ML!« Viele Worte brauchte es in den späten sechziger, frühen siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht: Die fünf Köpfe waren nicht nur ein äußerst beliebtes Motiv, sondern auch Aussage genug, Ehrfurcht einflößend.

Für einen ganz anderen Plakattypus steht das, sicher von einem Künstler, einer Künstlerin entworfene, Nelson-Mandela-Plakat von 1983, das den Freiheitskämpfer hinter Gittern zeigt, umgeben von einem langen Zitat, in dem er das Ideal einer freien Gesellschaft predigt, für die er – wenn es sein müsste – bereit ist »zu sterben«. Pathos macht sich immer gut auf Plakaten, insbesondere, wenn es von solch integeren Personen wie Mandela kommt (merke: Pathos ist plakativ!). Das Mandela-Plakat hat es sicherlich problemlos bis in die Hausflure progressiver Arztehepaare geschafft, was von anderen linken Plakaten eher selten behauptet werden kann.

Ein Ausflug in ausländische Plakatproduktion bringt uns ein gutes Beispiel für den Umgang mit Zitaten kommerzieller Plakatproduktion. Der amtierende US-Präsident als Marlboro-Cowboy mit der für diese Zigarettenwerbung typischen Schrift und dem entsprechend roten Hintergrund wird herangezogen, um gegen den Umstand zu protestieren, dass 37 Millionen US-Amerikaner keine Krankenversicherung haben, alle acht Minuten ein Bürger an AIDS stirbt und der Präsident »Milliarden ausgibt, um Cowboy zu spielen« (USA 1992).

Auch der direkten »Imagebeschmutzung« wird ein eigener Beitrag gewidmet. Sehr schön sehen wir hier, wie mit einfachsten Mitteln Plakate in einen völlig anderen Zusammenhang gestellt werden können. So warb die Stadt Oberhausen im Jahr 2000 mit dem Slogan »Zusammen heißen wir Oberhausen – Fremdenhass ist Herzenskälte« für den staatlich erlaubten Antifaschismus. Auf dem Plakatbild wurden ausländische Kinder gezeigt. Findige Antirassisten klebten unter das Foto der herzigen und lieben Ausländerkinder ganz einfach die Worte »Leider schon abgeschoben!« und gaben dem Plakat damit eine völlig neue Aussage. Das Geld (Stadt Oberhausen mit der teuren Plakatkampagne) unterlag hier endlich einmal dem Verstand (der intelligenten Antirassisten).

Ein Lehrbeispiel besonderer Güte ist das Kapitel über die Plakate der GRÜNEN. Und schier zur Offenbarung wird die Gegenüberstellung einstiger grüner Plakate mit ihren heutigen Persiflagen. 1983 das Original: »Jetzt abrüsten! Die Grünen« mit Kampffliegern als Hintergrundmotiv. 1999 die Satire: »Grün ist der Solarbomber« – wieder mit Kampffliegern als Illustration.

In den letzten Jahren sind – bedingt, durch preiswertere technische Möglichkeiten – zunehmend auch Farbfotografien Bestandteile der Plakatgestaltung geworden. Wenig erbaulich, aber notwendig: Ein Plakat mit dem 2001 in Genua erschossenen und am Boden liegenden Carlo Giuliani, dem ersten Opfer aus den Reihen der Anti-Globalisierungs-Bewegung. Dazu ein Text, der im wesentlichen mit drei Worten auskommt und damit die Stärke der Plakatkunst demonstriert, die einfache und knappe Bild-Text-Kombination: »Mörder! Kapitalismus tötet.« Die öffentliche Diskussion zu den Todesschüssen von Genua erübrigte lange Ausführungen auf dem Plakat, das mit diesen drei Worten ganze Assoziationsketten auslösen konnte. Die kleingedruckte Ergänzung »Wir trauern um Carlo Giuliani, am 30. Juli 2001 in Genua von italienischen Bullen erschossen« wäre nicht mehr nötig gewesen und fällt auch kaum auf. Demgegenüber sind viele linke Plakate gar keine, sondern Wandzeitungen mit Hunderten von Worten. Ihre Einsatzmöglichkeit muss als gering betrachtet werden. Sinnvoll sind solche wortreichen Erinnerungen an die Gepflogenheiten der chinesischen Kulturrevolution vor allem in Jugend- und Kulturzentren oder linken Kneipen, von denen es bei der Entstehung der meisten im Buch abgebildeten Plakate noch erheblich mehr gab als heute.

Viel gäbe es noch zu dem Buch *vorwärts bis zum nieder mit* zu sagen. Aber beim besten Willen kann in dieser Besprechung nicht auf alle vorgestellten Aspekte der Plakatkunst eingegangen werden. Ein Vorwort und 25 Beiträge beschäftigen sich auf 288 Seiten mit unterschiedlichsten Fragen rund um das (linke) Plakat. Das Buch lohnt. Als Geschichtsbuch der deutschsprachigen Linken in den letzten drei Jahrzehnten, als Nachschlagwerk zu einem wichtigen, aber vernachlässigten Bereich der Kunst, als Lesebuch zur eigenen Erbauung, als Erinnerungslektüre nach dem Motto: »Ach ja, daran kann ich mich noch gut erinnern!«●

Aus: nhz – Linke Zeitschrift für die Region, Frühjahr 2002, Nr. 117

vorwärts bis zum nieder mit, 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Berlin/Hamburg/Göttingen (Assoziation A) 2001, 288 Seiten & 1 CD-ROM, 25,50 EUR

Seit Anfang April 2002 sind die 8.300 Plakate auf der CD-ROM auch im Internet aufrufbar: http://plakat.nadir.org. Es kann gezielt nach Plakaten zu bestimmten Themen, nach Erscheinungsorten und -daten gesucht werden.

IM E-MAIL-POSTFACH: LESERBRIEF

Solidarität mit Israel? Solidarität mit dem palästinensischen Volk? Mit bitte wem?

Etwas wundert mich in den Debatten – politisch und strategisch, d.h. warum es so penetrant auftritt: Die nationalvölkische Schubladenbildung. Warum sprechen eigentlich alle (fast alle?) immer von Israel und Palästina oder Israel und »den Palästinensern« oder »dem palästinensischen Widerstand«. Das irritiert mich. Es hat ja mit politischer Analyse so gar nichts zu tun. In Palästina gibt es z.B. auch einen Widerstand gegen Arafat (ist auch bitter nötig). Und in Israel viele GegnerInnen des sharonschen Militarismus. Warum also werden diese beiden Blöcke gebildet? Wer braucht das?

Denk, denk ... eigentlich finde ich nur einen Grund: Die deutschen »linken« Gruppen brauchen diese Projektionen genauso wie viele Regierungen und Institutionen weltweit – für sich selbst und als Legitimation ihres Handelns. Denn so können sie sich am Konflikt abarbeiten und zwar gegeneinander. Das ist in »linken« Gruppen dann ganz ähnlich wie in der internationalen Politik. Dort werden die Konflikte ja auch immer nur instrumentalisiert, um eigene Konflikte und Machtgerangel auszuführen.

Mich kotzen diese ganzen Debatten genau deshalb an und ich habe keinerlei Lust auf sie. »Solidarität mit Israel/Palästina« sagt in beiden Varianten ja genau NICHTS darüber aus, wer da eigentlich gemeint ist, mit dem mensch solidarisch sein soll. Heißt »Solidarität mit Palästina« etwas Solidarität mit dem Arafat-Clan oder mit den Menschen, die gerade ihre Häuser durch israelische Bomben und Bulldozer verlieren, oder mit denen, die gerade in der Folterkammer des Arafat-Regimes sind? Und wen meint »Solidarität mit Israel«? Die orthodoxen Regierungsmitglieder, die offen aussagen, alle Palästinenser vernichten zu wollen? Oder dem Militaristen Sharon? Oder den Menschen in Israel, die für den Frieden demonstrieren, Angehörige durch palästinensische Bomben verloren haben oder in Angst vor diesen leben müssen?

Das alles ist völlig ungeklärt. Aber die inhaltsleeren Aussagen »Solidarität mit ...« reichen offenbar, um Saalschlachten und Prügeleien, Anpisse und arrogante Machtansprüche zu organisieren. Und ich habe den Eindruck: Deshalb werden sie gemacht. Die Menschen unter den nationalen Herrschaftsstrukturen Israels und Palästinas interessieren dabei gar nicht – sie werden instrumentalisiert. Ihre Selbstbestimmung ist offenbar nirgends das Ziel. Sharon, Arafat oder irgendwelche ihrer NachfolgerInnen sind wohl eher nicht diejenigen, die das überhaupt wollen.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten

»Mitteilungen« Nr. 21 erschienen

Seit 1992 gibt der Förderkreis »Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.« zweimal im Jahr seine *Mitteilungen* heraus. Mittlerweile liegen nach 10 Jahren insgesamt 21 Ausgaben vor. Sie informieren vor allem über einschlägige Archive und Bibliotheken des In- und Auslands, über Findhilfsmittel und Bestandsübersichten, über Tagungen und Konferenzen, über Erträge der gemeinsam mit der *Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V.* und der *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen* der DDR im Bundesarchiv (SAPMO/BArch) veranstalteten Vortragsreihe sowie über neuere Literatur.

Regelmäßige Rubriken sind die Selbstdarstellungen von Archiven und Bibliotheken zur Arbeiterbewegung im weitesten Sinne (bislang wurden Einrichtungen aus 16 Ländern vorgestellt) und Hinweise auf Findbücher und Findhilfsmittel von Archivbeständen zur Geschichte der DDR und der Arbeiterbewegung in staatlichen Archiven, vor allem in Berlin und den neuen Bundesländern. Kontinuierlich berichten die Mitteilungen über Tagungen und Konferenzen wie etwa die *ITH* (Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen), der *IALHI* (International Association of Labour History Institutions, www.ialhi.org) und des Kuratoriums der *SAPMO*/Bundesarchiv. Wichtigstes Anliegen des Förderkreises ist die Erhaltung und die Zugänglichmachung der Archivbestände zur Geschichte der DDR und zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Weiter soll die Zusammenarbeit unter den einschlägigen Bibliotheken und die Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung unterstützt werden.

Die aktuelle Ausgabe enthält eine Vorstellung des erst seit 1999 im Aufbau befindlichen Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa Luxemburg Stiftung, einen Bericht zu den schon existierenden und den geplanten digitalen Angeboten der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, drei Tagungsberichte und Vereinsmitteilungen.

Politisch steht der Förderkreis in der Tradition der Linken und der Arbeiterbewegung, etliche seiner Aktiven waren zur DDR-Zeiten WissenschaftlerInnen, die sich mit Geschichte beschäftigt haben – es sind aber auch viele Einrichtungen und Einzelpersonen aus den alten Bundesländern Mitglied. Der Begriff der Arbeiterbewegung wird im Förderkreis augenscheinlich relativ weit gefasst: Die Zusammenarbeit zwischen den Archiven und Bibliotheken »der Arbeiterbewegung« und denen der neuen sozialen Bewegungen ist vielen im Förderkreis ein Anliegen. Mit der Förderung dieser Zusammenarbeit beweist der Förderkreis sein Interesse an einer pluralen und undogmatischen Linken.●

Bernd Hüttner

Mitteilungen Nr. 21, 32 Seiten A 4, Interessierte können Einzelexemplare gegen ca. 3 Euro plus Versandgebühr bestellen. Anschrift: Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin, Email: profbenser@aol.com

Der Palästina Konflikt

Ohne jeden Zweifel ist der Nahostkonflikt seit dem 11. September und vor allem seitdem in Afghanistan Krieg geführt wird, in eine neue Phase getreten. Erschreckende Bilder, die früher alle paar Wochen um die Welt gingen, sind mittlerweile Alltag. Ob sich das nun um Terrorakte gegen israelische Zivilisten handelt oder um immer härtere Gegenmaßnahmen des israelischen Militärs. In der deutschem Restlinken tobt hierüber immer wieder eine oft bittere Auseinandersetzung. Von einem Antizionismus, der oft genug eben auch antisemitisch ist, bis hin zur bedingungslosen Solidarität mit Israel reicht die Palette.

Bei Endloskonflikten weiß man manchmal gar nicht so richtig, wie das alles angefangen hat. Dazu gibt es nun unter dem Titel »Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina Konflikt und der Transfer eines Feindbildes« eine meines Erachtens vorzügliche Darstellung von Michael Kiefer, einem Düsseldorfer Islamwissenschaftler. Man kann hier kompakt, wissenschaftlich fundiert und trotzdem gut geschrieben nachlesen, wie der europäische Antisemitismus sich entwickelt hat, welche Folgen das für die Geschichte des Zionismus hatte, und wie dann der moderne europäische Antisemitismus in der islamischen Welt adaptiert wurde. Wertvoll sind auch die Literaturangaben und eine Zustandsbeschreibung islamistischer Gruppen in der Bundesrepublik.

Wichtig und gelungen erscheint mir vor allem die Darstellung komplexer historischer Zusammenhänge. Und da ist es eben wichtig zu wissen, dass der Palästinakonflikt wie er heute tobt, nicht monokausal erklärbar ist. Er ist ein Erbe der Kolonialzeit: Während des ersten Weltkrieges versprachen die Briten Juden wie Arabern alles, um Verbündete gegen Deutschland zu gewinnen. Es wird ebenso erklärt, wie wichtig bereits vor dem Naziterror der Antisemitismus in Europa war. Von der Dreyfusaffäre bis hin zu den Protokollen der Weisen von Zion und den antisemitischen Progromen in Osteuropa wird der Hintergrund für die Entstehung des Zionismus kompakt geschildert. Dass der Antisemitismus ein europäischer Export in die arabische Welt ist, bis hin zu der fatalen Konsequenz, dass sich Teile der palästinensischen Oligarchie mit Nazideutschland verbündet haben, ist hier nachzulesen. Wobei Kiefer meines Erachtens objektiv bleibt: Er hebt nicht nur auf die Kollaboration z.B. des Muftis von Jerusalem mit den Nazis ab, sondern beschreibt ebenso, dass es einflussreiche zionistische Gruppen gab, die ebenfalls keinerlei Interesse an einer friedlichen Koexistenz beider Völker hatten. Zusammengefasst sei gesagt, dass wer wissen will, wie ein solcher Konflikt über Generationen entsteht und eskaliert, sich diese Buch unbedingt durchlesen sollte!●

FEHRI

Aus: terz – Düsseldorfs Stattzeitung für Politik und Kultur, April 2002

Michael Kiefer: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften.
Der Palästina Konflikt und der Transfer eines Feindbildes – Druck im FGK. ISBN 3-9805861-2-X, 14,90 EUR

AfrikaBilder

Der Unrast-Verlag hat mit der Herausgabe eines neuen Sammelbandes zum Thema Rassismus ein beachtenswertes Grundlagenwerk bereitgestellt. Sicher – Analysen des Rassismus gibt es massenhaft. Die »AfrikaBilder« haben allerdings den Vorteil, dass hier aus linker Sicht ein aktueller und umfangreicher Überblick über die Diskurse zum Rassismus geliefert und in den Kontext der kolonialen Perspektive auf Afrika und die Afrikaner/innen gestellt wird.

Schwarze – so wird in den Analysen verdeutlicht – sind nicht nur Opfer rassistischer Anfeindungen und Gewaltakte. Anhand eines Einblicks in die Geschichte des preußisch-deutschen Kolonialismus verdeutlicht Herausgeberin Susan Arndt zudem, dass Menschen schwarzer Hautfarbe zudem Objekte sexualisierter rassistischer Projektionen sind. Diese Sexualisierung des Rassismus – Arndt benutzt hierbei den Begriff der »Ethnopornographie« – speist sich aus dem kolonialen Blick auf die sogenannten Primitiven Wilden, die keine Moral und Zivilisation kennen und somit zum bevorzugten Objekt enttabuisierter Sexual- und Vergewaltigungsphantasien degradiert werden. Arndt führt hierzu das Beispiel des Films »Die Sünderin« mit Hildegard Knef als der ersten nackten weißen Frau im deutschen TV an, was riesige Proteste auslöste, während zugleich nackte schwarze Frauen in Gips und Marmor als Tischfiguren oder Aschenbecher die bundesdeutschen Wohnzimmertische schmückten. Das rassistische Bild von Menschen schwarzer Hautfarbe als »wilden und enthemmten Tieren« birgt sexuelle Projektionen in sich, die Mord und Vergewaltigung rechtfertigen; ein Tatbestand, der in der deutsch-preußischen Geschichte in den Gebieten des heutigen Togo, Kamerun, Namibia und Tansania zur kolonialen Praxis wurde und in den zwanziger Jahren im Massenmord an den Hereros in Südwest-Afrika gipfelte.

In Schulbüchern, Lexika, in Museen und in Straßennamen – so wird es in dem Sammelband detailreich nachgewiesen – lebt dieser Rassismus bis in die heutige Zeit in Deutschland fort. Der erste Teil des umfangreichen Buches beinhaltet theoretische und politikwissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Begrifflichkeiten und Erscheinungsformen von deutschem Kolonialdenken und Rassismus sowie der antisemitischen Kontinuität im deutschen Nationalbewusstsein. Hier können kritische Diskurse und Definitionen auf der Höhe der Zeit nachgelesen und für die antirassistische Praxis genutzt werden.

Der zweite Teil des Buches gibt einen interessanten Einblick in das rassistisch und kolonialistisch gefärbte Bild von Afrika in Deutschland: Filme, (Schul-)Bücher, Museen sowie Wissenschaft werden in Bezug auf rassistische Vorurteile gegenüber Afrikaner/innen kritisch betrachtet und bewertet.

Im dritten Teil steht die deutsche Innen- und Außenpolitik im Zentrum der kritischen Analyse. Afrika als der »vergessene Kontinent« – das machen die Ausführungen deutlich, ist sowohl historisch wie aktuell Objekt von Ausbeutung, (Neo-)Kolonialismus und rassistischem Überlegenheitswahn.

AfrikaBilder stellt eine innovativ, materialreiche und fundierte kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Rassismus dar, der – in der Literatur sonst meist unberücksichtigt – hierbei die rassistische Diskriminierung und die (neo-)kolonialen Verbrechen an Menschen schwarzer Hautfarbe in die aktuelle Diskussion um Rassismus einfügt.

Ein gutes, ein äußerst empfehlenswertes Buch!●

AL C.

Susan Arndt (Hrsg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Unrast-Verlag 2001, 463 S., 21 EUR

Aus: terz, Düsseldorfer Stattzeitung, April 2002

Die Unsichtbaren

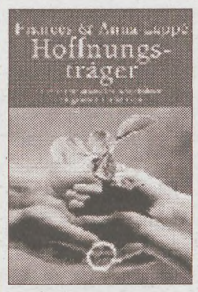
Im Zentrum dieses großen Romans über die italienische Autonomia steht die »Generation von 1977«, die das Land in ein riesiges Laboratorium neuer Lebensentwürfe verwandelte. Es ist eine Zeit nicht enden wollender Massendemonstrationen, der Hausbesetzungen, linken Kulturzentren und freien Radios. Mit beispielloser Kreativität und Radikalität fordert eine Bewegung von Jugendlichen die herrschende Kultur und das Bürgertum heraus und artikuliert ihren Aufstand in Fabriken, Schulen und Stadtvierteln. Die Antwort des Staates ist massive Repression. Hunderte von Militanten verschwinden hinter Knastmauern.

Peter Chotjewitz schrieb über Balestrinis Roman: »Die Methoden seiner Prosa sind so experimentell wie die sozialen Massenbewegungen, von den sie handelt.«●

dp

Nanni Balestrini: Die Unsichtbaren, 228 S., Assoziation A, ISBN 3-922611-88-5, 28 DM

Hoffnungsträger



Mit ihrem Buch »Öko-Diät« hat die kanadische Ernährungsexpertin Francis Moore Lappé bereits vor dreißig Jahren mit der Überzeugung provoziert, dass der Hunger in der Welt keine Frage der Nahrungsknappheit sei, sondern eine des Mangels an Demokratie und Selbstbestimmung der Menschen über die eigenen Ressourcen. Die Kritikerin der »grünen Revolution« wurde damals als technikfeindliche Illusionistin abgetan, durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte fühlt sie sich jedoch in ihren damaligen Aussagen bestätigt.

Nicht nur dass gegenwärtig trotz Nahrungsüberschüssen eine Milliarde Menschen (jeder sechste) auf der Erde Hunger leidet, etwa ebenso viele in den Wohlstandsländern sind fehl- und überernährt. Und die Lebensgrundlagen werden durch das agroindustrielle System zerstört: »Weltweit erodiert fruchtbarer Erdboden dreißigmal schneller, als er sich wieder aufbaut.« (S. 26) Der tiefere Grund für diese Krise liegt für Lappé in der Anonymisierung des Lebensmittelmarktes: »Nichts ist persönlicher als das Essen. Und doch ist es in dieser globalen Welt gerade das Essen, das erschreckender Weise immer unpersönlicher wird und sich immer weiter von allem entfernt, was wir noch kontrollieren können.« (S. 24) Und der »Gentechnikwahn, der Abermillionen Dollar verschlingt und Befürworter wie Gegner unendlich viel Zeit und Energie kostet«, sei eine »weitere katastrophale Abkehr von der wirklichen Frage, warum es überhaupt Hunger gibt.« (S.28)

Gemeinsam mit ihrer Tochter hat sich die Ernährungswissenschaftlerin nun auf den Weg gemacht, um Menschen und Projekte in aller Welt zu besuchen, die Widerstand leisten gegen das Weltagrarsystem, die sich auf die eigenen Fähigkeiten und Ressourcen besinnen und vor Ort eine natur- und menschennahe Landwirtschaft praktizieren. Die Reise führte die beiden dabei zu Community-Farms im US-Staat Wisconsin, in denen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften einen neuen Bezug zu den Öko-Lebensmitteln herstellen, ebenso wie zur Landlosenbewegung in Brasilien, die durch Landbesetzungen und die Bildung von Genossenschaften den Staat zu einer Landreform zwingt. Die Autorinnen besuchten die Green Belt Movement in Kenia, in der Frauen durch Baumpflanzungen der Wüste Land abringen, die von der Gentkritikerin Vandana Shiva gegründete Dorfbewegung in Indien, in der Bauern wieder zu ihrem eigenen, erprobten, Saatgut und von Düngemittel freien Anbaumethoden zurückkehren, sowie die Grameen-Bank in Bangladesh, die Kleinkredite an Netzwerke für Existenzgründungen vergibt. Und auch Europa fand Aufnahme in den »Reiseführer zu den grünen Initiativen«: Beschrieben werden die Max-Havelaar-Stiftung in den Niederlanden, von der die Idee des fairen Handels ihren Ausgang nahm, sowie die französische Bauernbewegung um Francois Bové, die sich gegen das »Malbeuffe« (Schlechtessen) und für eine regionale ökologische Landwirtschaft einsetzt.

Die »Reiseberichte« faszinieren durch zweierlei: Sie machen deutlich, dass Ernährung immer mit Kultur zu tun hat und sie zeigen, dass hinter allen Bewegungen Menschen stehen, die für ihre Ideen eintreten und sich in Netzen zusammenschließen. Dass gesunde Ernährung mit einfachen Mitteln erreichbar ist, demonstriert – das führt uns nochmals nach Brasilien – die beschriebene Stadt Belo Horizonte, die »einzige Stadt der Welt, in der das Grundrecht auf Nahrung als Bürgerrecht verankert wurde« (S. 133): In den Armenviertel wurden von der Stadtverwaltung geförderte Gemüsemärkte eingerichtet, die für alle erschwingliche, vor Ort angebaute Produkte anbieten. So könnte das Zusammenwirken von regionaler Landwirtschaft und urbaner Lebensmittelversorgung auch funktionieren.●

Hans Holzinger

Frances M. und Anna Lappé: Hoffnungsträger. Ein internationaler Reiseführer zu grünen Initiativen. Riemann-Verl., 2001. 475 S.

Aus: Top Ten der Zukunftsliteratur 2001 der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg 2002

Die Zukunft der Umweltbewegung

Umstrukturieren, Auslagern, Globalisieren – fit machen fürs 21. Jahrhundert ist derzeit groß in Mode. Wie bereitet sich die deutsche Umweltbewegung auf die Zukunft vor? Unstrittig ist, dass die Naturschutz- und Umweltverbände vor einem komplizierten Strukturwandel stehen. Wie aber soll der aussehen?

In der soeben erschienenen Studie »Die Zukunft der Umweltbewegung – Analysen und Strategien in 10 Interviews« wird dieser Prozess analysiert und Lösungswege diskutiert. Politiker/innen wie Michaele Hustedt (Grüne) oder der Alternative Nobelpreisträger Hermann Scheer (SPD) entwerfen ihre Zukunftsvision ebenso wie die Verbandsspitzen Helmut Röscheisen (DNR) und Angelika Zahrnt (BUND) sowie Umweltwissenschaftler und Aktivisten.

Die Broschüre enthält zehn Interviews, die in einer Zusammenfassung ausgewertet werden. Sie wird von der GRÜNEN LIGA herausgegeben und ist ab sofort in deren Bundesgeschäftsstelle (s.u.) erhältlich.●

dp

Nick Reimer: »Die Zukunft der Umweltbewegung – Analysen und Strategien in 10 Interviews«, GRÜNE LIGA Sachsen e.V. (Hrsg.), Verlag baerens & fuss, Leipzig 2002, ISBN 3-935046-03-0, 60 Seiten, 12,00 EUR

Bestellung:
GRÜNE LIGA, Greifswalder Str. 4, D-10105 Berlin
Tel. (0 30) 204 47 45, Fax -468
E-Mail: material@grueneliga.de

Mythos Wildnis

Die Wildnis – ein schillernder Begriff, der heute von Naturschützern und Reiseanbietern neu entdeckt wird. Doch wie unbeeinflusst vom Menschen muss ein Ort wirklich sein, dass er als Wildnis gilt? Und was von westlichen Menschen als Wildnis definiert wird, gilt vielleicht für die dort lebenden Menschen als nützlicher Garten, Medizinschrank oder eine Kulturlandschaft. Mit solchen Überlegungen, mit Verweisen auf historische und literarische Quellen wie auch topaktuellen Fakten führt Autor Norbert Suchanek durch den Dschungel der Bedeutung und Verwendung von Wildnis – ein aufschlussreiches Buch zum Auftakt des internationalen Jahres des Ökotourismus.●

Christine Pluess/akte

Norbert Suchanek: Mythos Wildnis, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2001, ISBN 3-89657-574-0, 10,20 EUR
E-Mail: info@schmetterling-verlag.de
Web: www.schmetterling-verlag.de

Die unbekannte Seite der DDR-Revolution

Die Bilder von Massendemonstrationen oder Versammlungen in den Kirchen der DDR im »Wendejahr« 1989/90 werden häufig gezeigt. Doch was sich in den Betrieben in dieser Zeit ereignete, welche demokratischen Initiativen es dort gab, wie die Konflikte verliefen oder welche Forderungen von den Belegschaften gestellt wurden ist kaum bekannt.

Das Buch ist eine erste umfassendere Darstellung solcher »Wende«-Aktivitäten in den Betrieben. Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener Initiativen der »Betriebswende« kommen in diesem Band ausgiebig zu Wort, die sich 1999 zur Diskussion dieses Themas erstmals auf einer Tagung des Berliner Bildungswerks der Heinrich Böll Stiftung getroffen haben. Nicht nostalgisches Schwärmen, sondern kritische Fragen an das eigene Tun bestimmten die Debatte ebenso, wie das Nachdenken über die Bedeutung der Utopien heute. So entsteht eine andere Welt als jene der häufig gehörten und bekannten Bürgerrechtler/innen, deren Erfahrungshintergrund nicht der Großbetrieb in der DDR gewesen war.

Der Band enthält neben dem erweiterten Protokoll der Tagung einhundertzwanzig unveröffentlichte oder bisher nur verstreut publizierte Dokumente aus Betrieben und Bürgerbewegungen. Analysen über die Situation in den DDR-Betrieben und über den betriebliche Aufbruch von 1989 tragen zum besseren Verständnis der demokratischen Bewegung insgesamt bei. Die Streikentwicklung vor und innerhalb der »Wende« gehört ebenso dazu, wie die Darstellung des engen Zusammenhangs zwischen Straßendemonstrationen und dem Aufbruch in den Betrieben. Für Menschen, die sich mit dem Schwerpunkt Betriebe und Gewerkschaften beschäftigen, aber auch für alle, die besser verstehen wollen, was 1989 geschehen ist, stellt der vorliegende Band eine wichtige Quellenbasis dar. Diejenigen, die dabei gewesen sind, können ein fast vergessenes Stück ihrer eigenen Geschichte erleben.●
Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Dokumente – Analysen. 551 Seiten, 9,00 Euro (zzgl. Porto)
Bestellungen: Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung, Kottbusser Damm 72, D-10967 Berlin
Tel. (0 30) 612 60 74
E-Mail: info@bildungswerk-boell.de
Web: www.bildungswerk-boell.de

Lesemappe: Ferdinand Groß

Diese von der KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V. herausgegebene Lesemappe führt in das Leben, Denken und Wirken des gewaltfreien Anarchisten und KZ-Häftlings Ferdinand Groß (1908-1998) ein. Neben seinem sechsjährigen KZ-Aufenthalt als »Politischer Schutzhäftling« mit rotem Winkel und der KZ-Nummer 349 in Dachau und Neckarelz wurde in der Mappe auch berücksichtigt, dass er als Rentner über 20 Jahre lang seine eigene anarchistische Zeitschrift »BEFREIUNG« verlegte. Einige Exemplare der Restauflage, die sich mit den Ideen des anarchistischen Vordenkers Pierre Ramus auseinandersetzen, wurden der Lesemappe beigelegt, ebenso wie eine ergänzende Ausgabe zum Stichwort »gewaltfreier Anarchismus«, durch die Herausgeber Georg Fischer und Arno Huth. Vervollständigt wird die Zusammenstellung durch einen Dokumententeil.●

dp

Bestellungen: KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V., Mosbacher Str. 39, D-74821 Mosbach-Neckarelz, Tel. (0 62 61) 67 06 53, Fax 67 23 81
E-Mail: vorstand@kz-denk-neckarelz.de
Web: www.kz-denk-neckarelz.de

PROJEKTE

Ich betreue Gruppen als Teamer zum Bearbeiten gruppendyn. Prozesse, Konflikt- & Krisenmanagement, Visionsarbeit, Zielvereinbarung, Planungsprozesse, Entscheidungsfindung,...
Ich suche hierfür eine Partnerin die kaufmännische und soziale Kompetenzen besitzt.
Bei Interesse meldet Euch bitte bei roy.ly@web.de oder telefonisch unter (03 98 88) 30 76.

Der Hof Hoher Schönberg sucht eine **Gärtnerin** oder **Bäuerin** am liebsten für den Gemüsebau. Die Hofgemeinschaft und die Gebäude sind im Aufbau. Beabsichtigt ist, grundsätzlich ökologisch zu leben. Unsere künftige Mitarbeiterin soll den Arbeitsbereich Gemüsebau & ab Hof-Vermarktung eigenverantwortlich betreiben. Der Hof hat noch die Betriebsbereiche: Stauden & Blumen, Obst, Kartoffeln, Holzwirtschaft, Ackerbau, Tierzucht.
Lage: 33 km östlich von Lübeck an der Ostseeküste, 25 ha
Hof Hoher Schönberg, Jörg Altmann, Kalkhorster Str. 37, D-23948 Hoher Schönberg
☎ (03 88 27) 8 89 42

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird parallel zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2002 laufend erweitert und aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2001 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/hs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Veranstaltungstag zum Thema
Selbständig im Handwerk ohne Meisterbrief
Oldenburg
Seminar
für Handwerker/innen, die ohne Meisterbrief legal selbständig sein wollen Freitag, den **31.05.02 von 10-18 Uhr** im Kulturzentrum PFL, Oldenburg, Petersstraße 3 26105 Oldenburg.

Lernen Sie rechtliche Möglichkeiten kennen im Handwerk selbständig tätig sein zu dürfen und verschaffen Sie sich Entscheidungsgrundlagen. Ratschläge und Tips von Deutschlands erfahrendsten Handwerksexperten. Vortrag, Fallbeispiele, Gespräche
Referent: Dipl.-Volkswirt Michael Wörle
Preis 145,-/115,- (erm. z.B. Buh Mitglieder) zzgl. 16 % UmSt.

Podiumsveranstaltung - Freitag, 31.05.02 19.00 Uhr
"Gewerbefreiheit und Meisterzwang"
Kulturzentrum PFL, Oldenburg, Petersstraße 3 26105 Oldenburg

Wir laden PolitikerInnen, Expertinnen und Vertreter der Handwerkskammer zur Diskussion folgender Fragen:
Ist der große Befähigungsnachweis noch zeitgemäß?
Der Meisterbrief - sichert oder verhindert er die Schaffung von Arbeitsplätzen? Die deutsche Handwerksordnung und freier Wettbewerb in Europa - ein Widerspruch!?

Anmeldung und weitere Infos:
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker BUH e.V.

Klein Breese 13 29497 Wottersdorf
Tel. 05841 - 973900
Fax 05841 - 973901
www.buhev.de

BUH e.V. Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker

SoZ Sozialistische Hefte 1
für Theorie und Praxis 5 Euro
Sonderausgabe der SoZ - Sozialistische Zeitung

Sonderheft der SoZ · 60 Seiten · 5 Euro
Bestellungen an (5-Euro-Schein liegt bei):
SoZ-Verlag · Dasselstraße 75–77 · D-50674 Köln

Neue und alte Bewegungen vor und nach dem 11. September
Gerhard Klas überblickt die neuen sozialen Bewegungen, ihre Akteure und Ideen **Christoph Jünke** versucht eine historische Einordnung der neuen Bewegungen **Daniel Bensaid** untersucht die neue Weltunordnung **Angela Klein** und **James Petras** klären die Herausforderungen des Krieges für die Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung **Leo Panitch** entwirft eine linke Strategie für die Arbeiterbewegung **Barbara Epstein** fragt, was aus der Frauenbewegung geworden ist **Alex Callinicos** bespricht Tonio Negris ›Empire‹ im Kontext seines Werkes

SoZ – Sozialistische Zeitung
jetzt monatlich mit 24 Seiten
Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition.

Probeausgabe kostenlos.
Probeabo (3 Ausgaben)
5-Euro-Schein liegt bei.

SoZ-Verlag
Dasselstraße 75–77
D-50674 Köln
E-Mail <sozkoein@aol.com>
Webseite <www.soz-plus.de>

NEUES HEFT MIT TOP THEMA
STICHWORT BAYER
RHEIN - ALARM
BAYER-Gifte für Millionen.
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 10 €/Hj., Probenummer gratis

Gegen die Zumutungen des globalen Kapitalismus, gegen Rassismus oder das Gerede von 'ethnischen Konflikten' wendet sich die **iz3w** alle 6 Wochen auf 52 Seiten. Die Beiträge und Themenschwerpunkte beschäftigen sich mit Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik, mit Migration, sozialen Bewegungen, Ökologie, Soziokultur und kritischen Theorien. *Einzelheft €4,- Abo €32,-*

▸ *Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder informationszentrum 3. welt*

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Regionalisierung einer globalen Wirtschaft durch neutrales Geld - Symposium - 27. bis 30. Juni 02
Franz Alt; Harald Klimenta, attac; Margrit Kennedy; Harry Lehmann, Eurosolar; Helmut Creutz, INWO;
u.v.a.; Info: www.INWO.de
Anmeldung: Lebensgarten Steyerberg; Ginsterweg 3; 31595 Steyerberg; Tel: 05764-2370; Fax: 05764-2578
e-Mail: lebensgarten_ev@t-online.de
INWO
Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung

Verlag Graswurzelrevolution www.graswurzel.net

Helmut Thielen
DIE WÜSTE LEBT
Jenseits von Kapital und Staat
»Thielen kommt zu dem Schluß: Die Marktwirtschaft ist keine Zivilgesellschaft, sie ist Gewalt. Sie ist nicht (mehr) reformierbar. Dieses Buch ist ein flammendes Plädoyer für Gerechtigkeit, gegen Unterdrückung.«
Neues Deutschland
363 Seiten | 20,50 € | ISBN 3-9806353-3-3

graswurzelrevolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
- Widerstand gegen Staat und Krieg
- Befreiung im Alltag
- TheoretikerInnen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo (10 Ausgaben) 25 € • **Probeabo*** (3 Ausgaben) 5 € Vorkasse
* Verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb · Birkenhecker Str. 11 · D-53947 Nettersheim

Solidaritätsveranstaltung
22. Juni 2002, 13 Uhr, Audimax, Humboldt Universität zu Berlin

mit:
Carlos A. Lozano, Direktor der Wochenzeitung *VOZ*
Luz Perly Córdoba, Vereinigung der Kokabauern
Olger Santodomingo, Gewerkschaft USO

Veranstaltet bzw. unterstützt u. a. von:
Linke Liste an der Humboldt-Universität, Arbeitskreis Lateinamerika in der PDS, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Gruppe Colombia–Berlin, Gruppe Nueva Colombia
Tageszeitung *junge Welt*

www.jungewelt.de
10-Wochen-Probeabo: 0 30/53 63 55-45

Die Tageszeitung **junge Welt**

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Los geht's
Selbstbestimmt leben
Gruppen gründen
An Pfingsten 2002 (16. bis 20.5.) lädt die Kommune Niederkaufungen zusammen mit der Villa Locomuna in Kassel wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 250 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen,
Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07-0, Fax 80 07 40
E-Mail: kommune@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

BREMEN

»vorwärts bis zum nieder mit«.
30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen
Buchvorstellung und Dia-Vortrag
Plakate sind die zumeist flüchtigen Begleiter der vielfältigen Aktivitäten der sozialen Bewegungen. Sie dienen der Kommunikation, der Propaganda, der Selbstdarstellung, der Information und der Mobilisierung. Plakate sind Mitteilungen im öffentlichen Raum. Sie kleben an Häuserwänden, Stromkästen und Stellschildern und gehören neben Demonstrationen zu den am deutlichsten sichtbaren Zeichen der Bewegungen. Politische Plakate spiegeln in ihrer Wort- und Bildersprache die Überzeugungen, die Traditionen und die Gedanken(losigkeit) der AktivistInnen wider. Sie kommunizieren Politik nach »außen« in die Gesellschaft und dienen der internen Selbstverständigung und scheinen ein Stück kostenfreier Literatur zu sein. Anhand von Plakaten lassen sich Handlungsmotive, Anlässe, bedeutsame Ereignisse und Entwicklungslinien der sozialen Bewegungen kritisch nachvollziehen. Nach dem inzwischen vergriffenen ersten Band »hoch die kampf dem« erschien Ende 2001 das neue Buch »vorwärts bis zum nieder mit«. In dem Buch sind über 800 Plakate »unkontrollierter« Bewegungen aus den letzten 30 Jahren abgedruckt, die Artikel behandeln die Bedeutung des politischen Plakats als Speichermedium wesentlicher Ereignisse in der Geschichte sozialer Bewegungen.
Mit Markus Mohr, Berlin,
Mitherausgeber des Buches
Eine Veranstaltung der
Rosa-Luxemburg-Initiative
(www.luxemburg-initiative.de) in Zusammenarbeit mit Infoladen und Archiv der sozialen Bewegungen (alle Bremen)
Termin: 15. Mai, 19.30 Uhr, Infoladen, St.-Pauli-Str. 10/12, Bremen

JUNGE LINKE

Spektakel zu Kapitalismuskritik:
»Ich verabscheue Euch wegen Eurer Kleinkunst zutiefst«
Das Theaterstück »Hotel Justice« der Berliner Compagnie ist am Freitag ein hochkarätiger Einstieg. Am Samstag gibt es dann viele Arbeitsgruppen, die die verschiedenen Aspekte des Oberthemas Kapitalismuskritik und andere aktuelle Politische Themen behandeln. Eine Podiumsdiskussion mit einigen profilierten KapitalismuskritikerInnen soll die Debatte noch vertiefen, ehe am Samstagabend das Konzert der Bluesgruppe »The Snipes« und einer Band des Frauenmusikprojekts »RockSie« beginnt. Am Sonntag gibt es dann den traditionellen Spektakel-Brunch mit Musik, Video und einer Polit-Talkshow mit interessanten Gästen.
Termin: 24.-26.5.2002, Gelsenkirchen
Internet:
http://spektakel.jungdemokratinnen.de

»Theorie...
...möchte den Stein aufheben, unter dem das Unwesen brütet.«
Alle, die sich intensiver mit linken Theorien beschäftigen, stolpern früher oder später über den Begriff »Kritische Theorie«. Aber was für ein Bild von der Gesellschaft vertritt die »Kritische Theorie«? Was bedeutet sie für die Aufklärung? Und wie sieht sie die Massenkultur?
Ausgehend von diesen Fragen sollen auf dem Seminar Grundzüge der »Kritischen Theorie« dargestellt werden. Wir wollen zentrale Texte von Adorno und Horkheimer gemeinsam lesen, verstehen und diskutieren. Das Seminar richtet sich an Menschen, die keine oder nur wenig Vorkenntnisse haben, jedoch viel Lust mitbringen, sich mit Texten auseinander zu setzen.
Termin: 7.-9.6.2002, Leichlingen

Tanzunterricht für die politische Arbeit
Tagtäglich erleben wir die versteinerten Verhältnisse um uns herum. Versucht Mensch dagegen zu protestieren, bekommt er zum einen oft zu hören, dass das doch alles nix brächte, oder, dass Politik doch ganz anders ginge. Zum einen wollen wir uns überlegen, wie sich politische Arbeit am besten und effektivsten organisieren lässt, uns aber andererseits auch mit den Problemen, die das »Politikmachen« mit sich bringt, befassen: Wie lässt sich z.B. unser örtliches Politikumfeld aufbauen oder »verbessern«? Wie sieht eigentlich die aktuelle Situation aus? Wie gehen wir mit neuen Aktionsformen um? Wie sollen wir aufgrund immer stärker werdender Repression des Staates aktiv (re)agieren?
Termin: 8.-9.6.2002, Bielefeld
Information & Anmeldung:
JD/JL NRW, Herner Str. 79,
D-44791 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 49, Fax: 57 96 78 50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
Web: www.jungdemokratinnen.de

VERDEN

»Herrschaftskritik und globalisierungskritische Bewegung«
Die Frage ist umstritten: Können Reformen im Hier und Jetzt, also unter den gegebenen Bedingungen von Staat und Markt, sinnvolle Veränderungen bringen oder stabilisieren sie das System? Stundenlang können AnhängerInnen revolutionärer Vorstellungen und die konkreter Reformen übereinander zetern. Doch bleibt zweifelhaft, ob die Frage so überhaupt richtig gestellt ist.
Ein Blick auf die Lage wird von unterschiedlichen Gruppen noch recht ähnlich analysiert: Der Umwelt geht's schlecht, Menschen werden ausgebeutet, die Schere zwischen Arm und Reich bleibt oder öffnet sich weiter, der Neoliberalismus unterwirft immer mehr Lebensbereiche der Verwertungslogik. Soweit, so gut. Dann beginnen die Unterschiede: Sind es die bösen Konzerne oder das Finanzkapital oder ein Konglomerat von Kräften des Kapitals, die ihre Profitziele durchsetzen zumindest teilweise gegen den Staat, der die demokratische Verfassung diese Gesellschaft repräsentiert? Oder ist es so, dass der Staat selbst der Hauptakteur der neoliberalen Umgestaltung ist – also die Demokratie nicht vor dem Neoliberalismus zu retten ist, sondern die Quelle neoliberaler Umgestaltung ist?
Hinter der unterschiedlichen Bewertung steckt die Frage der Herrschaft. Kann es eine gute Herrschaft, also auch einen »guten Staat« geben? Oder ist Herrschaft die Voraussetzung für den Markt und muss daher eine konkrete Politik immer auf die Schwächung bzw. (visionär) Abschaffung von Herrschaft zielen? Dann würde auch die Frage von Reform und Revolution ganz anders zu beantworten sein: Sinnvoll sind Revolutionen nur dann, die Herrschaft brechen (und das ist in der Geschichte eher die Ausnahme gewesen, auch heute noch träumen viele von den von ihnen bestimmten Herrschaftsstrukturen nach einer Revolution – Macht übernehmen statt abschaffen!). Und sinnvoll sind Reformen ebenfalls genau in dem Fall, wo sie ihr jeweiliges Detail lösen UND Herrschaft abbauen (bzw. zumindest sie nicht ausweiten).
Das Seminar hat zwei Schwerpunkte: Zum einen die Frage von Herrschaft, wie sie wirkt und wo sie wirkt, u.a. das Verhältnis von Staat und Markt. Zum zweiten soll es um ganz konkrete Vorschläge, Reformen oder auch revolutionäre Vorstellungen gehen, die dann auf den Aspekt »Herrschaft« untersucht werden sollen. Es ist nicht Ziel, eine einheitliche Meinung im Seminar zu finden, sondern den Aspekt »Herrschaft« zu klären, um ihn zum Gegenstand praktischer Politik machen zu können – ob in Reformen, dem Streben nach Revolution oder einer geschickten Verbindung zwischen beiden, bleibt offen.
Informationen im Internet:
Diskussionsforum zu »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen«:
www.opentheory.org/gegenbilder
Zitate zu Herrschaft und mehr unter:
www.projektwerkstatt.de, dort auf Zitate klicken
Termin: 7.-9. Juni im Forum-Tagungshaus in Verden,
Artellerie(abschaffen!)str. 6

Hierarchiefreie Entscheidungsfindung & kreative Gruppenprozesse »von unten«
Wer kennt sie nicht: Das zerredete Plenum, die intransparenten Zirkel der Wichtigleute, die immer schon alles vorher klarhaben, mit Sachzwängen und dominanter Stimme alles an sich ziehen bis hin zu den formalen Herrschaftsstrukturen der Vorstände oder Gesprächsleitungen. Gibt es keine Alternativen? Und zwar solche, die nicht alles verregeln, tot-bürokratisieren und damit Kreativität und Spontanität gänzlich abwürgen (und oft noch ohne die verdeckten Dominanzen tatsächlich aufheben zu können).
In diesem Seminar geht es um konkrete Methoden – sie sollen erläutert, diskutiert, bei Bedarf weiterentwickelt und auch ausprobiert werden. Im Laufe des Wochenendes soll es Phasen geben, in denen Open Space, Selbstmoderation, eine Fish Bowl als Streitmethode und einiges mehr auch praktisch geben. Ziel aller Methoden ist die Entscheidungsfindung »von unten«, d.h. der Abbau von Hierarchie und Zentralität in den Entscheidungsprozessen sowie das Fördern von Gleichberechtigung zwischen den AkteurInnen (in Gruppen, Projekten, WGs usw.) bzw. den selbstbestimmt handelnden Gruppen (in Netzwerken, Bündnissen, Einrichtungen usw.). Gleichzeitig geht es um die Förderung von Kreativität und Selbstentfaltungsmöglichkeiten.
Uniformität ist Sache von Herrschaftsstrukturen, Kreativität und Organisierung von unten das Gegengift – intern und auch als politische Strategie.
Ideen und Wünsche der TeilnehmerInnen sollen im Seminar Platz finden – wer also Vorschläge, Fragen, konkrete Situationen oder Projekte im Kopf hat und dafür nach Lösungen sucht, sollte die einbringen. Mit beim Seminar sind auf jeden Fall einige Leute der Projektgruppe »HierarchNIE!« sowie vom Tagungshaus »Forum«, die sich mit solchen Fragestellungen intensiver beschäftigt haben.
Informationen im Internet:
www.projektwerkstatt.de/von-unten und
www.opentheory.org/prozesse_von_unten
Termin: 14.-16. Juni im Forum-Tagungshaus in Verden,
Artellerie(abschaffen!)str. 6
Infos und Nachfragen an:
Peter von Rueden im Tagungshaus »Forum«,
forum@oekozentrum.org
Jörg Bergstedt,
Projekt »HierarchNIE!«,
projektwerkstatt@apg.lahn.de
☎(0 64 01) 90 32 83

PROJEKTWERKSTATT

Selbstorganisation in Alltag und Politik
Konkrete Hinweise und Möglichkeiten für politische Gruppen, Einrichtungen und einen antikapitalistischen Alltag ... denn: Zwei bis drei Jahre mit vollem Idealismus, dann ist meist die Batterie leer ... politische AkteurInnen, kurz zuvor noch auf der Suche nach Alternativen zu Ausbildung, Job, Verwertung usw., passen sich den Gegebenheiten an, werden manchmal spießiger oder modern-kapitalistischer als alle, die vorher ein abschreckendes Beispiel für sie waren. Politischen Gruppen und Einrichtungen geht es oft noch schlimmer: Der scheinbare Zwang zu finanziellen oder formalen Absicherungen, der unreflektierte Hang zu Verregelungen der Zusammenarbeit sowie der Druck der äußeren Verhältnisse führen meist sehr schnell zu Anpassung und Abhängigkeit von Zuschüssen, öffentlichen Räumen, Medien usw. In diesem Seminar sollen Alternativen aufgezeigt und, viel wichtiger, gemeinsam erarbeitet werden. Kreative Diskussionsformen sollen dabei die Chance bieten, sich zu lösen von dem, was uns Jahrzehnte als einzig möglicher Lebensweg oder einzig erfolgversprechende Organisationsform vermittelt wurde. Es geht um ein Leben ohne Beruf, Organisieren statt Finanzieren, Freiräume aufbauen, eigene Medien, Gemeinschaftseigentum und vieles mehr.
Termin: 24.-26. Mai in Dresden
Mehr Infos unter
www.projektwerkstatt.de/von-unten

RADIKAL REISEN!

Richtung: USA – San Francisco
Körper, Geschlecht und Identität
Begriffe wie »Queer« und »Gendercrossing« sind in linken Kreisen viel diskutiert. Viele Debatten um Körper, Geschlecht und Identität finden in San Francisco oder der nahegelegenen Universitätsstadt Berkeley ihren Ursprung. San Francisco ist schon seit längerem die Stadt, in der alternative Lebensweisen und Bewegungen zusammen trafen, nicht umsonst galt San Francisco als Hippie-Hauptstadt, als Hauptstadt der Freaks. Heute ist San Francisco eine der wichtigsten Städte der Schwulen-, Lesben und Queer-Bewegung.
Wir werden den Fragen nach Körper, Geschlecht und Identität nachgehen und AktivistInnen der Schwulen-, Lesben- und Queerszene sowie der akademischen Szene Berkeleys treffen. Neben all dem wird natürlich Zeit bleiben, am Strand zu entspannen und sich das schnuckelige Städtchen anzuschauen.
Termin: 2./3. Juliwoche
oder 3./4. Augustwoche 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung: Finnland – Helsinki
Sozialstaat unter Globalisierungsbedingungen
Neben Schweden, Österreich und der Bundesrepublik war Finnland lange Zeit ein Vorzeigemodell sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatspolitik.
Seit Beginn der neunziger Jahre setzt auch Helsinki ganz auf Wettbewerb und Standortsicherung. Welche Konsequenzen dies hat und wie soziale Gerechtigkeit in Finnland hergestellt werden kann, wollen wir mit unserem Partner, der LEFT YOUTH-Finnland debattieren und erkunden.
Termin: 14 Tage im August 2002
Kosten: ca. 350 EUR

Richtung: Russland – Moskau
Antisemitismus
Wieder einmal fahren JugdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. mit der Youth Human Rights Movement und der Anti-Diffamation-League, wollen wir uns mit dem Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unseren Partnern den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm ist aber auch genügend Zeit, um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskva spazieren zu gehen.
Termin: 22.8-4.9.2002
Kosten: ca. 390 EUR

Richtung: USA – New York
New York City ein Jahr danach
New York als die Weltstadt an der Ostküste der USA war über viele Jahrzehnte nicht nur Ziel endloser Touristenströme, sondern auch Kristallisationspunkt zahlreicher sozialer und politischer Konflikte. Schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 war New York auch immer wieder Schauplatz rassistischer Ausgrenzungen und Diskriminierungen.
Unsere Reise wird sich ein Jahr nach den Anschlägen mit den Folgen der Ereignisse für die Stadtpolitik und dem Bild New Yorks beschäftigen. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen auf die bereits vorher von Repression und Überwachung geprägte Innenstadtpolitik der Weltmetropole.
Wir werden uns mit politischen Jugendorganisationen treffen, die sich kritisch mit der aktuellen Politik und den Ereignissen in New York und in den USA auseinandersetzen und hier Gegenaktivitäten organisieren.
Termin: Herbst 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung: Ghana (Westafrika)
Demokratische Perspektiven und soziale Entwicklung in Ghana
Die Reise nach Ghana wird sich in erster Linie mit Entwicklungsperspektiven und dem aktuellen Stand der Politik in Ghana beschäftigen. Dabei geht es zum einen um die Beleuchtung der sozialen Situation. Fragen nach Bildungssituation, Armut und sozialen Konflikten werden hier eine besondere Rolle spielen. Gleichzeitig wollen wir versuchen, uns einen Überblick über die Entwicklung der demokratischen Bestrebungen in Ghana zu verschaffen. Wie hat sich die politische Lage in den vergangenen Jahren verändert? Welche realen Möglichkeiten demokratischer Kontrollen und Mitwirkung gibt es bereits und was können Perspektiven für die nahe Zukunft sein? Diese Fragen werden einen weiteren Schwerpunkt unserer politischen Reisen bilden.
Termin: 14.-29.9.2002
Kosten: ca. 650 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

SOMMERSCHULE

3. Politisch-theologische Sommerschule des Institut für Theologie und Politik
In der Sommerschule wollen wir uns in ruhiger Atmosphäre ausführlich (entwicklungs-)politisch, ökonomisch und (befreiungs-)theologisch weiterbilden. Soziale Bewegungen, Befreiungstheologie, Globalisierung und Neoliberalismus sind die Themen. Wir setzen uns mit Schwierigkeiten und Perspektiven von Dritte-Welt-Arbeit auseinander. Gemeinsame Themenerarbeitung ist die Methode.
Termin: 19.-29. Juli 2002 in
Klein-Schwarzlosen / Sachsen-Anhalt
Anmeldeschluss ist der 30.5.2002.
Teilnehmerbeiträge: 300 EUR
(ermäßigt) / 400 EUR (inkl. Unterk. und Verpfl.)
Anmeldung & Information:
Institut für Theologie und Politk, Friedrich-Ebert-Str. 7; D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax: 52 47 88
E-Mail: itpol@muenster.de

BERLIN

Innovative Energie-Technologien
Raumenergie-Technologien
Die interessantesten Forschungen weltweit
Auf dieser Konferenz, die vom 13.-15.6.2002 parallel zur Messe »SolarEnergy 2002« stattfindet, werden innovative Energietechnologien vorgestellt. Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind nicht die einzigen erneuerbaren Energie-Ressourcen. Ergebnisse weltweiter Forschung weisen darauf hin, dass es eine weitere erneuerbare Ressource gibt, die mit entsprechenden Verfahren zur Energiegewinnung genutzt werden kann. Diese innovativen Anwendungen werden heute meist als »Raumenergie-Technologien« bezeichnet.
Info & Anmeldung:
Binnotec e.V.,
c/o Andreas Manthey,
Bleibtreustr. 4, D-10623 Berlin
☎(0 30) 805 86 95 95, Fax 805 86 95 33
Web: www.binnotec.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg